

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis vierteljährlich 3,00 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 20 Pf. Frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements 1,10 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungsliste. Unter Anweisung für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 RM, für das übrige Ausland 3 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Interfusions-Gebühr
 beträgt für die festgesetzte Anzahl der politischen und gewerkschaftlichen Vereins- und Versammlungs-Karteien 30 Pf. Kleine Anzeigen, das festgesetzte Wort 20 Pf. (zweifache Zeilenbreite), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsvermittlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 26. März 1912.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der Zwist im nationalliberalen Lager.

Schon seit mehreren Tagen brachten die nationalliberalen Blätter Wassermannscher Färbung zu der am letzten Sonntag in Berlin abgehaltenen Tagung des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei allerhand mehr oder minder sanfter Ermahnungen, in welchen dem rechten Flügel, der Richtung Friedberg-Fuhrmann, empfohlen wurde, den Kampf gegen die Wassermannen und die Jungliberalen mit Rücksichtnahme auf die Gesamtpartei zu führen, denn es sei jetzt just der ungeeignete Zeitpunkt, den man wählen könne, um die in der Partei herrschenden Zwistigkeiten auszugleichen; vornehmlich aber möchte man das Persönliche nicht in den Vordergrund schieben und nicht einzelne Männer als Figurenscheiben benutzen. Bei einer über das Reich verbreiteten, aus allen Gesellschaftsschichten zusammengesetzten Partei seien Toleranz und Rücksicht unentbehrliche Bestandteile der politischen Taktik usw.

Die rechts nationalliberalen, von den Herren Friedberg, Schifferer, Vöttger, Fuhrmann und den Agenten des Zentralvorstandes deutscher Industrieller inspirierte Presse, wertete dagegen, daß mit der Führung der nationalliberalen Reichstagsfraktion wegen ihres Verhaltens bei der Präsidentschaftswahl scharfe Abrechnung gehalten werden müsse, damit es Herrn Wassermann nicht wieder gelänge, „auf dem Wege der Verächtlichung, des Einlenkens und des Umschmeichelns seine gefährdete Position in der nationalliberalen Partei ausrechtzuhalten.“

Diese gegenseitigen schönen Ermahnungen zeigten selbst dem, der die hinter den Parteikulissen der nationalliberalen Fraktionen des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses gesponnenen Intrigen nicht kennt, daß wieder mal der chronische Kampf zwischen den auf die Kunst der Regierung haltenden alten Herren der nationalliberalen Partei und der jüngsten von strebsamen Advokaten- und Journalisten geführten „unruhigen Jugend“ eine gewisse Heftigkeit erlangt hat. Und ferner ließ sich ohne besonderen Scharfsinn den Artikel entnehmen, daß in diesem Kampf der rechte Flügel unter Friedbergs schlauer Führung die größeren Gewinn- oder Spielchancen hatte; denn sonst würde schwerlich die rechts nationalliberale Presse so aggressive, die links nationalliberale so salbungsvolle Töne angeschlagen haben.

Bestrebend ist zwar, daß trotz der demokratischen Strömung, die bei der letzten Reichstagswahl auch in den nationalliberalen Wählermassen deutlicher als in früheren Fällen hervortrat, die Senioren der Firma Friedberg, Fuhrmann, Krause u. Co. sobald wieder die Oberhand erlangt haben, aber diese geriebenen Parlamentarier besitzen in der reaktionären nationalliberalen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses eine vorzügliche Rückenstärkung, und vor allem erlauben sie sich der Unterstützung der rheinisch-westfälischen Kohlen- und Eisenmagnaten, ohne deren Scherlein die nationalliberale Partei, trotz dem sie Anspruch darauf macht, die „nach Bildung und Verstand Maßgebenden“ zu repräsentieren, nicht zu ersticken vermag. Wer den größeren Beutel hat, hat auch den größeren Einfluß.

Tatsächlich hat denn auch in der am Sonntag in Berlin stattgefundenen Sitzung des Zentralvorstandes der linke Flügel eine entschiedene Niederlage erlitten, wenn auch die „Alten“ nicht ganz erreichten, was sie wollten; die Ausschließung der nicht den Landesverbänden angeschlossenen jungliberalen Vereine aus der nationalliberalen Parteiorganisation. Der von der „Nationalliberalen Korrespondenz“ verbreitete parteiamtliche Bericht meldet allerdings von diesen inneren Kämpfen nichts. Friedlich verkündet er im bekannten Berichtserstattungsstil:

Die konstituierende Sitzung des Zentralvorstandes der Nationalliberalen Partei war vollzählig aus allen Teilen des Reiches besetzt. An der Spitze der Tagesordnung stand die Wahl des Vorstandes. Es wurden die bisherigen Vorsitzenden wiedergewählt: Reichstagsabgeordneter Wassermann als Vorsitzender, Landtagsabgeordneter Dr. Friedberg als Erster, Abgeordneter Vogel, Präsident der sächsischen Zweiten Kammer, als zweiter Stellvertreter des Vorsitzenden, Generalsekretär Breithaupt, erster Geschäftsführer des Zentralbureaus, wurde in den Zentralvorstand zugewählt. Die Neuwahl des Geschäftsführenden Ausschusses hatte folgendes Ergebnis: Abg. Bartling, Ver.-Deidelberg, Dr. Plankenhorn, Hausmann, Dr. Krause, Dr. Paasche, Dr. Nöbling, Schiffer-Wagdeburg, Schwabach, Dr. Semler, Sieg, Prinz Schönau-Carolath, Generalsekretär Breithaupt und Bau- und Direktor Dr. Weber-Löbau. Im Anschluß an den gedruckt vorliegenden Jahresbericht, der mit den Reichstagswahlen abschloß, gab Reichstagsabgeordneter Wassermann einen Rückblick auf die bisherigen Ereignisse und besprach vor allem die Wehrvorlagen.

An die Ausführungen Wassermanns knüpfte sich eine ausführliche Debatte, welche sich sowohl mit der letzten Vergangenheit der Partei wie auch mit der Politik der Partei gegenüber den neuen Aufgaben beschäftigte. In erster Beziehung wurde bei aller Verschiedenheit der Auffassungen in Einzelfragen festgestellt, daß die Partei ebenso weit von grundsätzlicher Abneigung gegen ein positives Zusammenarbeiten mit allen bürgerlichen Parteien

entfernt sei, wie sie die Unterstellung der Absicht, eine Großblockpolitik im Reiche treiben zu wollen, entschieden zurückweisen müsse. Bezüglich der neuen Aufgaben war man einmütig der Überzeugung, daß die Nationalliberale Partei ihren Traditionen gemäß alles aufbieten werde, um die Wehrvorlagen zur Verabschiedung zu bringen.

Bei Punkt 8 der Tagesordnung wurde der Antrag angenommen: Dem nächsten Vertretertag den Entwurf einer Statutenänderung vorzulegen, wonach nur solche speziellen Vereine der Parteiorganisation angeschlossen werden können, welche ihrerseits den Landesverbänden angeschlossen sind und nicht einen besonderen organisierten Gesamtverband mit eigener Spitze bilden. Ferner wurde ein Antrag angenommen, innerhalb von sechs Wochen einen Vertretertag einzuberufen, der sich vornehmlich mit Satzungsfragen befassen soll. Die Festlegung von Ort und Zeit dieses Vertretertages wurde dem Geschäftsführenden Ausschuss überlassen.

Das lautet recht kühl und geschäftsmäßig; nur der letzte Absatz über die dem nächsten Vertretertag vorzulegende Statutenänderung läßt ahnen, daß es auf der Tagung heiß hergegangen sein muß; denn die verlangte Statutenänderung besteht in nichts anderem als dem Ausschluß der meisten jungliberalen Vereine aus der nationalliberalen Partei. Nach einem sich allem Anschein nach auf die Angaben eines Versammlungsteilnehmers stütenden Bericht des „Verl. Tagebl.“ wurde auf beiden Seiten mit größter Skrupellosigkeit gestritten. Herr Wassermann wurde zwar mit Herrn Dr. Friedberg und dem sächsischen Landtagspräsidenten Vogel wiederum zum Vorsitzenden gewählt, aber bei der Abstimmung über seine Wahl erhielt er nur 79 Stimmen, während nicht weniger als 80 unbeschränkte Zettel abgegeben wurden. Noch unerfreulicher für die Richtung Wassermann gingen die Wahlen zum Geschäftsführenden Ausschuss aus. Der Führer der Jungliberalen, Dr. Fischer, wurde überhaupt nicht wiedergewählt, ebenso unterlag Herr Dr. Stresemann. Von rechts nationalliberaler Seite wurden Bedenken gegen die Unabhängigkeit des Herrn Dr. Stresemann laut, für den Fall, daß er den Geschäftsführerposten des Hansabundes übernehme. Obwohl Dr. Stresemann die Erklärung abgab, den Posten in den Hansabund nicht annehmen zu wollen, fielen nur 39 von 112 abgegebenen Stimmen auf ihn. In längeren Ausführungen über die gegenwärtige Situation schilderte Herr Wassermann eingehend die Vorgänge in der Fraktion und bemühte sich dann, von dem Zwist in der Partei abzulenken durch den Hinweis auf die bevorstehenden wichtigen parlamentarischen Aufgaben. Doch obwohl Herr Wassermann zum Schluß die nationalen Traditionen der Partei und die daraus resultierenden Verpflichtungen für die Gegenwart hervorhob, wurden in der Diskussion die schärfsten Vorwürfe gegen die Fraktion und ihr Verhalten bei der Präsidentschaftswahl laut, und viele scharfmacherische Stimmen sahen auch in dem Verhalten bei der zweiten Präsidentschaftswahl kein Wiedergutmachen des früher begangenen Fehlers.

Eine noch weit schärfere Scheidung zwischen rechts und links berichtet das sächsische Telegraphenbureau auf Grund einer ihr von „informierter Seite“ zugegangenen Darstellung:

Bei der gestrigen Beratung des Zentralausschusses ging der rechte Flügel der Partei unter Führung von Schifferer und Fuhrmann nach einem wohlüberdachten Plane vor, während die überwiegende Mehrheit der Reichstagsfraktion sich sofort um Wassermann und die Führer der Jungliberalen scharte. Beide Gruppen präsentierten Listen von Kandidaten für den Zentralvorstand, nachdem die Wahl der drei Vorsitzenden Wassermann, Friedberg und Vogel vollzogen war. Die Liste des rechten Flügels enthielt unter anderem die Namen der bekannten heftigen Nationalliberalen, deren Wahl Wassermann als Verstärkung betrachtete und als solche heftig bekämpfte. Auf Seiten derer um Schifferer standen hauptsächlich die Norddeutschen, mit Ausnahme von Pomern, sowie die Hessen, während um Wassermann sich die Rheinländer und Süddeutschen scharten, sowie die Sachsen mit Ausnahme von Dr. Heintze, der Wassermann ganz besonders heftig angriff.

Die Abstimmung ergab, daß die Kandidaten des rechten Flügels durchschnittlich 60, die des linken ungefähr 40 Stimmen erhielten. Mit Stresemann fiel auch Dr. Junk-Weipzig, während merkwürdigerweise Dr. Weber-Löbau, der auch zum linken Flügel gehört, in den Zentralvorstand gewählt wurde. Der in Aussicht genommene Delegiertentag wird, wenn nicht inzwischen unerwartete Ereignisse eintreten, wahrscheinlich mit einer Spaltung der Partei enden, da Wassermann erklärt, daß er unter diesen Verhältnissen die Führung nicht behalten könne. Es wird ein Antrag eingebracht werden, nach dem die Reichstagsfraktion eine ungemessene Vertretung im Zentralvorstand erhält, so daß sie nicht von der Parteileitung in wichtigen Fragen desaboniert werden kann. Sollte dieser Antrag nicht mit einer ganz überwältigenden Mehrheit als ausgeprochenes Vertrauensvotum für Wassermann durchgehen, so legt dieser den Vorwurf der Partei nieder.

Vorläufig ist der Strich hinausgeschoben bis auf dem binnen sechs Wochen zusammenzubrufenden Delegiertentag. Doch selbst, wenn diese Berufungsinstanz, in der erfahrungsgemäß der links nationalliberale Flügel eine größere Rolle

spielt, die Wassermannschen Forderungen erfüllt und nochmals durch seinen Appell an das politische Takt- und Solidaritätsgefühl eine offene Spaltung verhütet, sind die Tage der nationalliberalen Partei gezählt, denn nach derartigen gegenseitigen Anfeindungen ist eine wirkliche Ausgleichung der Gegensätze unmöglich. Sie sind allzu groß geworden, als daß sie immer wieder bei der geringsten Gelegenheit hervortreten sollten. Die „Partei der Reichsgründung“ ist pleite.

Klassenjustiz in Großbritannien.

London, 28. März 1912. Die Furcht treibt die herrschenden Klassen Großbritanniens auf sonderbare Wege und läßt sie zu Mitteln greifen, die man in bezug auf dieses Land als längst obgesehen wählte. Am Central Criminal Court kam gestern zum ersten Male seit 108 Jahren ein Prozeß wegen Aufruhr zur Verhandlung. Angeklagt war der Redakteur eines winzigen Monatsblättchens, genannt „The Syndicalist“, der in dem Blatt einen Aufruf veröffentlicht hat, in dem die Soldaten aufgefordert werden, bei Streiks nicht auf die streikenden Arbeiter zu schießen. Neben ihm erschienen als Angeklagte die beiden Inhaber der kleinen Druckerei, in dem das Blättchen hergestellt wurde. Nach einem Befehl, das aus dem Jahre 1797 datiert und zum letzten Male im Jahre 1804 angewendet worden war, wurde der Redakteur Bowman zu neun Monaten Zwangsarbeit und die Druckereibesitzer zu je 6 Monaten Zwangsarbeit verurteilt. Dieses brutale Urteil für ein politisches Vergehen ist nichts als der Ausdruck des Schreckens, der die englische Bourgeoisie erfaßt hat. Um ihren Widerstand gegen die mächtigen Forderungen der Bergarbeiter zu rechtfertigen, erfordern die Bergwerksbesitzer von Südwales das syndikalistische Gespenst, das hinter dem Generalstreik stehen soll und bereit ist, das Land zu verschlingen. Die kapitalistische Presse machte sich sogleich auf die Suche und fand nach langem Bemühen endlich auch einen wackelhaften Syndikalisten nach französischem Muster, dem darauf der Prozeß gemacht wurde. Wie tödlich die Furcht die Menschen machen kann, zeigt die Rede des Richters von der Anklagebank. Dieser Herr hielt den Geschworenen eine Rede über den Syndikalismus, die toller Zeug enthält, als wohl je von dem unverbändlichstesten der Schmocks niedergeschrieben worden ist. Der „Syndicalist“, so hieß es in der Rede, ist ein Blatt, das ein teuflisches System eines Generalstreiks zur Herbeiführung einer sozialistischen Republik predigt. Es ist nur gerecht, hier zu erwähnen, daß der verantwortliche Minister im Parlament diese Rede als ungebührlich bezeichnete. Sie charakterisiert aber nichtsdestoweniger den Gemütszustand des behähigen Spießbürgers, dem die jüngsten Ereignisse, die er nicht verstehen kann, einen panischen Schrecken eingeflößt haben. Der arme Bowman ist ein Opfer dieses Schreckens geworden. Hätte er den Aufruf im Interesse der Unionisten Irlands gepredigt, so wäre ihm nichts geschehen. Denn noch vor einigen Wochen lief der Häuptling der irischen Unionisten im Lande umher, und drohte mit bewaffnetem Widerstand in Ulster, wenn es die Regierung wagen sollte, Irland Selbstverwaltung zu geben und damit die Protektanten des Nordens der irischen Mehrheit des Volkes auszuliefern. Die Reden dieses Herrn waren öffentlich, laut und eindringlich wie ein Indianergeräusch. Er forderte sogar zum Ankauf von Waffen und zum Einengieren von Rekruten auf. Und dennoch unternahm die Regierung nichts gegen ihn. Sie konnte sich nicht einmal zu einer Tat aufschwingen, als die Unionisten Belfast dem Minister Churchill direkt unter sagten, in einem gewissen Saale über Home Rule zu reden. Allerdings war dieser ununionistische Kommando, den die liberale Regierung nicht anzutasten wagte, ein früherer konservativer Justizminister, ein Mitglied des geheimen königlichen Rats und parlamentarischer Direktor der Universität Dublin. Das war Fleisch von ihrem Fleische. Um aber doch der Gerechtigkeit ihre Opfer nicht vorzuenthalten, läßt die liberale Regierung ihre schwere Hand jetzt auf das Häuflein Syndikalisten und Suffragettes niederfallen. Wenn das so weiter geht, wird bald von der viel gepriesenen englischen Freiheit nicht viel übrig bleiben.

Die Bergarbeiterbewegung.

Der Kampf um den Minimallohn.

London, 28. März. (Fig. Ber.) Die Bergarbeiter hatten gestern Gelegenheit, zu beobachten, wo ihre Freunde und wo ihre Feinde zu suchen sind. Mit einer Mehrheit von 312 Stimmen (55 gegen 267) lehnte das Parlament die Minimallohnliste der Bergarbeiter ab. Mit einer Mehrheit von 189 (65 gegen 254) wurde das Amendement der Arbeiterpartei abgelehnt, das den Zweck hatte, die von den Bestimmungen der Vorlage befüchtete Zersplitterung der Arbeiterorganisationen abzuwenden. Und schließlich weigerie sich die Regierung entschieden, die für die Schichtlöhner und Anaben geforderten Minimallohnsätze der Bill einzuberleiben. Sie hat, was kein Geheimnis mehr ist, den Unternehmern versprochen, keine bestimmten Löhne in der Vorlage festzulegen. Die Bergarbeiter hatten bis zur letzten Minute geglaubt, daß ihnen die Regierung dennoch mit der Annahme der Minimallohne für die im Schichtlohn beschäftigten Arbeiter und die Anaben entgegenkommen werde. Die Haltung der Regierung verwandelte daher die ganze Situation mit einem Schlage. Die Tür, die am Morgen noch offen zu stehen schien, erwies sich plötzlich als fest verschlossen, und die Bergarbeitervertreter im Parlament hatten keine Wahl als der Regierung zu verstehen zu geben, daß unter diesen Umständen an einen Friedensschluß nicht zu denken sei.

Die Tatsache, daß es unter den obwaltenden Umständen nutzlos war, mit der weiteren Beratung fortzufahren, veranlaßte dann den Premierminister, die in Aussicht genommene Sonnabendssitzung fallen zu lassen und Montag morgen noch einmal zu versuchen, die beiden Parteien in einer Konferenz näher zu bringen oder doch wenigstens zu versuchen, eine Einigung über die Minimallöhne der Schichtlöhner und Anaben zu erzielen. Er geht scheinbar von der Anschauung aus — eine Anschauung, die durch die Worte des Führers der Arbeiterpartei gerechtfertigt werden kann —, daß die Bergarbeiter jetzt geneigt sind, von der legalen Forderung der Dauerlöhne abzusehen, wenn es ihnen nur gelingt, die Höhe der Minimallöhne für Schichtlöhner und Anaben festzusetzen, ehe sie wieder zur Arbeit zurückkehren. Ob das richtig ist, kann nicht mit Sicherheit entschieden werden. Fremlich sicher ist aber, daß die neue Konferenz am Montag wieder mit einem Fiasko enden wird. Die Unternehmer werden die Forderung der Bergarbeiter betreffend den Minimallohn der Schichtlöhner und Anaben nicht annehmen. Sie werden es um so weniger tun, als ihre Weigerung die Zurückziehung der Vorlage, die ihnen alles andere als angenehm ist, im Gefolge haben dürfte. Geht aber die Regierung trotz aller Unfälle und Zwischenfälle am Montag mit der Vorlage weiter bis zur Annahme, so wird die Bergarbeiterdelegation voraussichtlich eine Urabstimmung vornehmen, ehe entschieden wird, ob die Arbeit wieder aufgenommen werden soll. Bei der herrschenden Gemütsstimmung der Bergarbeiter, die alles andere als Kampfesmüde sind trotz all der Lügen, die die kapitalistische Presse verbreitet, ist an eine Wiederaufnahme der Arbeit, ohne daß die Forderung einen handgreiflichen Erfolg erzielt, nicht zu denken.

Die ablehnende Haltung des Premierministers ist wohl in erster Linie dem Umstand zuzuschreiben, daß dem liberalen Bürgertum allmählich Angst und Bange wird. In Scharen ergreifen sie nun das Hasenpanier, da sie sehen, daß auch beim Proletariat der Appetit mit dem Essen kommt. Ich sprach gestern über diese Phase der Bewegung mit dem Sekretär der Bergarbeiter von Northumberland, dem Genossen Straker, einem der tüchtigsten und belestentesten Beamten der Bergarbeiter. Er sagte:

„Für den politischen Fortschritt hat unser Liberalismus viel geleistet. Kommt es aber zu wichtigen sozialen Fragen — und damit wird sich unser Parlament immer mehr beschäftigen müssen — so ist der Liberalismus ebenso unzuverlässig wie die konservativste Partei. Die Wähler machen die Politik der Führer einfach nicht mehr mit. Ich habe in Northumberland viele Bekannte, kleine Geschäftleute, die schon bei der Versicherungsvorlage häufig wurden. Diese Leute waren bisher stamme Liberale und ihre Vorbäter waren dasselbe. Dieser Streik wird sie veranlassen, bei der nächsten Wahl hübschweizend ins konservativ Lager abzuschwenken.“

Was Straker von dem liberalen Kleinbürgertum sagt, trifft erst recht auf die liberalen Unternehmer zu, die den nervus rerum der Partei liefern.

Das einzige Zugeständnis von irgendwelcher Tragweite, das die Arbeiter in der Komiteeberatung erzielten, ist folgendes Regierungsamendement:

„Wichtig in diesem Gesetz soll die Wirksamkeit eines vor der Annahme dieses Gesetzes eingegangenen Vertrages oder eines vor der Annahme dieses Gesetzes bestehenden Brauchs bezüglich der Bezahlung eines Minimallohnsatzes, der höher ist, als er nach diesem Gesetz geregelt wird, beeinträchtigen.“

Ob aber diese Bestimmung die Bergarbeiter davor schützt, daß ein zu niedriger Minimallohn festgesetzt wird, ist noch sehr fraglich.

Die Verhandlungen.

London, 25. März. Die getrennten Verhandlungen der Regierung mit den Grubenbesitzern und den Bergleuten dauern noch fort. Der Regierung ist es noch nicht gelungen, die beiden Parteien zu einer gemeinsamen Sitzung zu vereinigen. Das Exekutivkomitee der Arbeiter will wieder um 5 Uhr nachmittags eine getrennte Sitzung abhalten. Es wird nicht als wahrscheinlich angesehen, daß heute eine gemeinsame Sitzung abgehalten werden kann.

Verfugung.

London, 25. März. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erklärte Staatssekretär des Inneren Mr. Kenna, daß, da die Verhandlungen noch schweben, die Beratung der Kohlengrubenbill auf morgen verschoben werde.

Die Streikjustiz im Ruhrgebiet.

Eine noch nie dagewesene Heise gegen die niedrigeren Bergarbeiter hat im ganzen Ruhrgebiet eingesetzt. Nicht genug, daß die Bergarbeiter wieder ins „Loch“ gegangen, jetzt geht es an die Verfolgung derjenigen, die sich in irgendeiner Weise während der aufgeregten Zeit strafbar gemacht haben sollen. Allein am Landgericht Bochum sind bis jetzt 400 Streikfänger „abhängig“ gemacht, und noch immer kommen neue „Fälle“ hinzu.

Diese auffallend große Zahl von anhängig gemachten Streikfängern ist nur verständlich, wenn man weiß, daß auf den Rechen systematisch Material für Strafanträge gesammelt wird, daß denen, die gestreift haben bedeutet wird, die Strafe für den Kontraktbruch werde ihnen nicht einbehalten, wenn sie angeben, weshalb sie nicht zur Arbeit gekommen sind. Falls sie etwa durch Drehungen usw. abgehalten worden seien, möchten sie unter Angabe der Täter dieses schriftlich erklären.

Das schlimmste an dieser Treibjagd ist jedoch, daß die Streikfänger fast ausnahmslos verhaftet werden, und daß die Verhängung der Untersuchungshaft mangels eines besseren Grundes gestützt wird mit der Arbeitslosigkeit der Angeklagten. Die Leute werden also auf eine Stufe gestellt mit den Heimatlosen und Landstreichern im Sinne des § 111 Abs. 2 der Strafprozessordnung. Ein weiteres charakteristisches Merkmal für das heillosste Vorgehen gegen die Streikfänger ist die auf Veranlassung von oben im ganzen Streikgebiet generell durchgeführte Verhaftung der Erklärungskräfte auf die Anklageschrift auf 24 Stunden. Dazu kommt die gleichfalls auf höhere Veranlassung künftigen inhaftierten Streikfängern zur Unterschrift unterbreitete Erklärung, inhaltlich der sie auf die einwöchige Frist verhaften, die zwischen der Ladung und der Hauptverhandlung liegen muß. An den allermeisten Fällen unterzeichnen die Angeklagten die Erklärung, ohne zu wissen, was sie damit tun. Wie diese Verurteilung ausgenutzt wird, dafür für viele nur zwei Beispiele.

Ein am Freitag vor der 2. Strafkammer des Bochumer Landgerichts zur Aburteilung gekommener junger Arbeiter erklärte in der Verhandlung, daß ihm erst vorgestern (also am Mittwoch) die Anklageschrift bezw. die Ladung zur

Hauptverhandlung zugestellt worden, so daß er anferstande gewesen, in der kurzen Zeit Entlastungszeugen laden zu lassen!

In einem anderen, am gleichen Tage verhandelten Falle waren die vom Angeklagten beantragten Zeugen erst am Abend vor der Verhandlung telegraphisch geladen worden, welchem Umstände die Frau des in Untersuchungshaft gestellten Angeklagten es verdankte, daß sie überhaupt von dem Stattfinden der Verhandlung erfuhr und nur so noch in der Lage war, im letzten Augenblick einen Rechtsanwalt zu bestellen.

Kernerdings scheint das Verfahren noch kürzer gehandhabt zu werden. Einem Untersuchungsgefangenen wurde ein Rebers unterbreitet, inhaltlich dessen er auf die Einhaltung sämtlicher in Frage kommenden Fristen verzichtete. Auch dieser Unglückliche hat die Unterschrift offenbar in völliger Unkenntnis geleistet.

Dieses selbst in der preussischen Justiz bisher wohl einzig dastehende Verfahren in Verbindung mit den exorbitant hohen Strafen bei vielfach gleichzeitiger Ablehnung der Strafe auf einwöchige Haftentlassung der Verurteilten, selbst bei Strafen von 2 Monaten und weniger läßt auf ganz bestimmte Absichten schließen. Staatsanwalt Trimborn erklärte, daß die sofortige Verbüßung der Strafe nur den beabsichtigten Zweck erfülle, deshalb müßten Anträge auf Haftentlassung abgelehnt werden. Die Folge dieser Praxis ist, daß eine ganze Anzahl Angeklagter, um sobald als möglich aus dem Gefängnis herauszukommen, auf das Rechtsmittel der Revision verzichten und daß dann die Behörden mit einer großen Zahl „rechtskräftiger Verurteilungen“ ausmarschieren können.

Eben darum muß aber gegen dieses von oben herab angeordnete Verfahren mit um so größerem Nachdruck der allerhöchste Protest erhoben werden.

Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hat bereits beim preussischen Justizminister telegraphisch Beschwerde geführt. Inzwischen arbeitet aber die Schnelljustiz in immer rascherem Tempo weiter.

„Dynamit-Attentat.“

In den letzten Tagen des Bergarbeiterstreiks ist von der arbeiterfeindlichen Presse über Dynamitattentate berichtet worden, die angeblich gegen die Wohnungen arbeitstüchtiger Bergarbeiter versucht oder ausgeführt worden seien. Streikende Bergarbeiter sollten natürlich die Täter sein. Für diese Behauptung hatte man aber nicht den Schatten eines Beweises. Auf Denunziationen hin wurden auch einige Verhaftungen vorgenommen. Die Verhafteten — streikende Bergarbeiter — mußten indessen wieder entlassen werden; sie waren in der Lage, ihr Mißtrauen zu beweisen. Nun stellt sich heraus, daß nur in einem Falle Dynamit vor dem Hause eines Arbeitstüchtigen zur Explosion gebracht worden ist. In den anderen drei Fällen handelt es sich nicht um Arbeitstüchtige, sondern um freilebende Vergleute. In einem Falle richtete sich das Attentat gegen den Vertrauensmann des Bergarbeiterverbandes, Fritz Schmier, der auch als Streikleiter fungierte. Daraus geht doch ungewissig hervor, daß es sich bei den Tätern nicht um streikende Vergleute handeln kann. Was sollte diese Veranlassung, gegen ihren eigenen Streikleiter ein Dynamitattentat zu verüben? Es müssen schon andere Personen in Frage kommen.

Ein anderer Fall ist nach dieser Richtung sehr interessant. Am Mittwoch, den 20. März, wurde abends vor dem Eingang der Zeche „Rafen“ ein Revolvererschuß abgegeben. Der Kasten feuerte ebenfalls und verfolgte den Täter. Es gelang ihm auch, den Burtschen dingfest zu machen, wobei sich herausstellte, daß es sich um den Arbeitstüchtigen D. aus Westfalen handelte. Der Mann ist 30 Jahre alt und Vater von drei Kindern. Er ist dem Gerichtsgewächnis in Lima übergeben. Die Täterschaft ist in diesem Falle zweifellos festgestellt. Hierüber hat allerdings die bürgerliche Presse noch nicht berichtet.

Die volle Anerkennung für — Streikbruch.

Den Verbrecher zieht es oft mit magischer Gewalt an den Schauplatz seiner Taten und die Zentrumspresse belaudet einen verdächtigen Eifer in der Vertheidigung des auf ihr Schicksal vom christlichen Gewerksverein verübten Streikbruchs. Das böse Gewissen reißt zu Versuchen, sich von der offensichtlichen Schmach zu reinigen. Man schimpft auf andere, um den Verdacht abzulenkeln! Der Hebereiher verführt dabei zu allerhand greifbaren Widersprüchen. Bald erscheint die Zahl der Streikenden aus dem christlichen Lager recht groß, wenn es galt, den Ruf nach Militär als Hilfe gegen unerhörten Terrorismus zu rechtfertigen, dann wiederum sprach man von nur wenigen hundert christlichen Streikern, als Beweis dafür, daß die Gewerksvereine der Führerparole unbedingt folgten.

Einmal erklärt man beschwörend, die Niederlage der Arbeiter habe der Gewerksverein nicht verschuldet, ein andermal verlangt der Christen Rühm, das Gegenteil zu behaupten. In ihrer Nr. 253 wendet sich die „Köln. Volkszeitung“ heftig gegen die „Frankfurter Zeitung“, weil diese den Gewerksverein für die Niederlage verantwortlich macht, in der Nr. 254 aber macht die Kölnerin folgendes wahrheitsgemäße Eingeständnis:

„Für die schnelle Erledigung des Streiks gebührt dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter volle Anerkennung.“

Ja, das stimmt! Der offiziellen und der nichtoffiziellen Zeitung des Gewerksvereins gebührt die vollste Anerkennung des Kapitals, für die durch bewaffnete Macht und systematischen Streikbruch den Bergarbeitern bereitere Niederlage.

Die Kapitaldiener denutzten zur Vertheidigung ihrer Herrschaft den Streik der Ruhrbergleute als einen durch keinen in den Arbeitsverhältnissen begründeten Sympathiekampf zugunsten der Arbeitstüchtigen in England. Das wiederum hinderte die „Deutsche Arbeiterzeitung“ nicht — Nr. 11 —, den Vorstand des Bergarbeiterverbandes zu beschuldigen, er habe sich von dem englischen bestechen lassen, der Streik in Deutschland solle die englischen Unternehmer unterstehen, ihnen die Absatzmärkte sichern. Diese blöden Verdächtigungen plapperte Ehren-Drost denn auch noch im Abgeordnetenhaus nach. Nun kommt wieder die „Köln. Volkszeitung“ und „Beobachter“ — Nr. 256 —, daß der Kampf im Ruhrgebiet ein Sympathiestreik für die englischen Arbeiter war. Dieser Beweis ist eine jesuitische Gangesiererei. Das Blatt veröffentlicht den Beschluß der internationalen Bergarbeiterkonferenz. In diesem wird festgestellt, daß Sympathiestreiks nicht notwendig seien. — Prohodend erklärt das Jesuitenblatt, die Ablehnung des Sympathiestreiks sei so „kennzeichnend“, daß sich dahinter entgegengesetzte Gedanken verbürgen. Der Beschluß sei so gefaßt, daß er sachlich den Sympathiestreik fordere, aber doch formell ihn ablehne. Höher geht's nicht! Diese Interpretation läßt erkennen, was auf Versicherungen und Erklärungen von zentramischer Seite zu geben ist.

Natürlich soll es auch nicht wahr sein, daß es im Christenlager wegen des Streikbruchs tumult. Die ultramontane Presse

wird mit gegenteiligem Behauptungen, Erklärungen, Berechnungen gespielt. Die ultramontane „Grenzwaite“ sieht sich aber doch genötigt, derartigem Seman folgende Bemerkung anzuhängen:

„Von einem christlichen Bergarbeiter aus Reddinghausen wird uns andererseits geschrieben, daß das Verhalten der christlichen Arbeiterführer von zahlreichen christlichen Arbeitern auf's schärfste mißbilligt werde. Es sei nicht zu leugnen, daß der Streik im ersten Ansturm für die Arbeiterschaft gewonnen worden sei, wenn die Christlichen mitgestreift hätten. Dadurch wären die sozialdemokratischen Pläne noch nicht in den Himmel geschossen. Jetzt aber hätten die christlichen Bergarbeiter einen schmerzlichen Stand, weil ihnen der Vorwurf des Streikbruchs anhaft.“

Genau objektiv haben die christlichen Arbeiter einen Streikbruch begangen; wir aber verlernen nicht, daß sie dazu verleitet worden sind. Man ließ sie argelich einziehen für die heiligen Güter, wo es sich um die Wahrnehmung kapitalistischer Interessen handelte. Die Religion mußte wieder mal als Nachwächter von Profitinteressen dienen.

Zum Streik im sächsischen Kohlenrevier.

Im Zugaue-Deutscher Revier ist der kritische Montag ohne jede Verminderung des Streiks verfloßen. Die Streikenden haben am Montag in diversen außerordentlich gut besuchten Versammlungen erneut gelobt, den Kampf bis zum erfolgreichen Ende durchzuführen. Die Zahl der Streikbrecher hat sich nicht vermehrt; im Gegenteile haben sogar neue Arbeitswillige sich den Streikenden angeschlossen. Die Geschäftswelt nimmt gegen die Streikenden Stellung; so haben die Bäder in ihrer Innung beschlossen, diejenigen ihrer Mitglieder die streikenden, keinerlei Kredit zu gewähren. Im Zugaue wie im Zwickauer Revier treten Schwächlinge auf, die unter Vorgabe, Streikführeragenten zu sein, von dem Streikbureau Geld erschwindeln wollen unter dem Hinweis, sie würden dann Streikbrechertransporte aus verschiedenen Orten nach dem Streikgebiet nicht abgeben lassen.

Auch im Zwickauer Revier hat der kritische Montag nicht die nach den Erfahrungen aus früherer Zeit zu besorgende Abschöpfung des Streiks gebracht. Die Reihen der streikenden Vergleute sind noch vollständig. Auch die in letzter Stunde in vielen lauten Exemplaren verbreitete Ablehnung der Vergleuten auf die vom Vergleuten eingeleiteten neuerlichen Vermittlungsversuche haben unter den Streikenden nicht die beabsichtigte Verwirrung hervorgerufen. Die Vergleuten haben auf die vom Vergleichsgericht eingeleiteten Vermittlungsversuche ablehnend geantwortet. Das Vergleichsgericht hat den Arbeitern mitgeteilt, nachdem in Verfolg eines Beschlusses der Bergarbeiterversammlung vom 21. d. Mts. heute (Montag) die Vertreter der streikenden Vergleuten der meisten Zwickauer Steinkohlenwerke das Vergleichsgericht Zwickau zur Verlegung des Streiks als Einigungsamt angezweifelt hat, letzte der stellvertretende Vorsitzende des Einigungsamtes die Vertreter der beteiligten Werke in einer in Zwickau abgehaltenen Besprechung vor dem Anruf des Einigungsamtes in Kenntnis. Der Versuch, auch die Vergleuten zum Anruf des Einigungsamtes zu bestimmen, war erfolglos. Die Vertreter der Werke erklärten sich außerstande, einen etwaigen Vermittlungsversuch anzunehmen oder sich einem Schiedsspruch des Einigungsamtes zu unterwerfen, und lehnten daher die Verhandlungen als aussichtslos ab. — Die Kohlenherrscher versuchen nun, in verstärkter Weise die bürgerliche Presse für eine Verbesserung ihrer Situation auszunutzen. Sie veröffentlichen Artikel und Notizen, die darauf berechnet sind, durch außerordentlich geringe Registrierung der Streikbeteiligung die Streikenden locken zu machen und zum Streikbruch zu bringen. Sie geben die Zahl der Streikenden nur auf 5000 an, erklären allerdings gleich im Anschluß daran, daß die Streikbeteiligung etwas über 64 Proz. betrage. Dieser Prozentsatz ergibt aber bei über 13 000 Bergarbeitern im Zwickauer Revier mehr als 7000 Streikende; sie widersprechen sich also selbst.

Die Ruhe der Vergleute hat die Vergleuten in die größte Unruhe gebracht. Sie klagen jetzt in der Öffentlichkeit über zu geringen Streikbrecherhau und verlangen, daß so viel Polizei und Gendarmerie zusammengezogen wird, daß die Streikbrecher auch in ihren Dörfern vor jeder Belästigung geschützt sind. Die Arbeitstüchtigen werden durch das Vorgehen der Vergleuten und namentlich durch das verstärkte Schreien nach mehr Polizei immer freier. Sie gehen provozierend und hohnlachend, mit Gummistockeln bewaffnet, zur Arbeit und pöbeln die ruhig dastehenden Streikposten an.

Die Produktion ist im Kohlengebiet stark zurückgegangen. Die Kohlenlager sind vollkommen geleert. Die bis jetzt noch verhältnismäßig starke Produktion ist nur dadurch möglich, daß man die leicht abzubauenen Orte ausnutzt. Durch die dadurch nur zu natürliche Kohlenproduktion sollen die Streikenden locken gemacht werden. Sie sind aber überzeugt, daß sobald die schwierigeren Orte in Angriff genommen werden müssen, die Produktion auf ein Minimum zurückfällt.

Ende der Bergarbeiterbewegung im niederschlesischen Revier.

Der bisherige Verlauf der Lohnbewegung im Waldenburger Revier ließ darauf schließen, daß es ohne das Mittel des Streiks nicht gehet würde. Dazu kommt es nun aber nicht. Die zwei letzten Revierkonferenzen, gemeinsam vom alten Verband und vom Kirch-Länderschen Gewerksverein einberufen, beschäftigten sich mit den Zugeständnissen der Grubenherren an die Arbeiterausschüsse und mit den Chancen eines eventuellen Streiks. Von den eingereichten Forderungen haben die Direktionen nichts bewilligt. Statt der geforderten 15 Proz. Lohnerhöhung bewilligten sie nur einen von 5 entlichen Aufschlag von 1 M. für Bergarbeiter und für jugendliche Arbeiter und Frauen 50 Pf. Alle übrigen Forderungen, besonders die allgemeine Lohnerhöhung um 15 Proz., wurden rundweg abgelehnt. Künftige Schicht inklusive An- und Ausfahrt einzuführen, erklärten sie für unmöglich. 24stündige Sonntagschicht soll nach Möglichkeit beibehalten werden, und paritätische Schiedsgerichte erklärten die Grubenherren für überflüssig. Diese „freiwilligen Zugeständnisse“ treffen natürlich nicht annähernd den Kern der Arbeiterforderungen, sie wurden von den Bergarbeitern einmütig als beschämend zurückgewiesen.

Die Revierkonferenz am Sonntagvormittag hatte zu entscheiden, ob die Arbeiter angesichts der nichtsagenden Zugeständnisse der Grubenherren den Streik wagen sollen. Nach langen, oft recht hitzigen Debatten kam die Revierkonferenz zu der Ansicht, daß die Organisationen noch nicht stark genug seien, um bei dem größten Teil der Arbeiterschaft auf einen Streik rechnen zu können; eine zu schwache Beteiligung am Streik aber würde nicht allein den Erfolg des Streiks in Zweifel ziehen, sondern auch auf das Ansehen der Organisation sehr schädigend wirken. Daher sei der Streik nicht zu empfehlen.

Die Abstimmung ergab 21 Stimmen für den Streik und 80 dagegen. Im übrigen wurde die zwingende Notwendigkeit anerkannt, die Lohnbewegung abzugeben. Als nächste Aufgabe wurde den Bergarbeitern der Ausbau der Organisation zur Pflicht gemacht.

In den Nachmittagsversammlungen wurde der Beschluß der Revierkonferenz den Belegschaften zur Kenntnis gebracht.

Die Versammlungsteilnehmer waren zunächst mit dem Beschluß nicht einverstanden, es erhob sich vielfach dagegen Widerspruch. Nach heftigen Debatten wurde eine Resolution angenommen, die den Abbruch der Lohnbewegung ausspricht.

Fortdauer des Streiks in Hannover.

Hannover, 24. März. Die streikenden Bergarbeiter der fiskalischen Gruben am Deister und in Oberkirchen hielten heute nachmittag in verschiedenen Orten Versammlungen ab, in denen eine Resolution angenommen wurde, welche eine Konferenz der Vertrauensmänner und Arbeiterausführungsmittglieder, die heute hier getagt hatte, vorgeschlagen hatte. Die Resolution empfiehlt den Deister- und Schaumburg-Bippeschen Bergleuten, im Streik zu beharren. Es soll jedoch im Laufe der Woche versucht werden, mit den Behörden zu weiteren Verhandlungen in Verbindung zu treten.

Streiks in Böhmen.

Prag, 25. März. Das Ergebnis der gestrigen in zahlreichen Orten des böhmischen Kohlenreviers abgehaltenen Versammlungen ist, daß der Streik im Brüxer und Duxer Bezirk weiter um sich gegriffen hat. Im Kuffiger und Falkenauer Bezirk ist der Ausstand neuerlich ausgebrochen. Im Teplitzer Bezirk ist der Ausbruch des Streiks zu erwarten.

Der drohende Streik der amerikanischen Kohlenarbeiter.

New York, 12. März. (Fig. Ver.)

Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht momentan die Frage, ob es am 1. April im amerikanischen Kohlenbergbau zu einer allgemeinen Arbeitseinstellung kommt. Die Kiefenausstände in Großbritannien, Deutschland und Frankreich mit ihren wirtschaftlichen Folgen enthalten denn doch eine zu eindringliche Lehre, als daß der amerikanische Spießer dem 1. April mit dem gleichen Gefühl der Würstigkeit wie vor 6 und 3 Jahren entgegensehen könnte.

Seitdem der große Streik des Jahres 1902, der vom 17. Mai bis zum 24. Oktober dauerte, durch die Vermittlung der von der öffentlichen Meinung aufgerichteten Bundesregierung beigelegt worden war, glaubte das amerikanische Publikum nicht mehr recht an die Wahrscheinlichkeit eines Kampfes im Kohlenbergbau.

Gegen Ablauf des 1902 zunächst für die Zeit bis zum 31. März 1906 abgeschlossen und zweimal auf 3 Jahre erneuerten Lohnvertrages gab es regelmäßig lange Konferenzen zwischen Vertretern der Bergleute und der Kohlenverwaltungen, wurde regelmäßig der Welt verkündet, ein Streik sei unaussprechlich, gingen regelmäßig (angelehnt der präferierten Situation) die Kohlenpreise in die Höhe, waren die Arbeiter regelmäßig mit dem alten Lohnvertrag von 1902 zufrieden.

Aber John Mitchell, nachmaliger Departementssekretär der Civic Federation, und sein Schilling, der harmonie-dienliche Lewis, stehen nicht mehr an der Spitze der United Mine Workers (Verband der Bergleute). Zu deren Präsidenten wurde letztes Jahr der Genosse John B. White gewählt. Die United Mine Workers sind gegenwärtig in viel höherem Grade eine Kampforganisation, als sie es früher waren. Damit hat sich die Situation gegenüber den Jahren 1906 und 1909 verschoben. Es ist recht wahrscheinlich, daß die Bergleute diesmal in den Kampf eintreten, wenn nicht die Grubenbesitzer die Arbeiterforderungen bewilligen oder doch wenigstens wesentliche Konzessionen machen.

1902 wurde den Bergleuten eine zehnprozentige Lohnerhöhung zugestanden und außerdem vereinbart, daß die Arbeitsentlohnung auf je 5 Cents Weisaufschlag per Tonne Kohle um 1 Cent aufgebessert wird. Die früheren Lohnverhältnisse waren so fürstlich, daß auch die feste Aufbesserung von 1902 gänzlich ungenügend war. Und von der „gleitenden Zulage“ haben die Arbeiter fast gar nichts profitiert. Nicht, als ob die Kohlenpreise nicht stark in die Höhe gegangen wären. Bei Lohnentnahme macht die Differenz fast zwei Dollar per 2000 Pfund aus. Aber die Kohlenbergwerke liefern an die von ihnen kontrollierten Vertriebsgeschäfte nahezu zu dem alten Preise und heimlich die höheren Profite auf indirektem Wege ein. Dadurch sehen sich die Bergleute um den größeren Teil ihrer gleitenden Lohnerhöhung geprellt.

Großes Aufsehen machen die Kohlenzwecke davon, daß sie in den letzten 9 Jahren auf Grund des gleitenden Tarifes 29 Millionen Dollar Lohnzulagen auszahlten. Die Wichtigkeit dieser Zahl angenommen, entfallen auf den Arbeiter pro Jahr durchschnittlich rund 6 Dollar, da in dem amerikanischen Kohlenbergbau über 500 000 Leute beschäftigt sind.

Auf einer am 15. Januar zu Indianapolis zusammengetretenen, von 100 Delegierten besuchten Konvention der United Mine Workers wurden die den Besetzen zu unterbreitenden Forderungen festgelegt.

Die Bergleute im Hartkohlenrevier verlangen:

1. Zwanzigprozentige Lohnaufbesserung.
2. Anerkennung der Gewerkschaft (d. h. es dürfen nur organisierte Leute beschäftigt werden, deren Interessen die Gewerkschaft den Besetzen gegenüber vertritt) und Abzug der Gewerkschaftsbeiträge durch die Werkstätten, welche die Beiträge an die Gewerkschaft abführen.
3. Einführung des achtstündigen Arbeitstages ohne Lohnreduktion.
4. Tarifvertrag von einjähriger statt dreijähriger Gültigkeitsdauer.
5. Minimallohn von 3 1/2 Dollars für lizenzierte Bergleute und von 2 1/2 Dollars für unqualifizierte Bergleute pro Tag.
6. Vergütung nach dem Gewicht der gefördertem Kohle, nicht nach Wagonladungen.
7. Abschaffung der 1902 geschaffenen Schlichtsbehörde, in welcher Unternehmer und Bundesregierung das Übergewicht über die Arbeiter haben.

Die Weichkohlengräber fordern:

1. Wiegen der Kohlen vor dem Sieben.
2. Tägliche Arbeitszeit von sieben, Samstag von fünf Stunden.
3. Erhebung der Gewerkschaftsbeiträge durch die Bergwerke.
4. Abschluß eines Tarifvertrages auf 2 statt auf 3 Jahre.

Am entschiedensten sträubten sich die Besetzen gegen die Erhebung der Gewerkschaftsbeiträge durch die Werkstätten. Dann davon besürchten sie, und zwar mit Recht, eine Störung der Gewerkschaft. Zwar sind die 320 000 im Weichkohlenbergbau beschäftigten Leute ziemlich stramm organisiert und verfügen über reichliche Mittel. Dagegen sieht es im Hartkohlenrevier minder gut aus, wenn es auch unter der energischen Führung des Genossen White viel besser wurde. Vor dem Ablauf des Lohnvertrages treten die nichtqualifizierten

Bergleute zwar in hellen Scharen der Gewerkschaft bei; zahlen aber, sobald der Friede gesichert ist, ihre Beiträge nicht mehr und werden als Mitglieder gestrichen. Aber sie zeigen vor über 9 Jahren, daß sie mit zäher Ausdauer zu kämpfen wissen. Zudem können nach dem pennsylvanischen Gesetze nur Bergleute von mindestens zweijähriger praktischer Erfahrung zur Vornahme von Sprengungen verwendet werden. Scabs wären aber nicht so leicht zu finden.

Die bisherigen Konferenzen, welche die Bergleute in Indianapolis mit den Weichkohlen-, hier mit den Hartkohlenzwecken abhielten, verliefen resultatlos. In dem letzten Drittel des Monats finden die Schlichtverhandlungen statt. Was sie bringen, vermag niemand zu sagen. Aber unter keinen Umständen machen die Kohlenbarone vor dem letzten Augenblick Zugeständnisse. Denn die Unsicherheit der Lage bringt ihnen schweres Geld ein.

Kein Streik in Belgien.

Brüssel, 25. März. Auf dem gestrigen nationalen Kongress der belgischen Bergarbeiter ist unzweifelhaft zum Ausdruck gekommen, daß an einen Streik in Belgien nicht zu denken ist. Den Arbeitern wurden auf den meisten Forderungen bereits Lohn-erhöhungen zugestimmt und weitere für Anfang April in Aussicht gestellt. Trotzdem werden sie ihre Bemühungen, eine 15prozentige Lohnerhöhung zu erlangen, fortsetzen.

Der Krieg.

Wilhelm II.

Ist auf seiner Reise nach Korfu am Sonntag in Venedig eingetroffen. Am Montag machte der König Viktor Emanuel dort seinen Besuch. Ueber diese Zusammenkunft wird in der bürgerlichen Presse allerlei zusammengekratelt. Die einen meinen, die beiden Monarchen hätten sich über die Friedensverhandlungen unterhalten, andere prophezeien eine Verschärfung der kriegerischen Aktionen. Was dem sein wie ihm wolle, auf jeden Fall wird durch den Kaiserbesuch die an sich schon recht wacklige Freundschaft zwischen Deutschland und die Türkei noch mehr ins Wanken gebracht.

Vom tripolitanischen Kriegsschauplatz.

Tripolis, 24. März. (Meldung der Agencia Stefani.) Die Eisenbahn von Tripolis und Fort Santa Barbara nach Ninzara ist seit dem 19. März in vollem Betriebe. Die Verproviantierung Ninzaras ist damit gesichert. Morgen werden die Arbeiten an der neuen Eisenbahnlinie, die bis Kadzura und Benghass führen soll, in Angriff genommen werden. — Mit dem Landen der Truppen ist wieder begonnen worden.

Rom, 25. März. Die Agencia Stefani meldet aus Tobruk vom 24. März: Mehrere feindliche Abteilungen versuchten zu wiederholten Malen die Befestigungsarbeiten an dem neuen Fort zu behindern, wurden aber von den italienischen Truppen mit Verlusten zurückgeschlagen. Bei den Italienern wurde ein Unteroffizier leicht verwundet.

Eine folgenschwere Explosion.

Ende voriger Woche spielte ein Soldat des 40. Infanterieregiment im Fort Hamidie bei Tripolis mit einem der dort von den Türken zurückgelassenen Schrapnells. Das Geschos explodierte; vier Soldaten wurden durch die Sprengstücke getötet, eine große Anzahl verwundet.

Er mordung des Fürsten von Samos.

Konstantinopel, 24. März. Der Fürst von Samos, Andreas Kropassis, Offizier ist gestern auf Samos von einem Griechen durch Revolvergeschosse getötet worden.

Konstantinopel, 24. März. Durch Beschluß des Ministerrats ist der frühere Gehilfe des Wollis von Trapezunt, der Grieche Velez, zum Fürsten von Samos ernannt worden. — Nach hier eingegangener amtlicher Meldung wurde der Mordanschlag auf den Fürsten Kropassis vorgelesen am Abend im Augenblick begangen, als der Fürst ins Palais zurückkehrte. Der Mörder feuerte fünf Schüsse auf den Fürsten ab, von denen drei trafen. Der Fürst erlag seinen Verletzungen gestern nachmittag. Der Mörder, ein Grieche namens Parides, wurde durch die Orispolizei verhaftet.

Die Reaktion in der Türkei.

Genosse Parvus schreibt uns aus Konstantinopel: Der türkische Parlamentarismus bröckelt immer mehr ab. Das „Komitee“ hat sich an die Spitze der Konterrevolution gestellt. Ein wichtiger Schritt vorwärts auf diesem Wege ist soeben durch die neuen Verordnungen über die Presse und die Versammlungen geschehen. Tageszeitungen sollen künftig eine Kautions von 500 türk. Pfund, etwa 6000 M., in der Hauptstadt und 100 türk. Pfund in der Provinz niederlegen; Neuen 200 bzw. 50 türk. Pfund. Verantwortlicher Redakteur darf nur sein, wer eine höhere Lehrausbildung absolviert hat. Offizieren, auch solchen der Reserve (Oberst Sadik Bey) ist die Veröffentlichung von Artikeln, die die auswärtige Politik des Staats oder die Militärbehörden kritisieren, verboten. Versammlungen unter freiem Himmel, die geeignet erscheinen, die öffentliche Ruhe zu stören, sind verboten. Zuwiderhandlungen werden mit 15 Tagen bis 6 Monaten Gefängnis bestraft; wenn die Versammlung nur der bewaffneten Macht weicht, ist die Strafe 6 Monate bis 2 Jahre Gefängnis. Jede Person, die die Bevölkerung zu einem bewaffneten oder unbewaffneten Aufstand aufreizt, sei es durch öffentlichen Vortrag oder durch Aufkleben bzw. Verteilung von gedruckten Schriften, ist denselben Strafen unterworfen wie jene, die an dem Aufstand teilnahmen. Wenn die Aufreizung ohne Folgen bleibt, wird sie mit Gefängnis von einer Woche bis zu zwei Monaten bestraft. Wer Plakate solcher Art druckt oder aufklebt oder verteilt, wird als Komplize bestraft.

Der Urheber all dieser reaktionären Maßregeln ist Mahmud Scheffer Pascha und ein Viertelbühend Leute aus dem „Komitee“.

Was noch besonders aufregt, ist der von dieser Kamarilla begangene Verzug. Denn fortgesetzt verbieth man, mit der Inkraftsetzung der oben wiedergegebenen Einschränkungen auch den Verlagerungszustand aufzuheben. Das ist aber nicht geschehen. Jetzt hat man beides: das Kriegsgericht und auch noch die neuen Einschränkungen der Presse und des Versammlungsrechts.

Die Revolution in China.

Anleihe-Schwierigkeiten.

Peking, 25. März. Die Gesandten von Großbritannien, Frankreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten haben ein gemeinsames Memorandum überreicht, in dem nach kurzer Vorlegung der seit dem 27. Februar von der internationalen Bankengruppe über die Finanzierung der chinesischen Regierung gepflogenen Verhandlungen der Standpunkt vertreten wird, daß die englisch-belgische Anleihe einen Vorbruch darstelle, und gegen die neue Anleihe entschieden Protest erhoben wird.

Er mordung eines amerikanischen Missionärs.

Peking, 25. März. Telegramme aus Chungking melden die Ermordung eines amerikanischen Prieesters namens Hild; zwei Begleiter sind, wie berichtet wird, schwer verwundet worden. Die Gesellschaft ist offenbar von Räubern überfallen und vollständig ausgeraubt worden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. März 1912

Wermuth das Opfer der Erbschaftsteuer.

Die „Deutsche Tageszeitung“ gibt jetzt zu, daß Wermuth tatsächlich ein Opfer der unferlichen Treiberen gegen die von Wermuth für absolut notwendig geordnete Erbschaftsteuer geworden ist. Es sei richtig, meint sie nämlich, daß bei den Besprechungen mit den Parteiführern, die vor dem Zusammentritt des Reichstages stattfanden, der Reichschatzsekretär die Ausdehnung der Erbschaftsteuer als die einzige Möglichkeit bezeichnet habe, die Mehrkosten der Heeresvorlage zu decken. Der Reichskanzler selbst sei nicht so weit gegangen, er habe nur hervorgehoben, daß sich bisher keine andere Möglichkeit gefunden habe, daß er aber bereit sei, auch andere Vorschläge zu prüfen. So sei schon damals die „zarte Unstimmigkeit“ zwischen dem Reichschatzsekretär und dem Kanzler hervorgetreten. Im übrigen habe Wermuth einigermassen übersehen, daß er als Reichschatzsekretär nur der Stellvertreter des Kanzlers sei und infolgedessen nicht das Recht einer eigenen Meinung in Anspruch nehmen dürfe.

Es ist also genau so gewesen, wie die Öffentlichkeit es bisher schon annahm. Nachdem die Junker und ihre Freunde Herrn von Bethmann glücklich auf ihre Seite gebracht hatten, inzerierte man die bekannte Zeitungsbete gegen Herrn Wermuth und zwang ihn schließlich durch die Ablehnung der Erbschaftsteuer in der nächsten Ministerkonferenz seinen Abschied einzureichen.

Die Wehrvorlage — ein „Tropfen auf den heißen Stein“.

Die neue Wehrvorlage, über die die Reichsregierung vor einigen Tagen den Schieber ein wenig gelüftet hat, wird das deutsche Volk von neuem furchtbar beunruhigen. Obwohl noch kein Mensch weiß, wie diese Lasten zu tragen sind, halten die Ueberpatrioten diese Vorlage erst für den Anfang weiterer Heeres- und Flottenvermehrungen, für einen Tropfen auf dem heißen Stein. Aber auch die Liberalen sind bereit, diese Vorlage zu schlucken. In dem freimüthigen Wittern hört man nichts von Opposition tauschen, und das offizielle Organ der Nationalliberalen Partei, die „Nationalliberale Korrespondenz“, sagt: „Es muß jedem Patrioten die Feststellung eine hohe Beugung bereiten, daß diese beiden Entwürfe, die immerhin eine Erhöhung der Friedenspräsenz um 20 000 Mann und eine jährliche Ausgabenvermehrung um zunächst 100 bis 120 Millionen Mark bringen, von allen politischen Parteien nur noch bei der Sozialdemokratie Widerspruch erfahren.“ Weiter konstatiert die „Nat. Korresp.“, daß den jetzigen Vorlagen so ziemlich allseitig das Zeugnis unzulässiger Beschränkung ausgeteilt werde. Weit schärfer werde aber der ungenügende Charakter der Flottenvorlage hervorgehoben. Scheinbar partei-offiziös erklärt die „Nationalzeitung“ in auffälligem Drud: „In leitenden Kreisen der nationalliberalen Partei werden die Wehrvorlagen als Ausfüllung offenkundiger Lücken und zum Teil auch als Wiedergutmachung früherer Unterlassungsünden, namentlich bei der Armee, mit großem Beifall aufgenommen.“

... Ueber die in Aussicht genommene Art der Deckung wird sehr abspredend geurteilt; der Ertrag der Aufhebung der Stammwein-Liebesteuern wird nach Abzug aller notwendigen Entschädigungen sogar nur noch auf fünfzehn Millionen Mark geschätzt. Inzwischen besteht kein Zweifel darüber, daß sich für die Vorlagen selbst eine gewaltige Mehrheit im Reichstage finden wird.“

Die konservativen Organe sind durch die Vorlagen noch viel weniger zufriedengeföhlt. Die „Post“ jammert, von einer wirklichen Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht könne heute noch nicht die Rede sein, denn noch wie vor müßten viele Tausende junger Leute, die für den Wehrdienst befähigt sind, der Erziehung beraubt werden. Die „Post“ hat erwartet, daß neben der Aufstellung der zwei neuen Armeekorps die Heeresvorlage die fehlenden 33 Bataillone endlich gebracht hätte; statt ihrer werden nur 14 aufgestellt. Auch die Kavallerie und Artillerie sei nur spärlich bedacht worden. Das konservative Blatt schlägt seinen Artikel wie folgt: „Aucher diesen hauptsächlichsten Punkten sind noch eine große Anzahl mehr oder weniger bedeutender Lücken vorhanden, die die Heeresvorlage nicht erledigt und wir dürfen füglich sagen, daß die Vorlage nur einen Teil der Lücken schließt, die die Organisation unserer Armee aufweist. Das, was die Heeresvorlage bringt, muß daher ohne jeden Abzug unter allen Umständen durchgeführt werden.“

In gleicher Weise urteilen andere rechtsstehende Blätter. Die „Kreuzzeitung“ sagt: „Das Urteil über die Wehrvorlagen kann nach Bekanntgabe der Grundzüge noch kein abschließendes sein, im ganzen handelt es sich wohl um ein Minimum dessen, was notwendig ist. Von diesem etwa noch Abstriche zu machen, würde militärisch ein unübersehbarer Fehler sein.“

Den Vogel bei dem Nahrungsummel schießt der konservative „Reichshote“ ab, der schreibt:

„Wir fassen die Heeresverfärfung noch einmal zusammen: Eine Armeo-Inspektion, zwei Generalkommandos, zwei Divisionsstäbe, 14 Infanteriebataillone, vier Feldartillerie-Brigaden, 3 Pionier-Bataillone, 2 Train-Bataillone, 1 Kavallerie-Regiment, etwa 70 Maschinengewehr-Kompanien, eine Pfliegertruppe, außerdem Erhöhung des Stabs bei einer großen Anzahl von Infanterie-Bataillonen und Feldartillerie-Abteilungen, Schaffung von Offiziersstellen, Erhöhung der Mannschaftslöhne. Alles dieses bedeutet gewiß einen Schritt vorwärts. Aber so befriedigend wie eine Heeresvorlage in dieser kritischen Zeit, nach diesen schweren Krisen sich gehalten müßte, um den hauptsächlichsten Forderungen in Frankreich und England den entsprechenden Dämpfer aufzusetzen, ist diese Vorlage nicht. Die Heeresverwaltung hat offenbar mit diesem rosten Reichstag und nicht mit der Stimmung im Lande gerechnet, und aus dieser unangebrachten Rücksichtnahme heraus erheben sich die Forderungen nicht über das Notdürftige. Man muß aber bedenken, daß das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit gern bereit ist, Opfer zu bringen, ja, daß es die Heeresverwaltung geradezu drängt, ausreichende Vorlagen einzubringen. Um so erstaunlicher ist diese Notdürftigkeit derselben. Was hat Preußen-Deutschland groß gemacht? Nicht die Rücksichtnahme auf ein Parlament, das damals noch viel weniger für Heeresvorlagen zu haben war als das heutige, sondern ein herabgesetztes Zusaffen des einmal für notwendig Erkannten, ohne Scheu vor einem Konflikt. Damals standen allerdings Männer wie Bismarck und Roon an der richtigen Stelle. ... Eine Wehrereinstellung von 20000 Mann ist nichts anderes als ein Tropfen auf den heißen Stein.“

Es zeugt von einer Dreistigkeit sondergleichen, zu sagen, das deutsche Volk werde gern bereit sein, die erforderlichen Opfer für die neue Heeresvorlage zu bringen, nachdem die Junker und Schieber sich geweiheit haben, die Erbschaftsteuer anzunehmen. Sicher sollen die Lasten wieder dem „deutschen Volke“, d. h. den Wehreremittelten, aufgeschult werden, während die Besitzenden sich von ihrer „patriotischen Willst“ drücken. Aber es so weit ist, werden die Vertreter des deutschen Volkes, die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage, wird die Arbeiterschaft selbst ein kräftiges Wort sprechen.

Aus dem russischen Parteileben.

Das Internationale sozialistische Bureau verwendet folgende Mitteilung:

Diese letzten Jahre waren für die sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands Jahre der Verwirrung und der Desorganisation. Während dreier Jahre hat die Partei weder eine Konferenz einberufen können und während zweier Jahre konnte der Hauptvorstand keinerlei Tätigkeit entfalten. Die Partei bestand zwar weiter, aber in Gestalt von einzelnen Gruppen, die mangels eines Hauptvorstandes in allen Städten von einer gewissen Bedeutung ein wenig isoliert voneinander lebten.

Seit einiger Zeit, unter dem Einfluß des Wiedererwachens des russischen Proletariats, fängt die Partei an, sich von neuem zu festigen, und ganz kürzlich haben wir schließlich eine Parteikonferenz zusammenberufen können (was seit dem Jahre 1908 nicht möglich gewesen war), auf welcher die Organisationen der beiden Hauptstädte, der Nordwestgegend und der Südgegend, des Kaukasus und der Industriegegenden des Zentrums vertreten waren. 20 Organisationen im ganzen traten in enge Verbindung mit dem Organisationsausschuß, der diese Konferenz einberufen hatte, d. h. beinahe die Gesamtheit der Organisationen, Menschewiks oder Bolschewiks, die in diesem Augenblick in Russland be- stehen.

Im Verlaufe ihrer 23 Sitzungen prüfte und erörterte die Konferenz, welche sich die Rechte und Pflichten des obersten Parteiorgans beilegte, alle auf ihre Tagesordnung gestellten Fragen, von welchen manche von ganz einschneidender Bedeutung sind. So wurde auch ihr eine tiefgehende und sehr vollständige Würdigung der augenblicklichen politischen Lage und der Politik der Partei gegeben, eine Würdigung, die mit den Resolutionen der Konferenz von 1908 und mit den Beschlüssen der Vollversammlung des Parteivorstandes von 1910 in vollkommener Übereinstimmung sich befindet. Sie widmete eine ganz besondere Aufmerksamkeit den in einigen Monaten stattfindenden Wahlen zur Duma und arbeitete zu diesem Gegenstand eine Resolution aus, die aus drei Teilen besteht und die in einer sehr greifbaren und sehr ins einzelne gehenden Weise die vielfachen Verwicklungen unseres Wahlsystems beträchtigt, die sich über die Frage der Wahllokale mit den anderen Parteien ausdrückt und die Stellung sowie die Tätigkeit der Partei im Laufe der bevorstehenden Wahlbewegung von allen Gesichtspunkten aus untersucht. Die Fragen der Hungernot, der Arbeiterversicherungen, der Gewerkschaften und der Streiks usw. wurden gleichfalls erörtert und ihrer Lösung entgegengeführt.

Die Konferenz untersuchte ebenfalls die Frage der „Liquidatoren“. Diese Richtung leugnet das Bestehen einer illegalen Partei, erklärt, daß diese bereits aufgelöst sei, daß ihre Neubegründung nichts weiter sei als eine reaktionäre Utopie und behauptet, daß die Partei nur in legaler Form wieder erstehen könne. Nichtsdestoweniger hat diese Richtung, welche mit der illegalen Partei gebrochen hat, bis jetzt keine legale Partei begründen können. Die Konferenz stellte fest, daß die Partei seit vier Jahren gegen diese Richtung kämpft, daß die Konferenz von 1908 und die Hauptversammlung des Parteivorstandes von 1910 sich gegen diese Liquidatoren ausgesprochen haben, daß trotz aller Anstrengungen, die gemacht worden sind, sie fortwährend, Sonderbündelei zu treiben und die Partei in der legalen Presse anzugreifen. Die Konferenz erklärte demzufolge, daß die um die Organe „Rascha Saria“, „Dielo Schiani“ (denen man jetzt noch „Schivo Dielo“ zugesellen muß) gebildeten Liquidatoren sich außerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands gestellt haben.

Schließlich wurde ein Vorstand und die Redaktion des Zentralorgans „Socialdemocrate“ gewählt. Ueberdies hat die Konferenz insbesondere festgestellt, da wir im Auslande eine Menge Gruppen besitzen, die mehr oder weniger sozialistisch, jedoch auf alle Fälle von dem russischen Proletariat sowie von einer sozialistischen Aktion vollständig getrennt und demzufolge ohne jede Verantwortlichkeit sind, daß diese Gruppen in keiner Weise die sozialdemokratische Arbeiterpartei darstellen oder vertreten können, daß die Partei keinerlei Verantwortlichkeit oder Gewähr für diese Gruppen übernimmt und daß alle Verbindungen mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands durch Vermittelung des Parteivorstandes zu erfolgen haben.

Soweit die Mitteilung des Bureaus. Ohne uns in die Organisationsstreitigkeiten unserer russischen Genossen einzumischen, müssen wir doch darauf aufmerksam machen, daß in dieser Mitteilung nur der Standpunkt einer Gruppe innerhalb der russischen Sozialdemokratie, und zwar der Leninischen Gruppe, zum Ausdruck kommt.

Auf Grund der uns vorliegenden, völlig objektiven Berichte und der Proteste der überwiegenden Mehrzahl der sozialdemokratischen Organisationen Russlands möchten wir folgendes bemerken:

Die in der eingangs wiedergegebenen Mitteilung geschilderte Konferenz kann keineswegs auf den Namen einer Parteikonferenz Anspruch erheben. Mit Ausnahme der Leninischen Gruppe (die auch nur einen Teil der Bolschewistischen Richtung repräsentiert) und einiger Menschewiks der Plechanow-Richtung (die übrigens von Plechanow selbst desabonniert worden sind), hat keine andere Richtung der Sozialdemokratie Russlands an dieser Konferenz teilgenommen. Weder die Sozialdemokratie Lettlands, noch der Jüdische Arbeiterbund, noch die Sozialdemokratie Polens und Litauens, noch das kaukasische Landeskomitee, noch die Richtung „Bperjob“, noch eine Reihe anderer russischer Organisationen haben an diese Konferenz teilgenommen. Das bedeutet, daß die Ältesten, stärksten Organisationen unserer russischen Partei, die das eigentliche Rückgrat der Bewegung bilden, an der Konferenz keinen Anteil genommen haben. Nichtsdestoweniger hat sich die Vertretung eines verhältnismäßig geringen Teiles der Gesamtpartei die Rechte der Vertretung der Gesamtpartei angeeignet, einen „Partei Vorstand“, ein „Zentralorgan“ eingesetzt, auf die Mittel der Gesamtpartei Anspruch erhoben und eine ihr nicht genehme Richtung in der Partei aus der Partei „ausgeschlossen“. Eine derartige Handlungsweise liegt sicher nicht in der Richtung, die dringend notwendige Einigkeit der Partei herzustellen.

Das Vorgehen dieser „Konferenz“ hat bei der Mehrzahl unserer russischen Genossen um so heftigere Opposition wachgerufen, als bereits seit einiger Zeit Bestrebungen im Gange sind, die Wiedergeburt unserer russischen Arbeiterpartei auf einer lokalen, sämtlichen Richtungen und Organisationen in der Partei umfassenden Grundlage herzustellen. Auf die Anregung der Sozialdemokratie Lettlands tagte im Januar in Russland eine Konferenz der Vertreter der Sozialdemokratie Lettlands, des Jüdischen Arbeiterbundes, des kaukasischen Landeskomitees, die den Beschluß faßte, eine allgemeine Parteikonferenz einzuuberufen, in welcher „alle Gebiete der Parteiarbeit bei der unbedingten Voraussetzung, daß alle Gruppen und Organisationen der Partei unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu dieser oder jener Parteirichtung herangezogen würden, vertreten sein sollten, um über die politischen und organisatorischen Aufgaben in Verbindung mit der bevorstehenden Wahlkampagne wie auch zur Förderung der Parteieinheit zu entscheiden.“ Die auf dieser Beratung gewählte Organisationskommission betreibt energisch die Vorbereitungen zur Einberufung einer wirklichen Vertretung der Gesamtpartei Russlands. Es haben bereits außer den genannten Organisationen ihre Zustimmung erklärt und ihre Mitwirkung bei der bevorstehenden allgemeinen Konferenz versprochen: die Gruppe „Bperjob“, die Redaktion der „Pravda“, die Redaktion des „Golos Sozialdemokrata“. Ferner liegen ähnliche Erklärungen vor von einer Reihe inner-russischer Parteiorganisationen und den Genossen, die in der legalen Arbeiterbewegung tätig sind.

Zum Schluß halten wir uns verpflichtet, die Protestkundgebung zu veröffentlichen, mit welcher sich sämtliche durch die „Leninische Konferenz“ nicht vertretenen Richtungen in der Sozialdemokratie Russlands aus Anlaß dieser Konferenz an die Internationale wenden. Auf einer Beratung der Vertreter des Auslandskomitees des Jüdischen Arbeiterbundes, der Plechanowischen Richtung, der Gruppe „Bperjob“, der „Partei Bolschewiks“ (d. h. des im Gegensatz zur Leninischen Gruppe stehenden Teils der Bolschewistischen Richtung), des „Golos Sozialdemokrata“, der „Pravda“ wurde am 12. d. M. nachstehende Resolution über die angebliche „Allrussische Konferenz der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands“ angenommen:

1) Anfangs beteiligte sich auch der Vertreter der Sozialdemokratie Polens und Litauens an dieser Konferenz.

ihrem Seitenstück: dem Wälten Gregors in der „Komischen“ und Boris in der „Kurfürsteneroper“.

Von verschiedenen Beobachtungsweisen des Stückes, die teils ausgedenken sind, teils in Berlin tatsächlich vorliefen, hatten wir bereits gesprochen, zuletzt von der Aufführung im selben „Theater des Wessens“ unter Direktor Notti, die wohl nur durch hübsche Ausstattungsbilder und durch die Wiedererweckung zweier lang verpöbelter Szenen im zweiten Akt hervorragte. Daß Reinhardt auf sie und auf noch ein oder das andere Stückchen verzichtete, nimmt Wunder. Oder handelt es sich ihm wirklich nicht darum, einem Werke gerecht zu werden, sondern nur darum, es so weit zu bringen, wie es für seine Theaterkünste paßt?

Dies gilt vor allem nicht dafür, daß der Ingenieur auch der Russe ihr künstlerisches Recht zu wahren suchte. Er nahm als Kapellmeister den aus Konzerten wohlangehenden Oskar Fried. Dessen Leitung gab das seit — wer weiß wie lange erste Musterbeispiel für ein Zurückfallen des Orchesters zugunsten der Deutlichkeit des Gesanges; sie arbeitete auch ausdrucksvolle Gegenstücke heraus; aber sie paßte mit ihrem lyrischen Ernst doch nicht zu der Grundstimmung der Reinhardtischen Inszenierungstakt. Die war nun einmal ganz auf Grand-Mis gestimmt. Und da muß man jedenfalls eines an Reinhardt anerkennen: die Konsequenz, mit der er die äppigsten Mittel anbietet, um zu seinem Ziele zu gelangen. Sie würde vielleicht noch größer sein und der höhere Maßstab nicht doch manchmal durch den niederen Maßstab verdrängt werden, wenn der Regisseur den Willen — oder hier wohl die Macht hätte, zur Konsequenz auch die Einheitslichkeit zu stellen. Die Rätselstücke und manche einzelne Kostümbereitungen fielen etwas ab.

Das Gelingen der Inszenierung war der Eindruck der Szenarien, einschließlich der ungefähr wiederholend inkonsequenten Tanzbewegungen. Reinhardt ergänzte den szenischen Eindruck durch Einführung des japanischen Plumessteges, der über das Parterre weg dem Einzug zahlreicher Figuren dient. Auf ihm rückt auch König Melchior aus, von Max Ballenberg, a. G. weit über das gewöhnliche Trötchenniveau hinaus dargestellt, jeder König ein Joll. Auf ihm kehrt er auch wieder, um in dem Traumbüchlein von Helena und Boris, in dem die — gelinde gesagt: Konsequenz des positiven und negativen Kostüms noch konsequenter ist als später in der Badefrandszene, über den Köpfen des Parterrepublikums die Situation mit einer Kaiserin und mit der Erklärung „Die Frau in Haus und Beruf“ zu beleuchten.

Neben den Stammkünstlern vom Theater des Westens machte als Gast Ilona Hajdn mit, sie sang die Helena mit einer auffallend schönen und sonoren Gesangsstimme.

Humor und Satire.

Ein Malakem von den zwei Seelen. Theo Von Wolf bei Ra el Rosse sprach: Rebbich, — für den Großbezirg Bethmann keinen Retik mehr geb' ich. — Der Mann ist

„In Erwägung, 1. daß die Konferenz von der sogen. „Russischen Organisations-Kommission“ einberufen worden ist, dem bereits von Anfang an kein einziger Vertreter irgendeiner sozialdemokratischen Nationalorganisation (jüdischer Bund, polnische und lettische Sozialdemokratie) angehört hat; daß eine Reihe von Lokalorganisationen und das kaukasische Landeskomitee diese „Russ. Org.-Komm.“ nicht anerkannt haben; daß die Weigerung der letzteren, auch nur die Vertreter der anderen Strömungen und Organisationen heranzuziehen, und ihre fraktionell gefärbte Tätigkeit alle sozialdemokratischen Nationalorganisationen ohne Ausnahme und alle Parteirichtungen, mit der einzigen Ausnahme der Leninischen Richtung, von ihr endgültig abgestoßen haben;

2. daß auf dieser Konferenz nur ein Teil, und zwar ausschließlich der russischen Organisationen vertreten war, wobei gegen die Richtigkeit der Vertretung einiger dieser Organisationen, und dabei der wichtigsten unter ihnen, von diesen selben Organisationen bereits Protest erhoben worden ist;

3. daß die Konferenz beschönigend sich erdreistet hat, auf usurpatorische Weise sich selbst den Namen „Allrussische“ beizulegen, sich selbst zur höchsten Instanz der Partei zu erklären und das Zentralkomitee zu wählen —

erklärt die Beratung diese Konferenz als einen offenen Versuch einer Gruppe von Personen, die mit vollem Bewußtsein die Partei zur Spaltung führten, die Parteifähne zu usurpieren und spricht ihr tiefes Bedauern darüber aus, daß einige Parteioorganisationen und Genossen diesem Vetrug zum Opfer gefallen sind und dadurch die Spaltungs- und Usurpationspolitik der Leninischen Coterie gefördert haben.

Die Beratung spricht ihre Ueberzeugung aus, daß alle Parteiorganisationen in Russland und im Auslande gegen den ausgedehnten Staatsstreich entschieden protestieren, die von der Konferenz gewählten Zentralinstanzen nicht anerkennen werden und mit allen Mitteln die Wiederherstellung der Parteieinheit mittels Einberufung einer wirklichen allgemeinen Parteikonferenz fördern werden.“

Das Auslandskomitee der Sozialdemokratie Lettlands hat sich dieser einstimmig angenommen Resolution angeschlossen. Damit haben sämtliche Richtungen und Organisationen in der Sozialdemokratie Russlands (mit Ausnahme der Sozialdemokratie Polens und Litauens, deren Haltung in dieser Frage uns unbekannt ist) zu den „Einigungsversuchen“ der Leninischen Richtung ungewidmetig Stellung genommen.

Der niedrige Kurs der deutschen Anleihen.

Seit Jahr und Tag plagt sich die deutsche Regierung mit der Frage herum, wie der Kurs der Anleihen zu heben sei. Die Finanzreform von 1909 wurde damit zu rechtfertigen gesucht, daß es notwendig sei, die Staatsfinanzen auf eine feste Grundlage zu stellen, um einen stabilen Kurs zu erreichen. Und der Erfolg? Der Kurs der Sprozentigen Reichsanleihe steht jetzt auf 81,3 Proz., sank auf einen noch nie dagewesenen Tiefstand herunter.

Da der durchschnittliche Kurs der dreiprozentigen Anleihe 1909 85,81 betrug, so bedeutet es einen Kursverlust von 5 Proz. Einen ähnlichen Kursverlust erleidet auch die 3/4-prozentige Anleihe, so daß der Gesamtverlust der Rentenbesitzer sich auf mindestens 200 Millionen Mark beziffert. Aber auch der Staat leidet darunter. Die neuesten Emissionen von 80 Millionen Reichs- und 400 Millionen preussischen Anleihen haben einen Mißerfolg erlitten. Mit Mühe und Not gelang es allerdings, diese unterzubringen, zum Teil in Amerika, der Kurs aber der früheren Anleihen hat darunter gelitten, und die künftigen Anleihen werden wohl noch unter ungünstigeren Bedingungen begeben werden müssen.

Eine kleine Genugtuung hat das Deutsche Reich darin, daß auch der Kurs der englischen Konfols sehr niedrig ist. Er stellt sich jetzt auf 77,6 Proz. Dieses weitberühmte und sichere Anlagepapier ist in den letzten Jahren sehr rasch von seiner stolzen Höhe in einen tiefen Abgrund gestürzt. Die Ursachen dieser Erscheinung sind mannigfaltig. Zunächst kommt natürlich die allgemeine Kreditanspannung in Betracht, die sich auch in England fühlbar macht. Der Diskontsatz ist gestiegen und drückt den Kurs der Konfols. Zur

ein krasser Reaktionsär, — und ein weltfremder Doktrinär, — und was er angreift, das geht ihm quer. — Und seine homogene Regierungs-Wischpoke — preist mit ihm auf dem letzten Loch. — Da sind wir liberalen Demokraten — doch ganz anders geraten. — Und dürsten wir roten, — wir zögen den Karren des Reiches — aus dem Schlamm des Teufels. — Wir haben Ueberzeugung und Mitleid, — wir pfeifen auf bößliche Tücken — und würden uns selbst vor dem Sultan nicht bliden. — Wir wären moderner, liberaler und sühner — als der Großvezier Bethmann und seine Reichshöhner. — So tobt Herr Theo Von Wolf in des „Tageblatt“ Spalten und kann sein liberales Wasser nicht halten.

Aber von diesem entchiedenen liberalen Tone, — von Männerstolz vor dem Sultansthron — da weiß das „Tageblatt“ nichts zu sagen — unter dem Strich und in den Sozialbeilagen. — Da wird gedreht die byzantinische Leier, — daß einem ganz schlimm wird von dem Gefrier. — War da jüngst der Sultan beim Gesandten der Franzosen. — Sofort sprangten Moses Kasas in die Schranken, — erzählten, was die dort ahen und tranken, — was man dort trug für Turbane und Kleider, — nannten die Köche, die Rakaten und Schneider. — Um sich ganz auf der Höhe zu erweisen, — bracht ein Artikel die Rezepte der Speisen, — die das fränkische Menu tat aufweisen. — Ferner berichteten getreulich die Schmöde, — daß der Sultan liebe enge Damenröde, — wie er sich äußerte zu einer actrice, — die man lieb kommen direkt von Paris, — und von der man, mir wird ganz mieh, — schiderte die Garderobe bis auf die Dessous. — Ja bei Mosse versteht man den Schamus! — Des weiteren wuhlen dann noch zu meiden — die unentwegt liberalen Zeitungshelden, — daß der Sultan gesprochen von Kostands Schanie klar, — was das für ein schönes Gedächte war, — dessen Berse, er tat' es sehr besagen, — noch nicht wären ins Deutsche übertragen. — Des Sultans patriotisch-poetischer Kummer — raubte zwei „Tageblatt“-Dichtern den Schummer. — Sie hockten sich schamunigt auf ihre Gefäße — und gossen des Parnassied in deutsche Gefäße. — Sie hoffen von ihrem Alin-Kalbe — nun halb die Ernennung zum Hofreinschmiede. — Na el Rosse aber reibt sich die Hände: — So etwas will der Monnente! — Ueber dem Strich die liberalen Fäße bleden — und darunter schweismedeln und speichellecken.

Notizen.

— Vorträge. Einen ostjüdisch-literarischen Abend veranstaltet Isaac R. W. v. Baruch am Donnerstag, abend 8 1/2 Uhr in den Russischen (Kaiser-Wilhelmstr. 15m). Es kommen Rezitationen, Volklieder, humoristische und dramatische Szenen zum Vortrag. — Heber Flugmaschinen. Ihre Verwendbarkeit in Meer, Flotte und Kolonien, spricht am Mittwoch, abend 8 Uhr im großen Vortragssaal der Treptow-Sternwarte Telegraphenassistent W. Lenz.

Kleines feuilleton.

Eine Internationale des 18. Jahrhunderts. In der letzten Versammlung der Gesellschaft für die Geschichte der französischen Revolution legte Prof. Kuzard ein unerdentliches Manuscript Condorjets, des berühmten Girondisten vor, das kurz vor der Revolution niedergeschrieben sein dürfte. Es ist der Statutenentwurf für einen internationalen Geheimbund und eine Prinzipienklärung dieser Gesellschaft, worin u. a. gesagt wird, daß es „eine Moral und Motive ihrer Anwendung gibt, die unabhängig von jeder spekulativen Meinung und jeder religiösen Idee ist, daß die sittlichen Wahrheiten ohne diese Hilfe bewiesen werden können und die natürlichen Motive der Pflichterfüllung für die Menschen von glücklicher Leibesbeschaffenheit und gerechtem und aufgeklärtem Geist andeuten“. Als Jahresbetrag waren 10 Louisdors vorgegeben, wovon ein Teil zur Deckung der Kosten einer Zeitung verwendet werden sollte. — Ob das Projekt Condorjets verwirklicht wurde, ist nicht festzustellen.

Theater.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. „Der Vielgeliebte“ hat zwei Handwerker „vom Bau“: — Alfred Schamasow und Karl Heinz — zu Verfertigm. Männer, die der Göttin Thalia opfern, haben ja lobiel leichter, mit ihren Erzeugnissen auf die Bretter zu kommen. Schlimmstenfalls spielen sie sich selber. In dieser Arbeiten, abgesehen von einer bildnerischen Zurechtshaltung, pflegt erfahrungsmäßig die Kunst der Anzeigung mehr oder minder komischer Situationen und Wigo die Hauptsache zu sein. Es erlirigt sich also, vom „Inhalt“ dieses Schwaunks zu reden. Nur lobiel sei angedeutet, daß, um ihn wieder flott zu machen, manche Kalauer der Zeit entsprechend aufgebügelt oder gegen aktuellere umgetauscht werden mußten; denn es ist doch schon einige Jährchen her, als wir ihm „zum allererstenmal“ im Berliner Theater begegnet sind. Heute wie damals, spielt Alfred Schamasow auch die Hauptrolle: den Rentier Petermann. Da die Komikerflute meist nur ein Loch hat, auf dem mit schablonistischen Besten getrübelt wird, kennen wir auch fogleich die Melodie. Edmund Paulsen und Lissi Nordau brillierten als italienisches Pechmeister-Gespaar mit jungengymnastischen Kunststücken. e. k.

Musik.

Das Theater des Westens brachte am Sonnabend die Inszenierung von Offenbachs Operette „Die schöne Helena“ durch Max Reinhardt. Die vielberühmte Bühnenkunst Reinhardts war uns Musikfreunden in Berlin noch nicht bekannt geworden, abgesehen von

Zeit des sinkenden Zinsfußes, in den Jahren 1888 bis 1898 wies der Kurs der englischen Staatsanleihen eine Stabilität ohne gleichen auf, weil die Regierung eine energische Tilgungspolitik trieb und es vermied, neue Schulden zu machen. In dieser Zeit sind dem Markt insgesamt 2163 Millionen Mark entzogen worden. Die Nachfrage nach Konsols stieg aber infolge des sinkenden Zinsfußes und des allgemeinen Stillstandes der industriellen Entwicklung. Die Banken, Versicherungsgesellschaften, Sparkassen und einzelne Kapitalisten kauften Konsols als sichere einträgliche Anlage an. Dann kam der unglückselige südafrikanische Krieg, der eine bedeutende Schuldenvermehrung notwendig machte. In den Jahren 1898 bis 1903 wurden dem Markt 3209 Millionen Mark Konsols zugeführt, während in der darauffolgenden Zeit, bis Ende 1911, infolge der rasch anwachsenden Rüstungsausgaben nur wenig getilgt werden konnte und insgesamt bis 1920 Millionen Mark dem Markt entzogen worden sind. Durch die wirtschaftliche Depression begünstigt, vermochte sich der Kurs der Konsols bis 1905/06 noch recht hoch zu halten, obgleich er schon von seiner stolzen Höhe 112 Proz. im Jahre 1897 auf 89,83 Proz. im Jahre 1905 gesunken ist. Dennoch war die reale Verzinsung, d. h. der Zins, den die Staatsgläubiger erhielten, immer noch niedriger als der durchschnittliche Marktdiskontsatz. Dieser „unnatürliche“ Zustand, daß der Staat einen geringeren Zins gewährt als die Großkapitalisten, dauerte aber nicht lange. Der seit 1905 eingetretene wirtschaftliche Aufschwung mit seiner ungewöhnlichen Kreditanspannung mußte den Kurs der Staatsanleihen noch mehr drücken. Um so mehr, als weder die Banken noch einzelne Kapitalisten noch die Sparkassen ihre Gelder in Konsols jetzt anlegen wollten. Dazu kam die unsichere politische Lage seit den Parakottierungen, und der Kurs der ehemals stolzen Konsols ist jetzt auf einen sehr tiefen Stand gelangt.

Natürlich wirken dieselben Ursachen auch in Deutschland. Auch hier hat die Kreditanspannung, die insbesondere in der letzten Zeit stark wurde, den Kurs gedrückt. Auch hier hat sich seit Karollos der Geldkapitalisten und Börsenspekulanten eine Nervosität bemächtigt, die durch die Ankündigung der neuen Behrborlage noch gesteigert wurde. Dabei ist der deutsche Markt mit Staatsanleihen überfüllt. Etwa 20 Milliarden Reichs- und Staatsanleihen zirkulieren jetzt auf dem Markt. Mit den Staatsanleihen konkurrieren aber nicht nur die der Kommunen und die hypothekarischen Anleihen der Grund- und Hausbesitzer, sondern auch die dem Markt im steigenden Umfange überflutenden industriellen Obligationen. Außerdem hat sich das Verhalten der Geldkapitalisten zu dem Aktienmarkt geändert.

Früher galten die industriellen Werte zwar als ertragreiche, aber als unsichere Anlage. Das kleine sparende Publikum bevorzugte daher vor den Aktien die Staatsrenten. Das letzte Jahrzehnt günstiger wirtschaftlicher Entwicklung mit seiner relativen Stabilität der industriellen Unternehmungen, wenigstens der großen, fest tarifierten, erweckte bei den Geldkapitalisten den Glauben, daß auch der Erwerb von Aktien eine sichere Kapitalanlage sei, und sie wandten sich ihm zu, in der Hoffnung, daß sie dadurch eine höhere Verzinsung ihres Kapitals erreichen werden. Es mag auch zutreffen, was die „Frankfurter Zeitung“ unlängst bemerkt hat, daß die Teuerung der Lebensmittel die kleinen und mittleren Rentner geradezu zwingt, ausländische Papiere wie inländische Aktien zu kaufen, um die gesteigerten Lebensausgaben decken zu können. So hat sich der Markt für die Staatsanleihen in den letzten Jahren total geändert, und Vermutlich hat ein offenes Geheimnis ausgesprochen, als er am 14. Februar im Reichstage erklärte, daß die Anleihe von 1909 „uns fast zu Boden gedrückt hat.“

In der Tat ist das Projekt beinahe gezwungen worden, zu einem höheren als dem vierprozentigen Anleihebegriff überzugehen, wodurch ein Sinken der Kurse aller früheren Anleihen und der Anleihen der Bundesstaaten herbeigerufen wäre, das einem Bankrott gleich käme. Vermutlich hat dies eingesehen und bemühte sich redlich, möglichst keine neuen Schulden zu emittieren. Es gelang ihm nur wenig, aber er hoffte, daß er durch effektive Tilgung den Kurs heben wird. Jetzt werden wiederum 100 Millionen neue Ausgaben angekündigt, für die eine äußerst unsichere und ungenügende Einnahmequelle, die Staatseinkünfte, bestimmt werden soll. Mit der Schuldenpolitik ist es also zu Ende. Vielmehr versinkt das Reich immer mehr in seine Pumpwirtschaft, die ein Ende mit Schreden haben muß. Vermutlich verließ das sinkende Schiff, die Staatsgläubiger werden noch ängstlicher, und der Kurs der Reichsanleihen geht rasch bergabwärts.

Man hofft die Regierung, einen festen Markt für die Staatsanleihen zu schaffen, indem sie die Sparkassen dazu anfäh, Staatsrenten zu kaufen. Auf Kosten der kleinen Sparer soll weiterhin die Pumpwirtschaft getrieben werden. Eine entsprechende Vorlage ist jetzt dem preussischen Landtage zugegangen. Indes, gerade das Beispiel der englischen Konsols beweist, daß alle solche künstlichen Maßnahmen zur Hebung des Staatskurses — und England war in dieser Beziehung Vorbild — nichts helfen, sobald der Markt mit neuen Anleihen überschwemmt wird. Dabei werden die Grundbesitzer, denen die Sparkassen billigen Kredit gewähren, mit ihren Hypotheken auf den Markt treten und die Konkurrenz der schwerzinslichen Papiere noch verschärfen. Wird auf Hypotheken ein höherer Zins gewährt, so muß schließlich auch der Staat dem folgen. Man schafft sich also eine Anlage an einer Stelle, verschärft aber die Konkurrenz an der anderen — das Resultat bleibt dasselbe. Klein Zurückhaltung in der Ausgabe und der Aufhebung von neuen Schulden, verbunden mit einer energischen, tatsächlichen und nicht bloß nominellen Tilgung der früheren Anleihen kann den Staatsanleihen einen Kurs geben, der zwar in gewissen Grenzen, je nach dem Stande des Diskontsatzes, sich bewegen wird, aber vor solchen Schwankungen verhütet bleibt, die er jetzt erlebt. Der Staat muß wenigstens einige Jahre keine neuen Schulden machen, um das laufende Publikum daran zu gewöhnen, daß das Staatspapier eine sichere Anlage ist.

„Nichts“, schrieb 1908 in den „Grenzboten“ der Direktor der Deutschen Bank, Rankiewicz, „hat das sparende Publikum und die Kapitalisten mehr zurückgeschreckt, ihre Mittel in unseren Anleihen anzulegen, als die Angst vor dem stetigen Rückgang der Kurse infolge der fortgesetzten Schaffung neuer Emissionen.“ Und diese Angst ist jetzt wiederum durch die Einbringung einer neuen Behrborlage gesteigert worden.

Die Gemeindevahlbewegung.

Rowawes. Heute von 4 $\frac{1}{2}$ bis 7 $\frac{1}{2}$ Uhr findet die Gemeindevahl für die Wähler statt, deren Namen mit den Anfangsbuchstaben von F bis O beginnen.

Wahlergebnisse.

Friedrichsfelde. Die am Sonntag vollzogene Wahl der dritten Abteilung für die Gemeindevertretung hatte folgendes Ergebnis: Von den 1814 eingeschriebenen Wählern haben 780 ihr Wahlrecht ausgeübt. Unser Kandidat Genosse Freygel erhielt 518 Stimmen, während der bisherige Vertreter Wegner es nur auf 261 Stimmen brachte. Für letzteren waren Autos und Droßkufen in

Bewegung, um an 5 hängigen Wählern heranzuschleppen, was nur irgend erreichbar war. Die letzten Stunden des Wahlkampfes zeigten so recht, wie gelehrige Schüler unsere Gegner sind. Ueberall sah man kleine Klebezettel prangen und an Bretterzäunen und Wänden war mittels Schablonen in Klebenlettern „Wahl Wegner“ angemalt. Bezeichnenderweise wurden bei dieser Zuwiderhandlung gegen eine bestehende Polizeiverordnung zwei Gemeindeangehörige, der Bureauassistent Scholz und der Vorarbeiter der Straßenarbeiter Haus, erastip. Aber alles hat nichts genutzt, den Bürgerlichen dürfte die Ausichtslosigkeit einer ferneren Wahlbeteiligung wohl zum Bewußtsein gekommen sein.

Rowawes. Die Gemeindevahl in der dritten Abteilung brachte der Sozialdemokratie am Montag 418 Stimmen. Obwohl kein gegnerischer Kandidat aufgestellt ist, wurden 12 bürgerliche Stimmen abgegeben.

Reinickendorf. Bei der am Sonntag vollzogenen Gemeindevertretung der dritten Klasse erhielt Genosse Schönberg im dritten Bezirk 749 Stimmen, 2 Stimmen entfielen auf einen Herrn Nidel. Die Zahl der eingeschriebenen Wähler betrug 1010.

Am Montag, den 20. März, fanden die Wahlen zur zweiten und ersten Klasse statt. In der zweiten Klasse erhielten die beiden am 1. April auscheidenden Gemeindevertreter Müller 180 und Nikolau 175 Stimmen, außerdem erhielten die von Hausbesitzern und Gewerbebetrieblern aufgestellten Herren Lerche 142 und Liebing 176 Stimmen; auf unsere Genossen Franz Behr und Heinrich Schiller entfielen 49 bzw. 37 Stimmen. Es findet somit Stichwahl zwischen den Kandidaten statt, die die höchste Stimmenzahl erhielten. Bei der Stichwahl geben unsere Genossen den Ausschlag.

Bei der Wahl in der ersten Klasse erhielten der Rechtsanwalt Pincus 85, Direktor Busch 41 und der Fabrikbesitzer Schworzhoff, der auch bisher der Gemeindevertretung angehörte, 42 Stimmen. Der Fabrikbesitzer Veder ist nicht wiedergewählt worden. Es scheidet damit ein Mann aus der Gemeindevertretung, der unseren Vertretern und ihren Anträgen stets in der gehässigsten und kleinlichen Weise entgegentrat.

Karlshorst. Bei der Gemeindevertretung am Sonntag erhielten die Genossen Engel 285, der Wirtschaftskandidat Reinhardt 261, der Mietervereiner Vorch 157, der Kandidat der demokratischen Vereinigung Kohde 28. Es findet Stichwahl statt zwischen Genossen Engel und dem Wirtschaftskandidaten Reinhardt.

Neuenhagen a. O. d. H. In der Hauptwahl erhielt bekanntlich der Genosse Wilhelm Röber 96 und der Gegner 97 Stimmen. Die Stichwahl am Sonntagmittag brachte uns den Sieg. Der Genosse Röber erhielt 108, während der Gegner nur 67 Stimmen auf sich vereinigte; zum auffallenden Stimmenrückgang desselben wirkte neben unserer Agitation auch die Zurückweisung sämtlicher Forderungen mit. Ungefähr 15 solcher ungestempelter Papierstimmen wurden durch die beiden Genossen im Wahlvorstand zurückgewiesen. Es entstand eine erregte Debatte mit dem Wahlvorstand, welcher natürlich die Vollmachten anerkannt wissen wollte. Herr Kanzleirat Niesel erklärte, wegen Zurückweisung der Vollmachten, Protest einlegen zu wollen. Gegen die Wahl des in der Hauptwahl mit 105 Stimmen gewählten Herrn Weig ist Protest eingelegt worden. Die Wahl muß für ungültig erklärt werden, weil nach § 52 der L.-G.-O. nur zwei Richtungslehren der dritten Klasse angehören dürfen; es muß ein Angesehener gewählt werden.

Rosen (Kreis Teltow). Der zweite sozialdemokratische Vertreter wurde bei der vor einigen Tagen stattgefundenen Gemeindevertretung gewählt. Leider war infolge der ungünstigen Wahlzeit (nachmittags von 1—2 $\frac{1}{2}$ Uhr) die Wahlbeteiligung in der dritten Klasse eine ganz geringe. Von 102 eingeschriebenen Wählern abten nur 22 ihr Wahlrecht aus; hieron erhielt unser Genosse Otto Heide 12 Stimmen.

Wilhelmsruh. Bei der am Sonntag stattgefundenen Gemeindevertretung zur dritten Klasse wurden 342 Stimmen abgegeben. Davon erhielten unser Genosse Ribbrodt 280, der bürgerliche 48 Stimmen. 18 Stimmen wurden für ungültig erklärt.

Lichtenow (bei Herzfelde). Einen glänzenden Sieg errangen unsere Genossen im hiesigen Orte. Von der dritten Abteilung wurden beide sozialdemokratischen Kandidaten, die Genossen Frey Zanter und Lindau ins Gemeindepament gewählt. Um den Erfolg der hiesigen Genossen recht würdigen zu können, muß man in Betracht ziehen, daß es sich um einen fast rein agrarischen Ort handelt.

Soziales.

Beschäftigung von Arbeiterinnen in Glashütten.

Ueber die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Glashütten, Glasbleisereien und Glasbeizereien sowie Sandbläseereien sind vom Bundesrat am 5. März 1902 Bestimmungen für die Zeit vom 1. April 1902 bis 1. April 1912 erlassen. Der Bundesrat hat diese Vorschriften, wie der gestern abend erschiene „Reichsanzeiger“ mitteilt, durch Beschluß vom 20. d. M. auf ein weiteres Jahr, bis zum 1. April 1913, verlängert. Diese Verlängerung ist höchst bedauerlich, weil die Verhältnisse längst zu einer Verbesserung der im Jahre 1902 erlassenen Bestimmungen reif sind. Insbesondere ist die Befreiung der Schutzvorschriften der §§ 135 und 136 der Gewerbeordnung, wie sie Ziffer II und III der Verordnung zulassen, dringend notwendig. Nach Ziffer II dürfen junge Leute bei den Arbeiten vor den Defen in Glashütten, in denen die Glasmasse gleichzeitig geschmolzen und verarbeitet wird, 12 Stunden lang (einschließlich der Pausen) beschäftigt werden, ohne daß die Vorschrift des § 136 der Gewerbeordnung über Pausen beachtet zu werden braucht. Selbst die zehnstündige Maximalarbeitszeit für junge Leute zwischen 14 bis 16 Jahren braucht nach Ziffer III der Bundesratsverordnung in Glashütten, in denen die Schmelzschicht und die Verarbeitungsschicht miteinander nicht wechseln, nicht beachtet zu werden, wenn die Gesamtdauer der Beschäftigung innerhalb einer Woche 60 Stunden nicht übersteigt.

Die allgemeine Herabsetzung der Maximalarbeitszeit für jugendliche Arbeiter von zehn auf acht Stunden ist im Interesse der körperlichen und geistigen Entwicklung der jungen Leute längst erforderlich und im Reichstage wiederholt verlangt. Statt dem nachzukommen, genehmigt der Bundesrat auf neue Durchführungen der zugunsten der jungen Leute erlassenen Schutzvorschriften für eine der Gesundheit besonders abträgliche Beschäftigung; und das, wiewohl die Glasindustrie in den zehn Jahren reichlich Gelegenheit hatte, sich auf die Befreiung dieser Durchführungen des Arbeiterschutzes einzurichten. Der Staatssekretär des Innern enthüllt sich immer deutlicher als grundsätzlicher Gegner jedes Arbeiterschutzes, der nicht in Bedrohung durch Gebarmen und Militär besteht.

Ostpreussische Kultur.

Der Bau eines Majurischen Schiffahrtskanals hatte bei vielen ostpreussischen Arbeitern, die auf dem Lande und in den kleinen Städten sehr unbeständige Arbeit erhielten, die Hoffnung erweckt, längere Zeit beständige Arbeit und Verdienst zu finden. Ja, bei der letzten Reichstagswahl hatten konservative und liberale Agitatoren auf den lohnenden Verdienst hingewiesen, der den ländlichen und kleinstädtischen Arbeitern bei diesem großen Werk bevorsteht, so daß sie nicht nötig hätten, ihre Heimat zu verlassen

und im Westen Deutschlands einer ungewissen Zukunft entgegenzugehen. Tatsächlich ist auch in diesem Jahre für ungelernete Arbeiter in Ostpreußen keine günstige Konjunktur. Nur in Königsberg ist infolge der Entfischung günstiger Arbeitsgelegenheit. Auf dem Lande bei den Gutsbesitzern herrscht kein Arbeitermangel, was selbst aus dem Bericht der Landwirtschaftskammer hervorgeht. Fortgesetzt werden Arbeiterfamilien der geringsten Differenzen wegen unter Kontraktbruch entlassen. Und selbst Gutsbesitzern, die weit und breit dafür bekannt sind, daß sie ihre Leute menschenunwürdig behandeln, erhalten sogar einheimische Landarbeiter. Im Vorjahre mußten viele ausländische Arbeiter über die Grenze zurück, weil sie keine Verwendung in der Landwirtschaft finden konnten. Trotz alledem soll der Majurische Kanal nicht von heimischen, sondern von ausländischen Arbeitern gebaut werden, damit den ostpreussischen Junkern die nötige Reservearmee Landarbeiter erhalten bleibt, die sie benötigen, um die Anechtenschaft weiterhin aufrechtzuerhalten. Nachstehende Bekanntmachung der ostpreussischen Landräte beleuchtet zur Genüge den Kurs, den die Regierung den Agrariern zu Liebe auch hier bei diesem vom dem Gelde der Steuerzahler in Angriff genommenen Werk zu treiben gedenkt.

Bekanntmachung. Arbeiter, die seit einem Jahre in landwirtschaftlichen Betrieben der Provinz Ostpreußen oder in den Kreisen Angerburg, Pr. Eylau, Friedland, Gerdauen, Insterburg Land, Löben, Rastenburg und Beblau in einem stehenden Gewerbebetriebe beschäftigt waren, dürfen für den Bau des Majurischen Kanals nur dann angenommen werden, wenn die Ortspolizeibehörde des Wohnortes des Arbeiters bescheinigt hat, daß dessen Beschäftigung bei diesem Bau Bedenken nicht entgegenstehen.

Diese Bescheinigung findet keine Anwendung auf solche Arbeiter, die zuletzt in einer der Städte Königsberg, Insterburg oder Tilsit nicht nur vorübergehend beschäftigt waren.

Die Herren Guts- und Gemeindevorsteher des Kreises erhalten hieron Kenntnis mit dem Ersuchen, diejenigen Arbeiter, welche beim Kanalbau zu arbeiten beabsichtigen, auf das Erfordernis der polizeilichen Bescheinigung sowie darauf hinzuweisen, daß der Arbeiterbedarf des Kanalbaues in der Hauptsache durch ausländische Arbeiter gedeckt werden wird und daß aus diesem Grunde die Möglichkeit, bei dem Bau Beschäftigung zu finden, für einheimische Arbeiter nur eine sehr beschränkte sein kann. Der königliche Landrat Weber.

Diese Bevorzugung ausländischer Arbeiter vor inländischen beruht auf einer allgemeinen Verfügung des Ministers. Die bürgerlichen Parteien nennen das: Schuß der nationalen Arbeit, sondern auch ein Regimum vorgelesen, um die gesundheitsschädliche

Das Ende einer großen Produktionsgenossenschaft.

Die größte italienische Produktionsgenossenschaft, die sich im Anschluß an einen langjährigen Streit gebildet hatte, die Kooperative der Flaschenarbeiter, ist dieser Tage in Liquidation getreten. Die Genossenschaft hat jahrelang drei Fünftel der gesamten Flaschenproduktion Italiens geliefert und verfügte über große und hochmodern eingerichtete Fabriken in Livorno, Vtri, Pietri, Anola, Goeta und anderen Orten. Die Statuten der Genossenschaft schlossen jede Ausbeutung von Nichtgenossenschaftlern aus. Für die Arbeiter war nicht nur ein Produktionsminimum, sondern auch ein Regimum vorgegeben, um die gesundheitsschädliche Überanstrengung zu verhüten. Die Ursachen des finanziellen Misserfolges werden in einer allzu großartigen Geschäftsführung gesucht, der die Kapitalkraft und der Kredit des Unternehmens nicht entsprachen.

Gewerkchaftliches.

Die Aussperrung der Porzellanarbeiter beendet!

Erneuten Verhandlungen, die am 23. März in Berlin zwischen den Vertretern der Unternehmerorganisation, dem Schutzbund deutscher Porzellanfabrikanten, und dem Porzellanarbeiterverband stattfanden, gelang es, eine Beendigung der bereits vier Wochen dauernden Aussperrung herbeizuführen. Der gegenseitigen Verständigung wurden folgende Grundlagen gegeben:

Der Schutzbund hält es nach den vorliegenden, aufs Bestimmteste abgegebenen Versicherungen seiner beiden Mitglieder, der Firmen P. H. Rosenthal in Selb und der Aktiengesellschaft Porzellanfabrik Kahla in Hermsdorf für einwandfrei festgestellt, daß die beiden Firmen Streikarbeit für die bestreikten Isolatorenfabriken nicht geliefert haben. Auch verpflichteten sich die beiden betreffenden Firmen, für die Dauer des gegenwärtig herrschenden Kampfes in der Isolatorenbranche für keinen der bestreikten Betriebe weder direkt noch indirekt Arbeiten zu übernehmen oder auszuführen.

Darauf erklärten die Vertreter des Porzellanarbeiterverbandes, daß die Mitglieder desselben bei den beiden Firmen am 25. März die Arbeit wieder aufnehmen werden.

Die Vertreter des Schutzbundes der Porzellanfabriken erklärten, daß dann mit demselben Lage die Aussperrung aufgehoben sei und die Entlassenen wieder eingestellt werden sollen, und zwar nach Maßgabe der Betriebsverhältnisse und der technischen Umstände. Doch sollen bis zum 1. Mai 1912 betriebsfremde Arbeiter nicht eingestellt werden.

Die Vorsitzenden beider Verbände werden verpflichtet, für die Durchführung dieses Beschlusses zu sorgen und sich etwa daraus ergebende Streitigkeiten sofort zu schlichten. Auf Verlangen eines der beiden Vorsitzenden müssen diejenigen Vertreter beider Organisationen, welche an den Verhandlungen am 9. und 10. März 1912 in Hof teilgenommen haben, die Erledigung solcher Streitfragen antreiben. Am 1. Mai 1912 erlischt die Tätigkeit dieser Kommission.

Das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht wird beiderseits nicht bestritten.

In betreff der Einführung des Neunstunden-tages in der Keramikindustrie verpflichtet sich der Schutzbund, diese Frage in dem Kreise seiner Mitglieder zur Erörterung zu bringen und über seine Stellung dazu dem Porzellanarbeiterverband bis spätestens zum Schluß des Jahres 1912 Kenntnis zu geben.

So würde die Aussperrung im allgemeinen beendet sein, wenn sich auch die Wiedereinstellung der Aussperrten nicht überall glatt vollziehen wird; denn wie es den Anschein hat, werden einzelne Unternehmer sich nicht so schnell mit dem Gedanken vertraut machen können, daß der Friede geschlossen und daß der Schlag der Unternehmer völlig daneben gegangen ist. Daß der Porzellanarbeiterverband von dieser Kampagne keinen Schaden haben wird, das wird die Zukunft lehren.

Berlin und Umgegend.

Tarifbewegung der Schöckshuhmacher.

Die Schöckshuhmacher stehen bei einigen Firmen in einer Tarifbewegung. Es sind dies in erster Linie die Betriebe von Wanninger, Karl Stiller und Wandelsbaum.

Die Dalli am Sonnabend in einer gutbesuchten Versammlung mitteilte, wird imbezug auf die Differenzen bei Wanninger vorläufig die Entscheidung im Anfang dieser Woche fallen. Bei Stiller, wo der Tarif abgelaufen ist, sollen die Verhandlungen

ebenfalls in diesen Tagen einsehen. Noch in anderen Betrieben liegen Differenzen vor, die noch einer Lösung harren. Dasselbe trifft auf eine Anzahl Reparaturwerkstätten zu, wo der bestehende Tarif vielfach nicht eingehalten wird. Dalli wird darauf hin, daß jeder Arbeiter, der den tarifmäßigen Lohn nicht erhält, denselben beim Innungsbeschiedsgericht einbringen kann, wo er ihm unbedingt zugesprochen werden muß.

Besonders viele Klagen liegen gegen die Hoflieferantenfirma Bettler vor. Stellen sich z. B. bei der abgelieferten Arbeit Mängel heraus, so erhält der betreffende Meister auch dann sein Geld nicht, wenn er keine Schuld daran trägt, so daß er seinen Lohn erst einbringen muß. Schiedt dann der Inhaber das Geld, so schreibt er auf die Postanweisung: „Für Ihre verpuschten Stiefel!“ Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in der es heißt:

Die Versammlung fordert alle Schuhmachergehilfen Berlins auf, in allen Werkstätten die strikte Bezahlung des geltenden Minimallohntarifs zu fordern und dies von den Meistern verweigert wird, davon dem Bureau des Schuhmacherverbandes Blankenfeldestr. 10. sofort Mitteilung zu machen.

Zu gleicher Zeit appelliert die Versammlung an die gesamte organisierte Arbeiterschaft, die Gehilfen bei der Durchführung des Minimallohntarifs zu unterstützen, indem sie nur in solchen Werkstätten ihre Schuhwaren und Reparaturen herstellen läßt, wo die Inhaber derselben durch Plakat sich ausweisen können, daß die Forderungen der Gehilfen bewilligt sind.

Die Engroschlächtermeister und ihre Gefellen.

Es ist bekannt, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Eingestellten im Lebensmittelgewerbe nicht mit dem Gang der modernen Entwicklung gleichen Schritt gehalten haben. Kost- und Logiswesen, geringer Lohn und überlange Arbeitszeit waren und sind zum großen Teil auch heute noch typisch für die Verhältnisse in den Betrieben, die Lebensmittel herstellen, bezw. für die Sättigung des Publikums sorgen. In einzelnen Branchen haben ja die Berufsorganisationen, die Kampfescharakter tragen, immerhin auch schon beständig eingewirkt, wenngleich auch hier noch unendlich viel zu erringen ist. Die Organisationsarbeit ist um so mühevoller, als seitens der Arbeitgeber immer wieder versucht wird, erlängte Vorteile zu beseitigen. In eine solche Situation sind zurzeit die Engroschlächtergehilfen verlegt. Die Schlächtermeister wollen, daß der Rinder-Schlachtstall wieder eine Stunde früher geöffnet werde. Die Stadtverordneter Adolf Hoffmann in einer überfüllten Sonntagversammlung der Engroschlächtergehilfen mitteilte, sei man bei den Verhandlungen im Kuratorium der Meinung gewesen, daß nur die Meister in dieser Frage mitzureden hätten, bezüglich der Gefellen wüßte man ja schon vorher, daß sie gegen diese neue Maßnahme seien. Er, Redner, habe den Herren aber erklärt, er würde ihnen die Antwort der Gefellen schon übermitteln.

Der stürmische Beifall zeigte, wie gut Genosse Hoffmann die Stimmung der zu Hunderten, zum großen Teil auch mit Frauen erscheinenden Schlächtergehilfen gezeichnet hatte.

Wie der Vorsitzende feststellte, war von den eingeladenen Mitgliedern des Kuratoriums, Stadtverordneter Feuerstein, Bürgerdeputierter Eisner und Stadtrat Wuchow, keiner anwesend. Letzterer hatte sich entschuldigt.

Die Diskussion brachte noch manche charakteristische Details zum Vorschein.

Der Zentralvorsitzende des Verbandes der Fleischer, Hensel, der auch das Wort nahm, betonte unter anderem, bei der Wichtigkeit der Tagesordnung wäre zu erwarten gewesen, daß die eingeladenen Herren vom Kuratorium in dieser Versammlung erschienen wären. Im übrigen erklärte der Redner noch, daß die Schlächtergehilfen selbst an diesen Zuständen schuld seien, indem noch viele von ihnen ihrer Berufsorganisation fernblieben. Nach einem stündlichen Schlußwort Hoffmanns wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 24. März 1912 im gr. Saal des „Elysium“, Landsberger Allee 40/41 von 1000 Engroschlächtergehilfen mit Frauen besuchte öffentliche Versammlung erhebt entschiedenen Protest gegen den Versuch, den Rinder-Schlachtstall wieder um 3 Uhr zu öffnen, was zur Folge haben würde, daß der Schweine-Schlachtstall ebenfalls wieder eine Stunde früher geöffnet wird. Ferner protestieren die Versammelten dagegen, daß das Kuratorium des städtischen Vieh- und Schlachtstalles nur bei den Arbeitgebern eine Umfrage wegen der frühen Öffnung vorgenommen hat und die Gefellen, die ein sehr großes Interesse daran haben, übergegangen hat. Die Gerechtigkeit hätte erfordert, daß auch sie gefragt werden. Die Versammelten richten an das Kuratorium die Bitte, falls in dieser Angelegenheit weitere Schritte unternommen werden sollten, sie ebenfalls zu hören.

Die Behauptungen des Rinder-Engroschlächtermeistervereins, daß sie mehr Zeit als die Schweine-Engroschlächter gebrauchen, um ihr Fleisch verlaufsfähig herzustellen, ist eine Unwahrheit. Ferner ist zu beachten, daß die Hauptverkaufszeit in der Zentralmarkthalle erst gegen 5 1/2 Uhr beginnt und somit die Rinder-Engroschlächter genügend Zeit haben, um mit ihrem Fleisch anwesend zu sein und es verlaufsfähig herzustellen, wenn der Schlachtstall um 4 Uhr geöffnet wird.

Die Versammelten richten deshalb an das Kuratorium die dringende Bitte, dem Drängen des Rinder-Engroschlächtermeistervereins nicht nachzugeben und im Interesse der Gesundheit und des Familienlebens der Gefellen unter keinen Umständen einer früheren Schlachtstallöffnung zuzustimmen.

Ferner beantragen die Versammelten den Leiter der Versammlung diese Resolution sämtlichen Mitgliedern des städtischen Vieh- und Schlachtstallkuratoriums zu übermitteln.

Käutung, Tapezierer! Die Sperre über die Firma Glas, Lottumstr. 18, ist aufgehoben. Die Firma Wachernid, Wiedomstraße 21, ist für Polsterer und Dekorateur gesperrt. Die Schlachtungskommission.

Verband der Sattler und Portefeuliers, Gewerkschaft Berlin. Bei der am Sonntag stattgefundenen Delegiertenwahl zum Verbandstag wurden insgesamt 1083 Stimmzettel abgegeben, von denen 88 ungültig waren. Es haben Stimmen erhalten: Schulze 844, Prödel 799, Baensch 761, Haug 754, Gähler 731, Hoffmann (Befahrerbranche) 716, Hof 708, Kanger 703, Dahn 687, Langnickle 683, Haas 665, Ritsche 652, Siarte 654, Hoffmann (Portefeuliersbranche) 626, Mayhards 617, Vösig 607, Rowad 587.

Die 13 erstgenannten Kollegen sind mithin gewählt. Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Der sächsische Provinziallandtag und die Steinsehensperrung.

Nach Beendigung der Aussperrung im Kopierungsbezirk Merseburg hatte der Verband der Steinseher im September v. J. eine Denkschrift an sämtliche in Betracht kommenden Behörden bis hin auf zum preussischen Ministerpräsidenten gerichtet. In dieser Denkschrift wurde lebhaft Beschwerde darüber geführt, daß eine ganze Anzahl von Beamten, vom Landrat herab bis zum Gemeinbedienten und Chauffeuraufseher, vor und während der Aussperrung in einer Weise zugunsten der Unternehmer eingegriffen hatten, die weit über das Maß ihrer Befugnisse hinausging, zum Teil direkt ungesetzlich war. Es wurden einzelnen dieser Beamten Dinge nachgewiesen, die, wenn sie von Arbeitern in ihrem eigenen Interesse begangen worden wären, diesen Anklagen über Anklagen wegen der verschiedensten Delikte eingetragen hätten. Da war nachgewiesen, daß verschiedene Landesbauräte den Unternehmern den Abschluß von Tarifen mit der Arbeiterorganisation direkt verboten und ihnen für den Fall der Zuwiderhandlung mit Entziehung der Arbeiten gedroht hatten. Da wurden Fälle angeführt, wonach königliche Beamte den nicht aussperrenden Unternehmern die Entziehung der Arbeiten angedroht und diese Drohung zum Teil auch ausgeführt

hatten, weil sie nicht Mitglieder der aussperrenden Unternehmerorganisation werden wollten, usw. Alle Fälle waren mit Namen und Daten belegt.

Nun hat sich kürzlich der sächsische Provinziallandtag mit dieser Denkschrift beschäftigt, d. h. er hat die Sache in knapp zwei Minuten erledigt. Der Referent, Oberbürgermeister Dr. Schmidt-Erfurt, bezeichnete die Petition als zur Beratung im Plenum ungeeignet, worauf die Versammlung über die Denkschrift zur Tagesordnung überging. Wenn man sich vergegenwärtigt, welche schweren Vorwürfe und Anschuldigungen in der Denkschrift gegen eine ganze Anzahl namentlich angeführter hoher Beamten erhoben worden sind, dann kann man aus der Art der Erledigung nur den einen Schluß ziehen, daß diese Vorwürfe der mit der Beratung betrauten Kommission so ungeheuerlich erschienen sind, daß sie Bedenken trug, sie in der Öffentlichkeit erörtern zu lassen. Hätte dagegen nachgewiesen werden können, daß die erhobenen Anklagen nur in einzelnen Punkten der Wahrheit nicht entsprachen, dann hätte man sich die Gelegenheit sicher nicht entgehen lassen, den Nachweis zu führen, wie auch in diesem Falle die böse Sozialdemokratie gegen die pflichtgetreuen Beamten hegt. Man hätte es dabei wohl nicht einmal bewenden lassen, sondern hätte gegen die Unterzeichner der Denkschrift Anklage wegen Beamteneinseitigkeit erhoben. Das alles ist nicht geschehen. So darf man also doch wohl annehmen, daß den Beamten, die da geklagt haben, sie mühten sich als die Hausnechte der Schmarotcherorganisation betätigen, in geeigneter Weise largemacht worden ist, daß sie dafür vom Staate und seinen Bürgern nicht bezahlt werden.

Streik der Möbeltransportarbeiter in Breslau. In Breslau sind von 350 beschäftigten Möbelkutschern über 300 ausständig geworden. Sie hatten Lohnforderungen gestellt; alle Verhandlungen waren aber ergebnislos.

Die Arbeiter der Altonaer Margarinerwerke, J. G. Mohr u. Co., beschlossen im Januar d. J., den zwischen der Firma und dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands im Jahre 1909 abgeschlossenen Tarifvertrag zu kündigen. Der Firma wurden dann Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden und Erhöhung der Löhne unterbreitet. In mehreren Verhandlungen mit der Firma und den Vertretern der in Betracht kommenden Organisationen wurde folgendes vereinbart: Die tägliche Arbeitszeit beträgt neuneneinhalb Stunden. An den Sonnabenden erfolgt der Arbeitsschluß für Arbeiterinnen um 4 Uhr, für Arbeiter um 5 1/2 Uhr. An den Werktagen vor den gesetzlichen Feiertagen ist um 2 Uhr Arbeitsschluß. Eine Lohnverkürzung findet nicht statt. Der Einheitslohn für Arbeiter beträgt 28 Mk., nach vierwöchentlicher Beschäftigungsdauer 29 Mk. Die Löhne der Handwerker, Heizer und Maschinenisten wurden um 1 Mk. pro Woche erhöht. Arbeiterinnen erhalten einen Einstellungslohn von 14,50 Mark, nach vierwöchentlicher Beschäftigung 15 Mk. Die Löhne der Abschneiderinnen, Heisterinnen usw. bleiben unverändert. Die bisher gewährten Aufschläge für Ueberstunden und Sonntagarbeit, 25 und 50 Proz., sowie der Aufschlag für Schichtarbeiter bei zu leistender Nachtschicht, pro Nacht 50 Pf., bleiben bestehen. Außerdem zahlt die Firma die Differenz zwischen Kantengeld und Lohn auf 14 Tage. Nach einjähriger Beschäftigungsdauer wird dem gesamten Personal ein Erholungsurlaub von sechs Tagen unter Zahlung des Lohnes gewährt. Ab 16. März d. J. wird den Arbeitern außerdem zum Frühstück Kaffee und Bouillon und des Mittags eine Suppe verabfolgt.

Lohnbewegung im Hamburger Hafen.

Am Sonntag hatte der Transportarbeiter-Verband nach Hamburg eine Konferenz einberufen, an der auch die acht Organisationen der im Hamburger Hafen beschäftigten Arbeiter vertreten waren. Die Zentralverbände werden den Unternehmern Forderungen auf Erhöhung von Lohnzulagen unterbreiten. Wenn diese Lohnforderungen eingereicht werden sollen, ist noch nicht bekannt. Da voraussichtlich sämtliche im Hamburger Hafen beschäftigten Arbeiter sich an der Lohnbewegung beteiligen, so wird diese einen größeren Umfang annehmen als im Jahre 1906.

Ausland.

„Arbeitswillige“ Mordgefilen.

Paris, 24. März. (Leg. Ver.) Das Konsortium der Automobil-Legation hat in den letzten Wochen die größten Anstrengungen gemacht, den Betrieb mit Streikbrechern wieder aufzunehmen, die man möglichst rasch „eingelencrt“ und mit der Fahrbewilligung ausgestattet hat. Die Hauptwirkung dieser Korporation von Unternehmertum und Polizei war eine ungewöhnlich große Zunahme der Automobilunfälle. Auch viele Bourgeois verlangen, ehe sie in ein Auto steigen, von seinem Lenker vorläufige die Vorweisung seiner Gewerkschaftskarte, um ihre gefunden Glieder nicht dem Schicksal eines dieser Gelegenheitschauffeurs anzuvertrauen. Natürlich rekrutieren sich die Streikbrecher wie überall auch hier aus den schlechtesten, desaffizierten Elementen. Die Unternehmer haben nun diesen Leuten mit Einverständnis der Polizei Schießwaffen in die Hände gegeben, unter dem Vorwand, sie gegen Gewalttätigkeiten der Ausständigen wehrhaft zu machen. Das Ergebnis war eine Serie von blutigen Morden von Arbeitswilligen auf Organisierte.

Der Heberfall, dessen Opfer der Sekretär der Transportarbeiter Guinard war, läßt auch nicht die Ausrede irgendeiner Notwehr zu. Guinard ging Freitag nacht gegen 1/11 Uhr nach Hause, als er in einer Straße von Montmartre von vier Individuen, darunter einer Frau, angegriffen wurde. Es fielen vier Schüsse, von denen ihm einer die rechte Schläfe traf. Guinard wollte sich zur Wehr setzen, aber einer von den Kerlen zog ihm den Kopf über den Kopf und machte durch diesen beliebigen Apochenriff seine Arme unbeweglich, worauf ihn die anderen mit Revolverkugeln schlugen und ihm Fußtritte, Faustschläge und Messerhiebe verfehten. Gleichwohl gelang es Guinard, einen der Angreifer festzuhalten, während die anderen im Augenblick, als ein Polizist herbeikam, davonliefen. Es war ein Streikbrecher. Die Polizei hat ihn nach Aufnahme des Rationalen auf freien Fuß gesetzt.

Viel erister noch ging ein anderer empörender Vorfall aus, dessen Schauplatz gestern die Vorstadt Levallois-Perret war. In einem Cafe fand die Versammlung eines Sparvereins statt, als plötzlich mehrere Revolverschläge durch die Scheiben drangen. Die Teilnehmer der Versammlung setzten den Tatern — vier Individuen, die einer Carrage ausliefen — nach. Streikende Chauffeurs, die gerade aus ihrer Versammlung in der Maison Commune traten, beteiligten sich an der Verfolgung. Plötzlich blieben die Verfolgten stehen und feuerten von neuem. In demselben Augenblick kamen Polizisten, die gleichfalls von ihren Schußwaffen Gebrauch machten. Ein Streikender, namens Védome, fiel tödlich verletzt nieder und starb nach einigen Minuten. Die Schußwunde kam nach dem ärztlichen Befund nicht von einem Dienstrevolver der Polizisten. — Von den vier Revolverhelden sind drei verhaftet. Sie sind alle drei Streikbrecher. Sie behaupten, „aus Furcht“ gefeuert zu haben. Verwundet sind ferner noch drei Personen, darunter eine Frau.

Die Aufregung über diese Mordtat, die der „Temps“ einen „bedauerlichen Zwischenfall“ nennt, ist in der Arbeiterschaft ungeheuer. Die Arbeiterkonföderation und der Gewerkschaftsverband der Seine haben ein Manifest veröffentlicht, das erklärt, daß die Arbeiter gegen die von den Unternehmern bewaffneten und von den Herrschenden geschützten Stroche zur Selbstwehr greifen werden.

Verfammlungen.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer. Eine außerordentliche Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin, die am Sonntagnachmittag in den „Arminhaken“ stattfand, beschäftigte sich mit den Anträgen zu dem bevorstehenden Verbandstage in München. Der Vorsitzende Schwittau gab in seinem Referat

eine Uebersicht über die vorliegenden 201 Anträge und unterzog die wichtigsten einer näheren Besprechung. Die Anträge der Zahlstelle Berlin sind bereits in einer früheren Versammlung beraten worden. Bei der Hülle und Wichtigkeit der dem Verbandstag von allen Seiten zugehenden Anträge hielt man es für geboten, im allgemeinen Stellung dazu zu nehmen. Die dem Referat folgende rege Diskussion ergab, daß die Zahlstelle Berlin den vielen Anträgen auf Erhöhung der Beiträge nicht zustimmen kann und mit dem Ausbau von Unterstufungseinrichtungen ebensowenig einverstanden ist. Es wurde betont, daß der Kampfcharakter der Organisation in erster Linie getwahrt bleiben müßte. Das neue Streitreglement, das für Angriffstreife eine Anmeldung drei Monate vor dem Beginn bei dem Hauptvorstand verlangt, könne für Berlin auch nicht angenommen werden. Die Uebernahme der Lokalbeamten auf die Hauptklasse würde von Berlin mit vielem Mißtrauen betrachtet werden. Von einem wöchentlichen Erscheinen des Sachorgans will man in Berlin auch nichts wissen. Noch in mancher anderen Beziehung wurden den Delegierten zum Verbandstage die Wünsche der Mitglieder dargelegt, und es wird erwartet, daß sie diesen Wünschen Rechnung tragen.

Die Versammlung bewilligte den Vorgesetztenarbeitern eine Unterstufung von 150 M. und beschloß sich zum Schluß mit Vorschlägen über Vorträge in Mitgliederversammlungen.

Aus aller Welt.

Die Verbrecher im Automobil.

An die Phantasten der Nil-Carter-Geschichten erinnert ein Verbrecher, das am Montag in der Umgebung von Paris verübt wurde. In dem südlich der Stadt gelegenen Vorortte Mont Geron fielen in den Morgenstunden sechs im Chauffeegraben verdeckte Banditen ein Automobil an. Als der Chauffeur dem Verlangen, den Wagen zu verlassen, nicht sofort nachkam, wurde er niedergeschossen. Eine zweite Kugel verwundete den flüchtenden Insassen des Wagens. Die Räuber bestiegen das Auto und fuhrten nach der Ortschaft Chantilly. Vier drangen, mit Revolvern bewaffnet, in die Filiale der „Société générale“ ein, töteten einen Kassierer und einen Angestellten und verletzten einen anderen Angestellten schwer. Die Banditen bemächtigten sich einer Summe von 400000 Franks, während der fünfte mit einem Karabiner Wache hielt und der sechste das Automobil hütete. Die Banditen feuerten auf einige Personen, welche sich zu ihrer Verfolgung aufmachten, und verschwand in der Richtung auf Paris. Bei Anzières liegen sie das Automobil stehen. Von ihnen selbst fehlt bisher jede Spur.

Ein modernes Drama.

In der „Königlichen Zeitung“ konnte man vor einigen Tagen das folgende Inserat lesen:

Sohattuell! Millionenchlager!
Wichtig für Theaterdirektoren und Verleger!
Der Streikbrecher.

Drama aus dem Bergmannsleben.

Nach Tatsachen bearbeitetes, neuzeitliches Theaterstück. Manuskript und Aufführungsrecht zu verlaufen. Angeb. erb. u. P. O. 1101 an die Exped. d. Bl.

Vielleicht etwacht der christliche Vergarbeiterverband das Aufführungsrecht. An geeigneten Darstellern der Titelrolle fehlt es ihm ja nicht. Wenn der „Millionenchlager“ dann unter der bewährten Regie der Herren Brust und Giesberts auf die Bretter kommt, kann der Erfolg doch nicht ausbleiben.

Zusammenstoß mit einem deutschen Kriegsschiff.

Das Linienschiff „Elis“ ist am Sonnabend vormittag im westlichen Eingang des Skagerrak mit dem schwedischen Dampfer „Polux“ im dichten Nebel zusammengestoßen. „Polux“, ein Dampfer der Reederei Charles Hounburn, war von Lidswalla nach London unterwegs. Der Dampfer ist gesunken, die Besatzung wurde gerettet. Das Linienschiff blieb unbeschädigt. Personalverluste sind nicht zu beklagen. Die Mastspitzen des Wracks ragen zwei Meter über Wasser.

Bombenanschlag in New York.

Der New Yorker Richter Rosalski erhielt am Sonntag durch die Post ein Paket zugeandt, bei dessen Öffnung der aus einer Bombe bestehende Inhalt explodierte. Das von Rosalski bewohnte Haus wurde durch die Explosion stark demoliert. Der Richter selbst und seine Familie sowie das gesamte Dienstpötenpersonal sind schwer verletzt worden; bei mehreren Personen besteht wenig Hoffnung, sie am Leben erhalten zu können. Es handelt sich offenbar um einen Racheakt, da bereits am 15. März eine ähnliche Sendung an den Richter durch die Aufmerksamkeit eines Postbeamten unschädlich gemacht wurde.

Eisenbahnkatastrophe in Rußland.

Der Warschau-Bräster Schnellzug fuhr am Sonntag zwischen den Stationen Rejretschke und Wela in voller Fahrt auf einen Güterzug auf. Ein Schaffner wurde getötet, der Lokomotivführer, der Heizer und 18 Passagiere wurden verletzt. Die Lokomotive des Schnellzuges und zehn Eisenbahnwagen sind zertrümmert.

Meine Notizen.

Einspurz eines Grubenschachtes. In der Nähe von Laeken in Belgien ist ein Bergwerkschacht eingestürzt, wobei drei Arbeiter getötet und vier schwer verletzt worden sind. **Russisches Räuberunwesen.** Drei Bewaffnete überfielen am Sonnabend eine Fabrik in der Jakobstraße in Lodz und brauchten den Verwalter. Als sie von der Polizei verfolgt wurden, gaben sie Revolverschläge ab, durch die zwei Passanten verwundet wurden. Einer der Verbrecher verbarg sich in einer Brauerei, wo er dann Selbstmord beging. **Schiffuntergang an der spanischen Küste.** Wie aus Madrid gemeldet wird, ist während eines Sturmes an der spanischen Küste eine Fischerbarke untergegangen. Die gesamte Besatzung von 20 Mann fand den Tod.

Briefkasten der Redaktion.

H. Zch. 35. 1. Der Steuerbescheid gegenüber hatten beide 2. 27 Mark. — **G. Zch. 1.** Erhalten Sie Strafanzeige 2. Ja. — **G. Z. 32.** 1. Nach dem Gesetz selbst. Sind minderjährige Kinder vorhanden, hat vorher die Anwesenheit der Eltern zu erfolgen. 2. Aus jedem Bezirk ersichtlich. — **B. 100.** Sie sind um eine Stufe zu hoch eingeschätzt. — **M. G. 20.** 1. 2000 M. jährlich, für jede verläumtete Ladung werden 20 M. gestrich. 2. Erst nach Ablauf des Dienstes besteht Anspruch auf Herausgabe. — **H. G. 55.** 1. Vergewern Sie sich bei dem ansichtsführenden Richter des Amtsgerichts. 2. Werden Sie sich am zweckmäßigsten an die Polizeibehörde; eventuell nach Anrufung zum Offenbarungsbuch erfolgen. — **Genosse 107 Berlin.** Rein. — **C. P. 100.** Ja. — **G. R. 42.** Rein. — **G. R. 1.** Rein. 2. Ja. 3. Rein. Dasselbe Verfahren wie beim Austritt ist einzuschlagen. — **M. 101.** 1. Ja. 2. Der Vorladung muß auch in einem solchen Falle Folge geleistet werden; dagegen ist der Gläubiger zu einer Auslage vor der Polizeibehörde nicht verpflichtet. Die Polizeibehörde war zur Ausführung des Auftrages verpflichtet. — **M. Großhändler.** Auforderung an den Bier, eventuell Klage. — **M. 2. 25.** Rein. — **R. 2. 13.** Rein, falls die Kinder älter als sieben Jahre sind. — **G. R. Rein,** nur den jetzigen Wert. — **G. R. Ja.** — **M. 116.** Ja. — **R. R. 18.** 1. Ja, das Pflichten kann verlangt werden. 2. Die Güter.

Öffentliche politische Versammlungen.

Vierter Wahlkreis.

Dienstag, den 26. März 1912, abends 8 1/2 Uhr:

6 öffentliche Versammlungen

in den Lokalen:

„Süd-Ost“, Waldemarstraße 75, Röpenicker Viertel.	Boekers Festsäle, Weberstraße 17, Frankfurter Viertel.
Granmanns Festsäle, Raumynstraße 27, Görlitzer Viertel.	„Elysium“, Landsberger Allee 40, Landsberger Viertel.
Comenius-Säle, Memeler Straße 67, Stralauer Viertel.	Löwenbrauerei, Frankfurter Allee 153-55, Petersburger Viertel.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

„Was haben wir vom Reichstag zu erwarten?“

Referenten sind die Reichstagsabgeordneten:

Büchner-Berlin. Haupt-Magdeburg, Henke-Bremen, Hüttmann-Frankfurt,
Schmidt-Meißen, Zubeil-Berlin.

Der Einberufer: P. Hoffmann, Königsberger Straße 28.

214/13*

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Meschlorstraße 28, part. Filiale Berlin. Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787.
Donnerstag, den 28. März 1912, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht. 2. Wahl der Ortsverwaltung. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Neuwahl der Mitglieder zur Agitationskommission für den I. Bezirk.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Abweilendes Erscheinen erwartet Die Ortsverwaltung.

H. Pfau, Bandagist
Berlin Direksenstraße 20
C., zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Volksparkdamm. — Amt Kot. 3008.
Für Damen Frauen-Badionung. *
Lieferant für alle Krankenkassen.
Abonnenten erhält 10% Rabatt.

Auch Teilzahlung!

Nur mit Möbel-Misch

Gr. Frankfurter Str. 45/48

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbureau: Hof I. Charitéstraße 3. Hof III. Amt Norden, Nr. 1239. Amt Norden, Nr. 1967

Mittwoch, den 27. März 1912, abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung der Schwarzblechschlosser

im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Dillvert. 2. Stellungnahme zur Kündigung des Tarif. 3. Verschiedenes.
Wünscht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Mittwoch, den 27. März 1912, abends 6 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung der Drahtarbeiter und Arbeiterinnen

im Gewerkschaftshause, Engelauer 15.

Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, den 27. März 1912, abends 6 Uhr:

Branchen-Versammlung der chirurgischen Branche

im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen R. Sahn. 2. Branchenangelegenheiten.
3. Verschiedenes.
Da die Tagesordnung eine äußerst wichtige ist, darf niemand fehlen. Alle müssen erscheinen.

Mittwoch, den 27. März, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung der Graveure und Ziseleure

in den Coronasälen, Kommandantenstr. 72.

Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10-2-5-7. Sonntags 10-12-2-4

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.



Blendax

Mit dem Scheuermännchen



Scheuert · Reinigt · Putzt
Alles

Blitzblank

Pakete zu 10 u. 20 Pfg.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mitglieder-Versammlungen

Heute Dienstag, den 26. März 1912:

Facharbeiter abends 8 1/2 Uhr, bei Boetzer, Weberstr. 17.

Tagesordnung: 1. England, Land und Leute. Referent Reichstagsabgeordneter Genosse Hermann Wendel. 2. Der Verbandstag in Berlin. 3. Maljeter.

Bodenleger abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 4 (Arbeitsloftsaal):

Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Bericht von der Baukonferenz. 3. Branchenangelegenheiten.

Mittwoch, den 27. März 1912:

Bürsten- und Pinselmacher abends 8 1/2 Uhr bei Preuß. Holzmarktstr. 65.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Branchenangelegenheiten.

Mittwoch, den 27. März 1912, abends 8 1/2 Uhr, bei Boekers, Weberstr. 17:

Kombinierte Versammlung der Ortsverwaltung mit der Kontrollkommission.

Donnerstag, den 28. März, abends 8 Uhr:

Küchenmöbelbranche

im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:

Tagesordnung:
1. Bericht von der Baukonferenz. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Branchenangelegenheiten.

Bilderrahmenmacher.

Donnerstag, den 28. März 1912, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Die Reichsversicherungsgesetzgebung. Referent: Stadtverordneter Genosse Ad. Ritter. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Mitglieder, die Anträge zum Verbandstage stellen wollen, müssen dieselben noch im Laufe dieser Woche ans Bureau einreichen, damit sie in der nächsten Versammlung zur Beratung vorgelegt werden können.
(Nach dem Beschluß des Verbandstages werden nur solche Anträge zugelassen, die vorher den Mitgliedern der Zählstelle zur Beratung vorgelegt worden sind.)

Die Jahresberichte der Zählstelle Berlin werden im Bureau abgegeben. Die sind durch die Vertrauensmänner für alle im Betriebe beschäftigten Mitglieder abzuholen.

Vertrauensmännerkarte legitimiert. Die Ortsverwaltung.
80/19

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Mittwoch, den 27. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Roßmarktstr. 3, II. Saal:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
1. Bericht vom Bauzug. 2. Ausstellung eines Kandidaten zum Verbandstag. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.
Zahlreiches u. pünktliches Erscheinen erwartet Die Ortsverwaltung.
80/19



Ich schwöre auf

Blendol

das beste flüssige Metallputzmittel
in Glasflaschen zu 10, 15 u. 25 Pfg., in Blechflaschen aller Größen überall erhältlich. Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg

Der Kampf der Parteien um die Jugend

Eine Sammel- und Versöhnungspolitik in der Jugendpflege wird von der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge angestrebt. Diesem Zweck sollte ein Erörterungsabend dienen, den sie am Sonnabend im Herrenhaus veranstaltet hatte. Das Thema lautete: „Der Kampf der Parteien um die Jugend“.

Unter den zahlreich erschienenen Teilnehmern sah man Vertreter von Staats- und Kommunalbehörden und von vielen Vereinen; ein Generaladjutant des Kaisers war zugegen. Eingeladen waren Angehörige aller politischen und religiösen Anschauungen, und Redner verschiedener Richtungen, auch der Sozialdemokratie, ergrißen in der Diskussion das Wort. Die Verhandlungen machten zeitweise den Eindruck, wie wenn mancher sich das Ganze als ein von dem vereinigten Bürgertum zu veranstaltendes Festschreiben gegen die Sozialdemokratie gedacht hätte. Aber es war dafür gesorgt, daß unseren Gegnern eine kräftige Abwehr teilte wurde.

Als Vorsitzender der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge leitete Minister a. D. von Pantig die Verhandlungen. Seine Begrüßungsansprache wies darauf hin, daß in den Jugendpflegebestrebungen die verschiedensten Parteien, ohne einander zu verfeinden, gegeneinander um die Jugend ringen und sie für ihre religiösen, politischen, sozialen Ueberzeugungen zu gewinnen suchen. Der Erörterungsabend sollte eine Grundlage für gemeinsame Arbeit schaffen.

Einleitend referierte Bürgermeister Weinreich-Kentlin über den Stand der Jugendorganisation aller Richtungen. Er unterschied drei große Gruppen, die er als die kirchliche, die bürgerlich-nationale, die sozialdemokratische bezeichnete. Bezüglich der kirchlichen Organisationen der Katholiken hob er hervor, daß ihre Arbeit an der Jugend nicht nur der Religion, sondern auch der Politik dienen will. In der Reihe der bürgerlich-nationalen Organisationen markierte auch der famose Jungdeutschlandbund auf, der durch die Mitarbeit der Offiziere die Jugend gewinnen zu können meint. Am eingehendsten beschäftigte Referent sich mit der „sozialdemokratischen Jugendbewegung“, die nach offizieller Anerkennung durch Partei und Gewerkschaften einen sehr raschen Aufschwung genommen habe. Ihr Schicksal sei aber besiegelt worden durch das Urteil des Oberverwaltungsgerichts, und daselbe Schicksal sei jetzt dem Berliner Verein „Arbeiterjugendheim“ beschieden. Der Zeitung „Arbeiterjugend“ machte Weinreich das Kompliment, daß sie geeignet sei, Interesse bei der Jugend zu wecken. Sie sei aber auch ein politisches Kampforigan, das man ganz besonders ernst nehmen müsse. Anerkennung spendete er auch den Arbeiterjugendheimen, wiewohl er mit der dort gebotenen Rhetorik nicht in allem einverstanden war.

In dem Wirrwarr der einander bekämpfenden Organisationen habe nun — so führte der Referent weiter aus — in Preußen die Regierung spät, aber mit harter Hand eingegriffen. Auf die Bewegung von unten sei eine Bewegung von oben gefolgt, und diese habe bereits große äußere Erfolge zu verzeichnen. Freilich verdanke wohl mancher der vielen jetzt aufstrebenden Vereine seine Geburt nur der Hoffnung auf Staatsbeihilfe. Redner beklagte, daß durch die bisherigen Jugendpflegebestrebungen der Parteien die von ihnen umwordene unreife Jugend rechtlich geschädigt worden sei. Gegen die „sozialdemokratische Jugendbewegung“ sprach er hier — man merkte ihm an, wie sehr ihm das von Herzen kam — sich am schärfsten aus. Er forderte für die Jugendlichen des 14. bis 18. Jahres eine „Schonzeit“ in Politik und Religion.

Diese „Schonzeit“ Idee wurde in der Diskussion sogleich von dem ersten Redner, dem Reichstagsabgeordneten Oberstudienrat Kerschenskeiner aus München, als einzig übrig bleibendes Abhilfemittel empfohlen. Die Jugend sei, nachdem ihre Vereinstätigkeit durch Familie, Religion und Arbeit immer mehr nachgelassen habe, unter den Einfluß der Parteien geraten, weil der Staat lange geschlafen habe. Zur Ehre der Sozialdemokratie müsse man es sagen: auch sie sei von der Erziehungsnot der Jugend ergriffen worden. Selbstverständlich suche nun jede Partei in ihrer Erziehungsarbeit auch ihre Parteideale zu fördern. Aber die Jugend die ganze Welt durch eine Parteibrille sehen zu lassen, sei ein Verbrechen, gleichviel, welche Partei das tue. Alle Parteien sollten womöglich sich der politischen Erziehung enthalten und alles vermeiden, was sich gegen andere Parteien richtet. Wenn die Jugend nicht zum Lieben, sondern zum Hassen erzogen werde, so gebe der Staat zugrunde. Und auch die Partei, die so etwas tue, werde sich zugrunde richten. Der Staat müsse die Bestrebungen der Parteien, zur Erziehung der Jugend beizutragen, sich genau ansehen. Er müsse selber nachhaken, was er verjümen habe.

Als Vertreter des evangelischen „Bundes deutscher Jugendvereine“ pries Pfarrer Hollmann-Nikolassere deren Arbeit. An der Jugend zu arbeiten um einer Partei willen, sei derweillich. Unter Zurückstellung aller politischen und sonstigen Zwecke solle das ganze Volk und besonders das gebildete Bürgertum der Jugend um ihrer selbst willen dienen, der männlichen und auch der weiblichen Jugend, auch der Jugend höherer Schulen, in erster Linie aber der Arbeiterjugend. Trotz Ablehnung und Hohn werde der Bund versuchen, die Klüft durch Liebe und Opferwilligkeit zu überbrücken.

Reichstagsabgeordneter Bieper, Präses des katholischen Volksvereins in M. Gladbach, erklärte sich gegen die dem Wesen des Katholizismus widersprechende Ausschaltung des Nichtlichen. Im übrigen übertrahnte dieser Redner durch Ausführungen, die sich fast wie eine Toleranzrede anhörten. Jeder solle sehen, wie er's treibe, und jedem seine Art lassen. Eine Verständigung sei wohl nicht möglich zwischen „sozialdemokratischen Jugendvereinen“ und den anderen, diese anderen aber könnten sich untereinander einigen.

Für den Verband der jüdischen Jugendvereine Deutschlands sprach dessen Geschäftsführer Finkel-Berlin. Strenge Neutralität habe hier die Jugend des Judentums aller Richtungen geübt, und ein Gleiches sei für die ganze deutsche Jugend zu empfehlen. Fränlein Dr. Bäumer bezeichnete die Annahme einer Parteilosigkeit der Jugendpflege als einen Optimismus. Die Familienziehung sei doch manchmal auch in höheren Gesellschaftsklassen sehr parteipolitisch. Man könne parteipolitische Beeinflussung der Jugend schwer vermeiden, und den Eltern gelte doch ihre Weltanschauung als ein Gut. Nur Götze dürfe man nicht sein.

Als Mitgründer der proletarischen Jugendbewegung stellte der Reichstagsabgeordnete Genosse Frank sich vor. Er führte unerschrocken folgende aus: Die Jugendpflege ist zurückzuführen auf die Angst vor der Ausbreitung der proletarischen Jugendbewegung. Dieser Beweis hierfür ist, daß man bisher sich um die Mädchen, weil sie weder Rekruten noch Wähler werden, fast gar nicht gekümmert hat. Während noch vor acht Jahren die Jugendbewegung bei allen Parteien um ihre Erziehungsberechtigung kämpfen mußte, wird heute nicht mehr darüber gestritten, ob sie sein soll, sondern nur darüber, wie sie sein soll. Hier wird die Frage erörtert, ob die Jugendbewegung parteipolitisch oder neutral sein soll. Gesetzgebung und Polizeimahregeln haben dafür gesorgt, daß gar nicht mehr hierüber debattiert zu werden braucht. Die politische Jugendbewegung ist ja schon zum Tode verurteilt. Ich freilich habe nicht diese Angst vor der parteipolitischen Erziehung. Die Neutralität in der Erziehung ist ein Traum und nicht mal ein schöner. Der Staat soll, sagt Kerschenskeiner, Träger der „neutralen“ Erziehung sein! Der Staat, der neutral wäre, existiert nur erst in der Phantasie und hat in der Wirklichkeit bisher noch nie existiert. Wenn mal

ein Staat geschaffen sein wird, der nicht eine Organisation herrschender Kreise, nicht eine Unterdrückungsanstalt, sondern eine allgemeine Wohlfahrtsanstalt ist, dann ist jenes Ideal gegeben. Heute fehlt uns der neutrale Staat, es fehlen uns aber auch Lehrer, die neutral wären. Ein heftiges Verlangen nach der politischen Erziehung besteht bei der Jugend selber, wenigstens in der Arbeiterklasse. Während der Sohn aus wohlhabender Familie noch zu Hause ist, lernt der Sohn des Arbeiters in der Lehre oder in der Fabrik schon manche Härten der Gesellschaftsordnung kennen. Auf Fragen, die sich nicht zurückdrängen lassen, verlangt er Antwort. Und wenn Sie sie geben wollen, dann sind Sie mitten drin in der Politik. Die Leute, die die Jugend vor der Politik bewahren wollen, wollen auch die Frauen vor ihr bewahren. Dabei werden meist von denselben Leuten schon sechsjährigen Schulkindern die schwierigsten religiösen Probleme geboten. Wann soll denn die politische Belehrung beginnen? Zwischen dem 14. und 18. Jahre soll's nicht sein, in der Militärzeit darf es nicht sein, und dann soll plöblich bis zum Wahlfähigkeitsalter die Erkenntnis kommen. Es gibt Leute, die ein falsches Spiel treiben, indem sie dem jungen Arbeiter die Neutralität aufdrängen wollen, selber aber arbeitserfeindliche Politik predigen. Den parteipolitischen Charakter des Staates kann man am besten an der Volksschuleraziehung sehen. Dem Arbeiter ist die sozialdemokratische Partei nicht das, was dem Bürger die feine ist. Die Partei ist dem Arbeiter etwas Höheres, ich möchte sagen: etwas Heiliges, etwas Religiöses, natürlich nicht in kirchlichem Sinne. Eine so gewaltige Bewegung hat doch den selbstverständlichen Wunsch, ihre Jugend so zu erziehen, wie sie es will. Diese Bewegung zu unterdrücken, ist unmöglich. Glauben Sie, es sei möglich, in das Herz eines Arbeiterkindes den Haß gegen das zu pflanzen, was seinen Eltern heilig ist? Wenn die jungen Arbeiter davon abgelent werden sollen, so ist das gewählte Mittel, die Verfolgung der Arbeiterjugendbewegung, das denkbar schlechteste. Ein junger Arbeiter müßte doch ein ehrlöser Trottel sein, wenn er die Organisation verlassen wollte in dem Augenblick, wo sie unterdrückt wird, unterdrückt nicht mit geistigen Waffen, sondern mit Polizeimahregeln! Wären alle Jugendorganisationen gleichberechtigt, dann könnte der Kampf der Geister zeigen, welche die gesundeste ist. In mandem könnten sie zusammenehen, z. B. im Kampf gegen Alkoholisismus und Schundliteratur. Aber erst müßte die Verfolgung der Arbeiterjugendbewegung aufhören. Dann ist auch eine Jugendpflege denkbar, die Gutes lehrt. Doch das Interesse an der Jugendbewegung wird abflauen, sobald der Kampf gegen die Arbeiterjugendbewegung unterbleiben soll. Die Arbeiterbevölkerung Groß-Berlins hat in 23 Protestversammlungen beschlossen, dahin zu wirken, daß die Arbeiterjugend sich allen Bestrebungen der bürgerlichen Jugendbewegung fernhält und mehr noch als bisher alle für die Arbeiterjugend getroffenen Veranhaltungen besucht und unterstützt. Das zu beherzigen, ist die selbstverständliche Pflicht jedes jugendlichen Arbeiters.

Auf diese scharfe Abgabe des sozialdemokratischen Redners antwortete wenig glücklich der liberale Pastor Prof. von Soben. Warum werde, so fragte und eiferte er, die Arbeiterjugend abgesondert. Und warum werde alles in den Staub gezogen, warum z. B. eine vernichtende Kritik auch an dem Schulwesen geübt, aus dem doch gerade die Führer der Partei ihre besten Kräfte geholt hätten. Eine Schranke zu setzen, habe der Staat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht. Redner vertiefte sich dazu, in diesem Zusammenhang auf die Koabitier Unruhen hinzuweisen. Stürmische „Choi“-Rufe unserer in nicht geringer Zahl anwesenden Genossen antworteten ihm.

Der orthodoxe Pastor Ilgenstein, der seine Jünglingsvereine anpries, schien von der Sammlungsstimmung nicht viel zu halten. Es werde wohl so bleiben, daß jeder seinen eigenen Weg gehe.

Vom Standpunkt der Unterrichtstechnik beleuchtete die Oberlehrerin Treuge die Frage parteilosen Geschichtsunterrichts, der sehr wohl reich und hinreichend sein könne.

Ein bißchen „Pauke gegen die Sozialdemokratie“ waren auch die Ausführungen des Pastors a. D. Blach-Zehendorf, den der Eifer seiner Amtsbrüder v. Soben und Ilgenstein angestekt zu haben schien. Er wisse aus Erfahrung, daß neutrale Jugendpflege möglich sei.

Zu einer kurzen Erwiderung ergriß dann noch ein Sozialdemokrat das Wort. Rechtsanwalt Genosse Kurt Rosenfeld. Nicht mit einem Kampf der Parteien um die Jugend habe man es zu tun, sondern mit einem Kampf der Parteien, die Jugend vor der Sozialdemokratie zu bewahren. Hauptzweck des Zusammenarbeitens der bürgerlichen Kreise in der Jugendpflege sei der, die Sozialdemokratie aufzuhalten. Sie brauche aber sich um die Wirkung keine Sorge zu machen; noch immer habe sie es verstanden, mit Erfolg zu arbeiten. Gegen die Andeutung, daß die Koabitier Unruhen mit der Sozialdemokratie zusammenhängen, legte Rosenfeld scharf Verwahrung ein. Wollen Sie vielleicht, fragte er, die sozialdemokratische Partei verantwortlich machen auch für den Totschlag an dem Arbeiter Herrmann? Er wies auch die Behauptung zurück, daß die Arbeiterjugendbewegung sich mit Tagespolitik beschäftige habe. Gegen sie, die von Polizei und Gericht verfolgt, sei nicht Derartiges erwiesen worden. Geschadet habe der Arbeiterjugendbewegung die Verfolgung nicht.

Noch standen mehrere Redner auf der Liste, aber durch einen Schlußantrag wurde den Verhandlungen nach fünfständiger Dauer ein Ende gemacht. Der Vorsitzende faßte das Ergebnis zusammen in die Mahnung, in der Jugendpflege einander verstehen zu lernen und zu gemeinsamer Arbeit sich zusammenzuschließen. Das werde auch nach außen hin wirken und segensreiche Folgen haben.

Uns scheint das Hauptergebnis dieses Erörterungsabends das zu sein, daß er deutlich genug gezeigt hat, wie sehr die bürgerlichen „Jugendfreunde“, die die Jugendbewegung nicht in den Dienst irgendeiner politischen Partei stellen lassen wollen, sie in den Dienst gegen eine Partei, gegen die Sozialdemokratie, stellen möchten.

Siebenter Verbandstag der Gastwirtsgehilfen.

Kürnberg, 23. März.

5. Verhandlungstag.

Die wirtschaftliche und soziale Lage der Küchenangestellten behandelte heute Vehr-Berlin. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieser Gruppe Angestellten des Gastwirtsgewerbes sind außerordentlich schlecht und im höchsten Grade verbesserungsbedürftig. Die Stundenlöhne der Küche bewegen sich in der Höhe von 19 bis 27 Pf.; dabei sind aber Kost und Logis in Geldwert umgerechnet. Kaffeelöcher sind wesentlich schlechter gestellt. Köchinnen bekommen in der Regel in kleineren Städten anfänglich 30 M., in den größeren Städten 45 M. bis zu einem Höchsteigehalt von 80 M. monatlich. Die Lage der Küchenmädchen und Küchenmädchen ist eine besonders tieferartige; bei fast endloser Arbeitszeit betragen die Löhne 25 bis 40 M. monatlich. Die hygienischen Einrichtungen der Arbeits- und Schlafräume in den Betrieben entsprechen in der Regel nicht den bestehenden Anforderungen. Es ist keine Seltenheit, belamte der Referent, daß in einem Zimmer, das höchstens für 3 oder 4 Personen Raum hat, 7 bis 8 Personen schlafen müssen, so daß oft 2 oder gar 3 Angestellte ein Bett teilen müssen. Die Kost ist vielfach unzulänglich und minderwertig. Die Bundesratsverordnung über die Ruhezeit der Angestellten im Gastwirtsgeerbe wird meist nicht eingehalten.

Um die Lage der Küchenangestellten zu verbessern, ist es notwendig, daß die Küche und das gesamte Hilfspersonal sich dem Gastwirtsgehilfenverband anschließen. Denn nur dieser tritt energig für ihre Interessen ein. Referent unterbreitet eine Resolution, in der er folgende Forderungen für das Küchenpersonal erhebt:

Eine Erhöhung der durchaus ungenügenden Lohnsätze, die in den letzten Jahren eine ständige Verflüchtung erfahren haben. Beseitigung des Kost- und Logiszwangs, Ablösung der „freien Station“ durch Vereinstätigkeit.

Bekämpfung der Lehrlingsausbeutung und Beseitigung des Koloniarübenzwangs.

Bessere hygienische und sanitäre Verhältnisse in den Küchen und sonstigen Arbeitsräumen.

Auf dem Gebiete des gesetzlichen Arbeiterschutzes sind für das Küchenpersonal die gleichen Forderungen zu stellen wie für das gesamte übrige Personal: Der zwölfstündige Arbeitstag, der 38stündige wöchentliche Ruhetag, Besondere Schutz für die Jugendlichen.

Nach kurzer Debatte im Sinne des Referats stimmte der Verbandstag dieser Resolution einstimmig zu.

Arbeiterklub im Gastwirtsgeerbe

referierte hierauf Pochsch-Berlin, der zeigte, wie wenig in sozialer Hinsicht die Angestellten im Gastwirtsgeerbe geschützt sind. Die Bundesratsverordnung über die Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen im Gastwirtsgeerbe bezeichnete Pochsch als völlig unzulänglich. Sie bezieht sich nur auf den kleineren Teil der Angestellten. Dazu kommt die durchaus ungenügende Kontrolle über die Anhehaltung der Bundesratsverordnung, so daß auch heute, nach sechsjährigem Bestehen derselben, die Umgehung der Bestimmungen die Regel bildet. Pochsch stellt folgende Forderungen zum Schutze der Angestellten auf:

An Stelle der V.-V. hat ein Spezialgesetz zu treten, wie es schon der Staatssekretär von Verlepsch im Jahre 1891 in Aussicht gestellt hat. Durch dieses Gesetz sind die gewerblichen Verhältnisse der gastwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten in Anlehnung an die Reichsgewerbeordnung zu regeln, und zwar nach folgenden Grundzügen:

Die Arbeiterklubbestimmungen sind für alle im Gastwirtsgeerbe tätigen Personen festzulegen.

Die tägliche Arbeitszeit aller Angestellten über 16 Jahre im Gast- und Schankwirtschaftsgeerbe darf 12 Stunden nicht überschreiten und kann mit Rücksicht auf den Geschäftsgang auf 15 Stunden, einschließlich der Pausen, verteilt werden, so daß eine neunstündige ununterbrochene Ruhezeit innerhalb 24 Stunden verbleibt.

Pausen im Sinne dieser Bestimmungen sind Arbeitsunterbrechungen nur dann, wenn der Angestellte sich aus dem Gewerbebetrieb benutzten Räumen entfernen darf, über diese Zeit selbständig zu verfügen hat und die einzelne Pause nicht weniger als eine Stunde beträgt.

Allen Angestellten ist eine Mittagspause von mindestens einer Stunde zu gewähren.

Lehrlinge und jugendliche Personen im Alter von unter 16 Jahren dürfen in der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens nicht beschäftigt werden, und darf deren tägliche Arbeitszeit 10 Stunden nicht übersteigen.

Allen Angestellten ist wöchentlich eine ununterbrochene Arbeitsruhe von mindestens 36 Stunden zu gewähren.

In jedem Gast- und Schankwirtschaftsbetriebe ist öffentlich sichtbar ein Verzeichnis anzuhängen, in welchem die Namen der Hilfspersonen aufgeführt sind, und bei jeder Person oder Gruppe von Personen ist anzugeben, in welchen Stunden sie Dienst und wann sie Ruhepausen, sowie an welchem Tage sie vollen Ruhetag haben.

Angestellte im Sinne dieser Bestimmungen sind, ohne Rücksicht auf die Art und Dauer des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses, diejenigen Personen, welche mit Arbeiten im Gast- und Schankwirtschaftsbetriebe beschäftigt werden.

An das Referat schloß sich eine Debatte, in der die Ausführungen des Referenten unterstützt und dabei hauptsächlich die Ausdehnung der Bundesratsverordnung auf das Hilfspersonal verlangt wird. Die Resolution des Referenten fand einstimmige Annahme.

Dann beschäftigte sich der Verbandstag mit der Frage der Ein- und Auswanderung der gastwirtschaftlichen Angestellten.

Es wurde hierzu eine Resolution Baumeister-Berlin angenommen, in der der Verbandstag ganz energig gegen die Veruche in verschiedenen Ländern, durch chauvinistische Gehe die Gehilfen gegeneinander auszuspielen und so deren Einigkeit und Vorgehen zur Verbesserung ihrer allenthalben gleich schlechten Lage zu hintertreiben. Der gastwirtschaftliche Angestellte muß vielmehr, ganz im Sinne der Internationalen Konferenz der modernen Gastwirtsgehilfenbewegung, an jedem Orte und in jedem Lande, Hand in Hand mit den einheimischen bzw. zugewanderten Berufsgenossen, also auf internationaler Grundlage, seine gemettschaftliche Pflicht erfüllen und lebhaften Anteil an dem Kampfe um die Verbesserung der Verhältnisse nehmen.

Der Verbandstag nahm nun Berichte über die Zweite internationale Konferenz

der Internationalen Union der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten (Referent Diefing-Berlin) und vom Gewerkschaftskongress (Referent Müller-Dresden) entgegen. Mit der Haltung der Delegierten auf beiden Kongressen sprach der Verbandstag sein Einverständnis aus.

Bei der Wahl der Hauptverwaltung werden einstimmig als erster Vorsitzender Reiske-Berlin (der bisherige Vorsitzende Pochsch) und der provisorische Vorsitzende Baumeister Lehnen eine Wahl ab), als zweiter Vorsitzender Diefing-Berlin, als Kassierer Sträßlinger-Berlin gewählt. Diefing und Sträßlinger hatten diesen Posten auch bisher inne. Der Posten des Redakteurs bleibt vorläufig offen. Pochsch hat sich bereit erklärt, die Redaktionsarbeiten bis auf weiteres zu übernehmen, soweit diese nicht durch den zweiten Redakteur erledigt werden können.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Der nächste Verbandstag findet 1914 statt.

Gaukonferenz der Holzarbeiter.

Der Gau Berlin des Holzarbeiterverbandes, der Berlin und die Provinz Brandenburg, sowie zum Teil auch Schlesien und Posen umfaßt, hielt am Sonntag und Montag im großen Saale des Gewerkschaftshauses seine Gaukonferenz ab. Sie wurde feierlich eingeleitet durch Gesang des Arbeiterjünglingschors „Kordwach“. Anwesend waren 143 Delegierte aus 94 Orten, ferner 7 Vertreter des Gauvorstandes, sowie als Vertreter des Hauptvorstandes Wilhelm Schneck, und außerdem nahm als Vertreter des Zentralvereins der Bildhauer Otto Wisbach an der Konferenz teil. Der erste Punkt der Tagesordnung war der

Bericht über die Tätigkeit des Gauvorstandes, der sich auf die Jahre 1910 und 1911 erstreckt. Als erster Referent sprach der Gauvorsitzer Georg Exner über die Agitation im Gau. Es wurden zum Zwecke der Agitation im Gau mit Hilfe des Gauvorstandes 332 Versammlungen, 266 Werkstätten und 39 Vespörungen abgehalten, und außerdem wurde in einer großen Anzahl von Orten roge Hausagitation betrieben. Die Mitgliederzahl des Gaus stieg im Laufe der beiden Jahre um 3591, so daß am Jahresabschluss 1911 in 93 Zahlstellen 87 059 vorhanden waren, unter ihnen 750 weibliche und 91 jugendliche. Die Zahl der für den Holz-

Arbeiterverband in Betracht kommenden Arbeiter im Gau ist allerdings noch bedeutend größer, so daß sehr viel Agitationsarbeit noch zu leisten ist. Der Redner gab ferner Ruffall über den Stand in den verschiedenen Orten und Branchen und hob unter anderem hervor, daß es auch gelungen ist, einige Fortschritte unter den Schneidmüllern zu erzielen, die zu den am schwersten zu organisierenden Branchen gehören.

Ueber die Lohnbewegungen berichtete der Gauborsteher Stufche, und sein Bericht erstreckte sich sowohl auf die großen Tarifbewegungen, wie auf die kleineren Bewegungen und Kämpfe in verschiedenen Orten. Der Gauborstand wurde in den beiden Berichtsjahren 33mal nach Orten gerufen, wo es sich um Lohnbewegungen handelte. Im ganzen fanden innerhalb des Gaues 779 Lohnbewegungen statt, und zwar in 2829 Betrieben mit 47 981 Beschäftigten. In 400 Fällen gelang es für 24 883 Beschäftigte die Bewegung ohne Streik erfolgreich zu erledigen; in 230 Fällen mit 8827 Beteiligten kam es zu Angriffstreiks, in 138 Fällen mit 8317 Beteiligten zu Abwehrstreiks und in 5 Fällen mit 553 Betroffenen zu Ausparierungen. Von den Streiks verliefen 271 erfolgreich, 32 mit teilweisem Erfolg und 92 erfolglos. Für Streikunterstützung wurden im Gau 349 044,29 M. ausgegeben, davon 237 112,88 M. aus der Verbandskasse. Am längsten dauerten die Lohnkämpfe in Forst und in Finsterwalde, nämlich 25 und 23 Wochen; aber auch sie endeten beide mit Erfolg. In Finsterwalde handelte es sich um die Luxusmüllfabrik von Weise, und der Unternehmer hatte sich Leute von der Hingegarde aus Dornburg kommen lassen, die ihm keinen Nutzen, aber viel Unfug und Verdruß brachten. Diese Menschen haben sich so unmenschlich und skandalös betrogen, harmlose Spaziergänger auf der Straße mit Knütteln und Bierflaschen angefallen, daß die Polizei einschreiten und der Unternehmer die Kerle schleunigst heimlich schicken mußte. Im übrigen erwähnte der Redner eine auf Beschluß des vorigen Gauborstandes aufgenommene Statistik über die Tischlerarbeiten, die in anderen Orten Deutschlands für den Groß-Berliner Baumarkt angefertigt werden. Im ganzen kommen hierbei 49 Orte mit 98 Betrieben und 2300 Beschäftigten in Betracht; der größte Teil, nämlich 28 Orte mit 65 Betrieben und 1051 Beschäftigten im Gau Berlin, die übrigen in den Gauen Siedlitz, Danzig, Breslau, Dresden und Posenburg. Regelmäßig sind von den 98 Betrieben 63 mit 1547 Tischlern und Maschinenarbeitern für den Berliner Baumarkt tätig, bei den übrigen ist es nur zeitweise der Fall. — Hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage in den verschiedenen Branchen wies der Redner darauf hin, daß es namentlich die Korbmacher und die Pantinenmacher sind, bei denen es mit der Organisation und demzufolge auch mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen noch ganz besonders schlecht bestellt ist.

Der Gauborstand, den der Gauassessor Richard Leo-Dold vorlegte, schließt mit der Bilanzsumme von 29 812,87 M. ab, von denen 29 000 M. aus der Hauptkasse gezahlt wurden.

In die Berichte schloß sich eine sehr rege Diskussion, die den Sonntagmorgen in Anspruch nahm. Die Verhältnisse in den verschiedenen Orten des Gaues und den einzelnen Branchen wurden gründlich besprochen, und dabei wurden auch einzelne Betriebe erwähnt, wo der Unternehmer darauf aus ist, jeden organisierten Arbeiter zu mahnen. Seitens der Maschinenarbeiter wurde auf die außerordentlich hohe Unfallgefahr an den Holzbearbeitungsmaschinen und Schneidmüllern hingewiesen. Der Konferenz liegen Photographien scharflich verunstalteter Hände vor, und die so Verunglückten sind teils junge Menschen und Lehrlinge von 14 bis 15 Jahren. Im allgemeinen sind die Delegierten mit der Tätigkeit des Gauborstandes durchaus einverstanden, wobei jedoch der Wunsch laut wurde, daß namentlich in den zurückgebliebenen Branchen und Orten noch mehr Agitation entfaltet werden sollte als bisher.

Der zweite Sitzungstag begann mit der Beratung über den bevorstehenden Verbandstag, der am 23. Juni in Berlin zusammentritt. Der Hauptvorstandsvorsitzer Schneegoh führte hierzu unter anderem aus, daß die Tarifpolitik des Verbandes auf den früheren Verbandstagen, und zuletzt in München, wohl hinreichend geklärt sei, und daß offenbar auch die Vertragsfrage keinen breiten Raum in den Verhandlungen des Berliner Verbandstages einnehmen werde. So werde man Zeit gewinnen, sich mit einigen anderen Fragen eingehend zu befassen, und hier kämen als Hauptpunkte in Betracht: die Regelung der Arbeitszeit und die Regelung der Arbeitsvermittlung im deutschen Holzgewerbe, sowie das Rekrutierungsgebiet des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

In der Diskussion wurde unter anderem der Wunsch laut, daß der Verbandstag auch gründlich über die Feuergefahr in den Zellulosebetrieben beraten möge.

Hierauf kamen die vorliegenden Anträge zur Beratung. Ein Antrag, der sich auf die Herstellungskosten der Bautischlerarbeit innerhalb und außerhalb Groß-Berlins bezieht, wurde dem Gauborstand zur Berücksichtigung überwiesen. Angenommen wurde ein Antrag, wonach der Gauborstand dahin wirken soll, daß Beitrag und Unterhaltungsätze auch in den Jahrestellen, die im Vorwärtsverlebe vom Alexanderplatz dem 30 Pf.-Tarif unterliegen, einheitlich wie in Berlin geregelt werden; ferner ein Antrag, wonach die Gauborstandstage nicht immer in Berlin, sondern abwechselnd in anderen günstig liegenden Orten stattfinden sollen.

Es folgte die Beratung von Anträgen zum Verbandstag. Ein Antrag, der die Einführung von Staffelleistungen zum Ziele hatte, wurde abgelehnt, nach rege Debatte. Gutgeheißen wurde ein Antrag, wonach beim Ableben lebiger Mitglieder den Angehörigen, deren Fürsorge sie übernommen hatten, dieselbe Unterstützung zu teil werden soll, wie beim Ableben verheirateter Mitglieder. Ein Antrag, der bessere Durchsicht der Kölner Gewerkschaftsangelegenheiten über Grenzstreitigkeiten bezweckt, wurde einstimmig gutgeheißen. Außerdem wurden noch verschiedene Anträge erledigt, die geringfügige Änderungen oder Ergänzungen des Statuts bezwecken. Sodann wurde unter anderem einstimmig ein Antrag gutgeheißen, alle Jahrestellen zur Bildung von Jugendkommissionen zu verpflichten. Ebenso fand ein Antrag, der Verbandsvorstand möge zu statistischen Zwecken die Ursachen der Krankheits- und Todesfälle feststellen, die Zustimmung der Konferenz.

Nachdem man noch einige allgemeine Verbandsangelegenheiten erledigt hatte, wurde die Konferenz gegen 6 Uhr mit Dankrufen auf die Organisation geschlossen.

Aus Industrie und Handel.

Konjunktur im Bergbau.

Auf der gestrigen Generalversammlung der Sächsischen Bergwerksaktiengesellschaft gab der Generaldirektor Geheimrat Kommerzienrat Kirdorf u. a. bekannt, daß für den Monat Januar und Februar des laufenden Geschäftsjahres die Ueberschüsse im Vergleich zum Vorjahre um 1 1/2 Millionen höher sein werden. Trotz der hohen Ueberschüsse, die in den übrigen Gattungen und reinen Beinen entsprechend anstehen, hat man die Forderungen der Bergarbeiter abgelehnt. Katholisch nur, weil die Unternehmer bei Bewilligung dem sicheren Ruin verfallen würden.

Die Wirkungen des englischen Bergarbeiterstreiks.

Nach dem Bericht einer englischen Kohlenhändlerzeitschrift verliert infolge des Streiks zurzeit nur selten ein Kohlenhändler einen englischen Kohlenhofen. Während der direkte Kohlenexport Großbritannien in dem kurzen Monat Februar über 5 1/2 Millionen Tons umfaßte, ist jetzt ein Minusexport auf fast 1 1/2 Millionen Tons wachsend zu verzeichnen.

Im Newcastle-Distrikt ist der Kohlenmarkt geschäftslos. Die Zahl der ankommenden und abgehenden Schiffe beschränkt sich andauernd auf das geringste Maß; hauptsächlich handelt es sich hierbei um regelmäßige Dampferlinien nach oder von London und dem Kontinent. In Norfolk steht das Kohlengeschäft in gleicher Weise wie anderwärts still und die Förderung ist bis auf eine verschwindend geringe Menge zurückgegangen. Die Gruben, welche noch über Vorräte verfügen, geben diese nach und nach zur Erledigung vorliegender Aufträge ab. Die Preise sind sämtlich hoch. Auch auf dem Waller Markt kommen jetzt nur die Kohlenmengen zum Angebot, die aus

der Zeit vor dem Streik übrig geblieben sind. Ein großer Teil von Kohlenorten kann überhaupt nicht gehandelt werden; Preisnotierungen liegen für sie nicht vor. Nur aus Cardiff wird gemeldet, daß die Preise von 10-17 Schilling auf 40-42 Schilling und für geringwertigere Kohlen von 10 Schilling auf 25 Schilling gestiegen sind.

England und die Brüsseler Konvention.

Die „Deutsche Tageszeitung“ sieht darin, daß England die Brüsseler Juckerkonvention nicht unterzeichnet hat, einen Grund, überhaupt die Konvention zu verwerfen. Nun hat aber England sein Einverständnis mit den neuen Bestimmungen erklärt. Auch der letzten Konvention gehörte England nicht unmittelbar an; es war nur durch ein Spezialabkommen an die Konvention gebunden und von Strafzöllen auf Räumungsbefreiung. Am meisten interessiert an der Konvention sind die Jucker produzierenden und exportierenden Länder Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich und Rußland. Die Kontingentierung des russischen Exports sichert den westeuropäischen Staaten die Konkurrenz auf dem englischen Markt, und der durch die Konvention geschaffene (gewöhnliche) Zoll hindert die Einfuhr russischer Jucker nach Deutschland, Oesterreich und Frankreich. Die geringe Bevorzugung Rußlands durch England, das russischen Prämienzucker strafzollfrei einführen läßt, hat bisher der Entwicklung der westeuropäischen Juckerindustrie nicht geschadet. Sie wird das auch nicht in Zukunft tun. Jedenfalls: aus dem von der „Tageszeitung“ genannten Grunde die vor der Konvention bestehende Anarchie auf dem Juckermarkt wieder eintreten und den Juckerpreis auf Kosten der Konsumenten hochschnellen zu lassen, ist ein Vorschlag, den nur das nackte Interesse agrarischer Deutopolitik diktiert kann.

Aus der Frauenbewegung.

Aufhebung der Gesindeordnung in Dänemark.

Der gegen Ende vorigen Jahres von der dänischen Regierung eingebrachte Gesetzentwurf, der das jetzt noch geltende Dienstengesetz von 1854 aufheben und statt dessen wirksame Schutzbestimmungen für die Dienstmädchen und Dienstleute einführen soll, wird offenbar noch manderlei Schwierigkeiten zu überwinden haben, ehe er in der einen oder anderen Form Gesetzeskraft erlangt. Merkwürdigerweise ist es auch der Dienstmädchenverband oder vielmehr dessen Leitung, und namentlich die Vorsitzende Fräulein Christensen, die gegen den Gesetzentwurf agitiert. Von dieser Seite wird allerdings dringend die Aufhebung des bestehenden Ausnahmefgesetzes für die Dienstmädchen verlangt, im übrigen jedoch erklärt, daß man eines besonderen Schutzes nicht bedürfte und darum die im Entwurf vorgesehenen Bestimmungen über die Beschaffenheit der Schlafräume, über eine bestimmte Freizeit, über Hilfe und Pflege in Krankheitsfällen usw. ablehnen müsse. Der Dienstmädchenverband setzt sich hierdurch in Widerspruch zu der Sozialdemokratie, deren sozialpolitische Forderungen in dem Regierungsentwurf zu einem guten Teil berücksichtigt wurden, handelt aber dagegen in Uebereinstimmung mit den Wünschen der Arbeitgeber der Dienstmädchen und namentlich der Damen, die natürlich von irgendwelchen Beschränkungen durch die Gesetzgebung verächtlich bleiben möchten. Diese Damen oder Hausfrauen, wie sie lieber genannt sein wollen, entfallen jetzt auch bereits eine Bewegung gegen den Gesetzentwurf, und in einer Versammlung, die sie kürzlich in Kopenhagen abhielten, versprach man sich sogar so weit, zu erklären, daß eigentlich die Hausfrauen mehr des geschlichen Schutzes bedürften als die Dienstmädchen. Auch Marie Christensen, die Dienstmädchenvorsitzende, war in der Versammlung anwesend, und ihre Rede, die sie hielt, fand großen Beifall bei den Damen. Außerdem fühlte sich auch der sonst als guter Demokrat bekannte radikale Pöferringsmann Alfred Christensen veranlaßt, das Lob der Damen zu singen und zu behaupten, daß es den Dienstmädchen wunderbar gutgehe. Im Sinne des Gesetzentwurfes sprach in dieser Versammlung nur unsere Parteigenossin Frau Andrea Brodmann, und so zeigte es sich auch hier, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die für die Interessen der Dienstmädchen, wie für die aller Ausgebeuteten, in die Schranken tritt.

Leserabende.

Rieder-Schneeweide, Dienstag, den 26. d. M., abends 8 1/2 Uhr, beim Genossen Bengsch, Brügerstr. 17.

Gerichts-Zeitung.

Agrarische Rohheiten gegen eine Frau.

Am 3. Februar berichteten wir über ein auffallend mildes Urteil des Schöffengerichts Templin gegen den auf dem Gute Wilmersdorf bei Templin als Gutsverwalter tätigen Bruder Kurt des Gutsbesizers Jffland. Das Urteil hatte auf 100 M. gelautet, wiewohl der Richter betont hatte, der Angeklagte habe ohne jede Veranlassung sich in einer Weise benommen, die vielleicht vor 200 Jahren üblich gewesen sein mag, heute aber nicht mehr am Platze ist. Unsere Erwartung, daß die Staatsanwaltschaft gegen das der Art und Höhe nach viel zu milde Urteil Berufung einlegen würde, hat uns nicht getäuscht. Aber auch der Angeklagte hatte Berufung eingelegt.

Die Berufung wurde dieser Tage vor der Strafkammer in Prenzlau verhandelt. Die Zeugenaussagen ergaben dasselbe Bild wie in erster Instanz.

Auf dem Gute war die 50 Jahre alte Frau eines Landarbeiters durch eine schwere Unterleibsoperation in ihrer Arbeitsfähigkeit schwer beeinträchtigt. Sie kam deshalb nicht mehr so oft wie sonst zur Arbeit auf dem Gutshof. An einem Tage im Sommer vorigen Jahres bejegnete die Frau auf der Landstraße dem Angeklagten. Dieser ritt sein Pferd dicht vor die Frau, so wie sie an, weshalb sie nicht öfter zur Arbeit konnte und hatte auf die Entgegnung der Frau, die Folgen der schweren Operation hinderten sie an harter Arbeit, nur die Antwort: „Faule Sau, faules Schwein, ich sch... auf eure Operation.“ Dann ließ er sein Pferd vor der Frau hoch ausfahren, hieb ihr mit der Reitpeitsche einigemal über ihren Kopf, sprang dann vom Pferde und schlug die Bedauernswerte derart mit der Faust vor die Brust, daß sie rücklings in den Graben an einen Jaunflog, wo sie liegen blieb. Der Gemeindevorsteher eines benachbarten Ortes, der eben mit seiner Tochter des Weges war, legte sich ins Mittel. Der Prügelhieb war über die Störung auf höchste entrüstet und wies den eingreifenden Ortsvorsteher mit den Worten zurück: „Das gehe ihn gar nichts an, war hier gefehle.“ Seine Verteidigung hatte der tapfere Ortsvorsteher gegen die Verhandlung in der ersten Instanz, wo er „Korweh“ geltend gemacht hatte, etwas geändert. Er habe die Hiebe mit der Reitpeitsche nicht mit Absicht geführt. Er sei nervös, und deshalb wippe die Peitsche ständig in seiner Hand. Sein Anwalt versuchte den Fall politisch gegen die Sozialdemokratie auszuspielen. Er fand es schrecklich, daß sich die Deffentlichkeit mit der Angelegenheit beschäftigt habe, wodurch Jffland in der ganzen Umgegend blamiert sei. Bemerkten möchten wir hierzu, daß unser Bericht in mehrere Zeitungen übergegangen war und daß wir ähnliche Fälle selbstverständlich im Interesse der Allgemeinheit trotz des Anwalts Entlastung veröffentlichen werden.

Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten wegen der Körperverletzung und 50 M. Geldstrafe wegen Beleidigung. Das Gericht verurteilte den agrarischen Prügler aber doch zu einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen und 50 M. Geldstrafe sowie zur Tragung der Kosten.

Die öffentliche Kritik hat also immerhin etwas Nutzen gehabt.

Kampf der Strafkammer gegen Papier.

Am die Beschlagnahme von 70 000 anarchischen Flugblättern handelte es sich in einem sogenannten objektiven Verfahren, welches gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lieber die 8. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigt. Als Interessent war der Buchdrucker Kay Müller geladen.

Am 4. Dezember v. J. erschienen in den Geschäftsräumen des M. in der Brangelstraße mehrere Kriminalbeamte, die unter Vorklage eines Beschlusses des Amtsgerichts etwa 70 000 Exemplare der Druckschrift: „Die Abschaffung des Krieges durch die Selbstbestimmung des Volkes, Fragen an die deutschen Arbeiter“ beschlagnahmten. Als Grund für die Beschlagnahme wurde angegeben, daß sich der Inhalt der Druckschrift gegen den § 110 St. G. B. verbehalte, nach welchem sich derjenige strafbar macht, der durch Verbreitung von Schriften zum Ungehorsam gegen die Gesetze auffordert. Die Aufforderung zum Ungehorsam wurde darin erblickt, daß im Falle eines Krieges zum Generalstreik, also damit zum Vertragsbruch, aufgefordert wurde. Nach bekannter Reichsgerichtspraxis ist aber eine öffentliche Aufforderung zum Kontraktbruch strafbar.

Der Verleger des Flugblattes erhob gegen den Beschlagnahmebeschluss Beschwerde, in der er folgendes ausführte: Die Beschlagnahme sei völlig zu Unrecht erfolgt, da eine „Verbreitung“ überhaupt noch nicht stattgefunden habe. Als „Verbreitung“ im Sinne des § 110 könne es nicht angesehen werden, daß sich die Polizei während der Drucklegung des Flugblattes auf ungesetzlichem Wege ein Exemplar beschafft habe. Es handle sich um einen Kriminalschußmann Franz Reimann, der, wie in der Beschlagnahmestricher behauptet wurde, im Auftrag des Kriminalkommissars Runke von der politischen Polizei während des Druckes ein Exemplar entwendet habe. — Tatsächlich wurde auch ein gegen Müller anhängig gemachtes Strafverfahren wieder eingestellt, da sich nicht feststellen ließ, daß eine Verbreitung stattgefunden habe. Dagegen wurde das sogenannte objektive Verfahren eingeleitet.

In der gestrigen Verhandlung wurde wegen Gefährdung der Staatsinteressen die Deffentlichkeit ausgeschlossen. — Das Gericht kam nach längerer Beratung zu der Einziehung der sämtlichen Flugblätter, und zwar auf Grund des § 41 St. G. B. Dieser bestimmt, daß Schriften strafbaren Inhalts, soweit sie sich im Besitze des Verfassers, Druckers, Herausgebers, Verlegers oder Buchhändlers befinden, eingezogen werden können. Nach § 42 können diese Maßnahmen, auch wenn wegen des strafbaren Inhalts eine Verurteilung einer bestimmten Person nicht möglich ist, selbständig in Anwendung gebracht werden.

Folgen mangelnder Fürsorge.

Der 17jährige Bursche Franz Niemann hat eine Reihe dreier Schwaltakte begangen, die ihn gestern unter der Anklage des wiederholten vollendeten und versuchten Raubes vor das Jugendgericht der 7. Strafkammer am Landgericht I führten. Der Angeklagte ist wegen zahlreicher Hehrtraddiebstähle schon mit einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er verübte diese Straftat im Gefängnisse zu Neutrippin. Es gelang ihm aber, von dort zu entfliehen, indem er sich bei Nacht und Nebel an einem heimlich aus Ueberresten von Strohmatten verfertigten Seil in höchst verwegener Weise aus dem Fenster seiner Zelle auf den Hof hinabließ und die Gefängnismauer überkletterte. Er begab sich dann nach Berlin und hat die Wege des Tiergartens, die Jolien-Allee, die Umgebung des Großen Sterns usw. in den Abendstunden unruhig gemacht. Er verbergte sich hinter einem Baum. Wenn eine einzelne Dame des Weges kam, hängte er plötzlich hervor und entließ der vor Schreck fast Gelähmten unter Anwendung von Gewalt die Handtasche. In einzelnen Fällen schloß er seinem Opfer noch, trat der betreffenden Dame von hinten auf den Fuß und rief ihr dann die Handtasche vom Arm. Die anzuwendende Gewalt war so groß, daß die Ueberfallene die Handtasche in der Hand behielt und der dreie Rüber mit der Handtasche davon eilen konnte. In einem Falle weichte sich die Ueberfallene energisch, indem sie mit dem Schirm auf den Angeklagten losfiel; dieser gab der Frau aber einen kräftigen Stoß, so daß sie zur Erde fiel, und bei dieser Gelegenheit vollführte der Angeklagte den Raub. Die Taschen hatten zum Teil einen nicht unbedeutenden Wertinhalt. In acht Fällen ist dem jugendlichen Verbrecher die Tat gelungen, in zwei Fällen ist es beim Versuch geblieben.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten, der in dieser Weise die öffentliche Sicherheit arg gefährdet hat, zu 2 Jahren Gefängnis. Rechtzeitige, richtige Fürsorgeerziehung hätten den jungen Menschen wohl vor seinen Taten bewahrt. Aber die heutige Wert der Fürsorgeerziehung zieht ebenso wie das Gefängnisleben jugendlicher das Verbrechertum in vielen Fällen groß. Wer lokale für das verminderte Kind?

Versammlungen.

Die Berliner Metallarbeiter im Jahre 1911.

In der am Sonntag abgehaltenen Generalversammlung der Verwaltungskasse Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes erstattete Loren den Jahresbericht für 1911. Er verwies auf die immer wirksamer werdenden Aufgaben der Organisation und betonte, daß trotzdem der Kampf um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Vordergrund steht und alles andere nur Mittel zu diesem Zwecke ist. Im Berichtsjahre wurden 8 Lohnbewegungen für ganze Branchen und Spezialgruppen geführt. Von diesen Lohnbewegungen hatten 6 mit 8341 Beteiligten die Arbeitsniederlegung zur Folge, während 2 Lohnbewegungen mit 1567 Beteiligten ohne Arbeitsniederlegung zum Abschluß kamen. Außerdem wurden bei einzelnen Firmen 47 Angriffstreiks mit 1515 Beteiligten und 59 Abwehrstreiks mit 3117 Beteiligten geführt. — Ferner waren an 5 Ausparierungen 22 000 Personen, darunter 15 340 Mitglieder, beteiligt. Insgesamt hatte der Verband im abgelaufenen Jahre 21 313 Mitglieder im Kampf. Ein so hoher Prozentsatz der an Kämpfen beteiligten Mitglieder ist in früheren Jahren noch nicht dagewesen. Immer größerer werden die Bewegungen, wo ohne Arbeitsniederlegung im Verhandlungswege Verbesserungen erzielt werden. Bewegungen dieser Art fanden, außer den bereits angeführten, 191 in ebenso vielen Betrieben, und zwar meist angriffsweise statt. An den Lohnbewegungen und Differenzen ohne Arbeitsniederlegung waren 13 784 Mitglieder beteiligt. Es sind also im ganzen 45 097 Mitglieder an den Bewegungen beteiligt gewesen. Eine so hohe Zahl ist noch in keinem Jahre erreicht worden. — Was die Mitgliederbewegung betrifft, so ist zu sagen, daß eine Steigerung der Mitgliederzahl nicht ohne weiteres für eine erhöhte Tätigkeit der Organisation spricht und als Ergebnis einer gefundenen Entwicklung zu betrachten ist. Aber mit der Zunahme von etwa 8000 Mitgliedern, die der Verband im vergangenen Jahre erfahren hat, können wir uns wohl leben lassen. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresschluß 88 272. Die Statistik des Jahres 1910 er gibt für Groß-Berlin 186 713 in der Metallindustrie Beschäftigte. Davon sind aber 47 768 weibliche und 9700 jugendliche Arbeiter. In der Zahl der männlichen Arbeiter sind auch Arbeiter anderer Berufs, die in Betrieben der Metallindustrie beschäftigt sind, inbegriffen, außerdem die Werkführer, Meister und andere, die nicht als organisationsfähig angesehen werden können. Unter Berücksichtigung dieser Umstände kann sich der Verband mit seiner Mitgliederzahl wohl leben lassen. Der Verband hat sich seit Jahren um die Organisation der Arbeiterinnen lebhaft bemüht. Doch die Zahl der unorganisierten Arbeiterinnen ist noch sehr groß. (Nach dem gedruckten Bericht hat der Verband 7848 weibliche Mitglieder.) Hier

liegt noch ein weites Feld brach. Es ist zwar schwer zu bearbeiten, aber wir dürfen in dieser Arbeit nicht erlahmen.

In der Kaiserfeier des vergangenen Jahres haben sich 6112 Kollegen in 172 Betrieben durch Arbeitsruhe beteiligt. Es ist aber hierzu zu bemerken, daß verschiedene Betriebe gefeiert haben, wovon der Ortsverband nichts gemeldet worden ist. In Wirklichkeit war also die Zahl der Feiern größer wie die angegebenen. Ausgespart wurden 501 Arbeiter in 16 Betrieben. Die Aussperrung war nach wenigen Tagen erledigt und hat keine nennenswerten Nachwirkungen gehabt.

Auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises ist eine Steigerung zu verzeichnen. 9406 Stellen sind vermittelt worden. Eine erfreuliche Entwicklung hat der paritätische Arbeitsnachweis in der Rückerstraße erfahren. Solange er sich in den Händen der Schlosserinnung befand, wurden nur 520 bis 630 Stellen im Jahre vermittelt. Der paritätische Arbeitsnachweis hat aber im vergangenen Jahre 3459 Stellen besetzt.

Die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung haben sich gegen das Vorjahr vermindert. Die Steigerung entspricht nicht ganz der Steigerung der Mitgliederzahl. Daraus ist zu schließen, daß sich die Konjunktur seit 1910 gebessert hat. — Der Redner warf zum Schluß einen Blick auf die allgemeine Situation, namentlich auf die gegen die Arbeiterbewegung gerichteten Bestrebungen. Wenn die Unternehmer die gelben Vereine großzügig und dafür viel Geld aufwenden, so ist das kein Grund zur Beunruhigung für uns, denn es beweist, daß alle früheren Kampfsmittel der Unternehmer, schwarze Listen, Maßregelungen usw., nicht vermocht haben, den Metallarbeiterverband niederzuringeln, und daß sie es nun mit der neuen Waffe der gelben Vereine versuchen, die aber auch nicht den beabsichtigten Erfolg haben wird.

Dem gedruckten Massenbericht entnehmen wir folgende Angaben. Für Unterhaltungswochen wurden ausbezahlt an Streikende 1294 174 M., Gemahrgeld 77 732 M., Arbeitslose 579 826 M., Reisende 24 748 M., Kranke 514 117 M., für Hochschüler 28 489 M., sonstige Unterhaltungen 41 520 M.

An den Bericht schloß sich eine ausgedehnte Diskussion, die sich gumeist auf Angaben über die einzelnen Lohnbewegungen er-

streckte. Einige Redner übten aus Anlaß des Formestreiks eine scharfe Kritik an der Ortsverwaltung. Sie mochten ihr den Vorwurf, sie habe eine engbergige, kurzfristige Taktik eingeschlagen. Die Aussperrung von 60 Prozent der Arbeiter hätte damit beantwortet werden müssen, daß auch die übrigen 40 Prozent aus den Betrieben gezogen worden wären. Es sei ganz falsch, wenn die Ortsverwaltung den Abschluß des Streiks als einen Erfolg hinstelle. Von einem Erfolge könne gar keine Rede sein. Ein Redner kam auf eine Differenz zu sprechen, die bei Bergmann in Rosenfeld bestand. Dort feierten die Dreher mit Erlaubnis der Direktion und hatten die Absicht, zugunsten eines gemäßigten Vertrauensmannes den Streik zu proklamieren, aber sie bekamen nicht die Zustimmung der Ortsverwaltung. Als der Redner deswegen mit Cohen sprach, habe dieser geäußert: „Wenn Ihr nicht morgen wieder zur Arbeit geht, werde ich Euren Ausschluß aus dem Verband beantragen“. Der Redner sagte, als er nach dieser Besprechung zurückgekommen sei nach der Fabrik, da habe der Direktor bereits gewußt, daß die Dreher nicht die Zustimmung der Ortsverwaltung bekommen würden.

In seinem Schlusswort sagte Cohen zu dieser Angelegenheit: In dem genannten Betriebe bestehe eine tarifliche Vereinbarung, die namentlich für die ungelerten und angelernten Arbeiter und Arbeiterinnen von Nutzen sei. Die Direktion stehe auf dem Standpunkt, sie habe kein Interesse an einer Vereinbarung für diese Arbeiter und Arbeiterinnen, für die sie jeden Tag Gehalt bekommen würde, wenn sie durch die nicht leistende Dreher fortgesetzt beunruhigt würden. Der wilde Streik der Dreher würde die Interessen der viel zahlreicheren Angelernten und Angelernten schwer geschädigt haben. Mit Rücksicht darauf habe er, Cohen, den Dreher, die ein Recht auf wilde Streiks zu haben glaubten, einen Ausschlussantrag in Aussicht gestellt. Die Direktion habe durch ihn, Cohen, in keiner Weise etwas von der Haltung der Ortsverwaltung erfahren. — Zu den Angriffen wegen des Formestreiks sagte Cohen, die Herausziehung der übrigen 40 Prozent nach der Aussperrung würde in diesem Falle eine große Dummheit gewesen sein. Die Taktik könne nicht nach einer bestimmten Schablone gehandhabt werden. Aus naheliegenden Gründen sei es nicht an-

gebracht, über tatsächliche Maßnahmen öffentlich zu verhandeln. Wer einen Kampf zu leiten hat, der müsse volle Bewegungsfreiheit haben, um diejenigen tatsächlichen Maßnahmen durchzuführen, die der Augenblick erfordere. Von diesem Gesichtspunkt werde er, Cohen, sich stets leiten lassen, falls er wiedergewählt werden sollte. Auch die Ortsverwaltung stehe auf diesem Standpunkt. Ein großer Fortschritt gegen 1904 sei der Abschluß der Formerbewegung unter allen Umständen. Die größte Bedeutung dieses Kampfes liege auf moralischem Gebiet. Anfangs wollten die Unternehmer erst verhandeln, nachdem die Streikenden die Arbeit wieder aufgenommen hätten. Die Streikleitung habe darauf bestanden, daß erst verhandelt werde. Die Unternehmer seien schließlich auf diese Bedingung der Streikenden eingegangen, sie seien also in diesem Kampfe nicht die Stärkeren gewesen, sondern die Arbeiter. Das sei ein moralischer Erfolg, der nicht unterschätzt werden dürfe. Die Organisation der Arbeiter habe einen vollen Erfolg davongetragen. Darüber gebe es keinen Streit zwischen allen, die von der Organisation etwas verstehen. Der Artikel, den der „Vorwärts“ nach Abschluß der Formerbewegung brachte unter der Überschrift „Und sie verhandeln doch!“ sei in Versammlungen viel angegriffen worden. Der Artikel sei eine Redaktionsarbeit. Er, Cohen, würde ihn aus tatsächlichen Gründen nicht gebilligt haben, aber das müsse er sagen: Der Inhalt des Artikels treffe das Richtige, er entspreche den Tatsachen.

Nach einer längeren Reihe persönlicher Bemerkungen wurden die übrigen Punkte der Tagesordnung wegen der vorgerückten Zeit vertagt.

Marktbericht von Berlin am 23. März 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Reinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 24,00—26,00. Speldeböhen, weiße, 35,00—36,00. Weizen 40,00—42,00. Hartweizen (Meinbl.) 5,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Rente 1,50—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,50. Schweinefleisch 1,30—1,50. Kalbfleisch 1,40—2,00. Hammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 3,40—5,00. 1 Kilogramm Haseln 1,10—2,40. Nüsse 1,80—3,20. Sander 1,60—3,00. Röhre 1,40—2,60. Kartoffel 1,00—2,00. Schiele 1,00—3,20. Weiz 0,80—1,40. 60 Stück Röhre 4,00—30,00.

Unserem Lieben Kollegen **Friedrich Biernat** und seiner lieben Frau bezüchlichen Glückwünsche zur **Silberhochzeit**. Die Kollegen der Firma Leider, Wolfensee.

Genossen **Friedrich Biernat u. Frau** ein donnerndes Hoch zur **Silbernen Hochzeit**. Die Genossen des 7. Bezirks, Weihenice.

Stiel Glück zur **Silbernen Hochzeit** des Ehepaares **Albert Fehlow** und seiner lieben Frau Auguste wünsch. Einige Freunde.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den **4. Berl. Reichstags-Wahlkreis**. (Röpenicker Viertel). Bezirk 150. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Geschwizt **Wilhelm Stagen** (Wahlbez. 43) gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. März, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus auf dem Ginnpauer Kirchhof, Neuland, Hermannstraße, um 4 1/2 Uhr statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Bauarbeiter-Verband Zweigverein Berlin. Am 22. März verstarb unser Mitglied, der Bauarbeiter **Karl Loreck** (Bezirk Süden). **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Dienstag, den 26. März, nachm. 3 Uhr, von der Halle der Heilig-Kreuz-Gemeinde in Warendorf, Wendenstraße, aus statt. 138/4 **Der Vorstand.**

Deutscher Arbeiter-Verband Am 22. März starb unser Mitglied, der Arbeiter **Karl Loreck** (Bezirk Süden). **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Dienstag, den 26. März, nachm. 3 Uhr, von der Halle der Heilig-Kreuz-Gemeinde in Warendorf, Wendenstraße, aus statt. 138/4 **Der Vorstand.**

Deutscher Bauarbeiter-Verband Am 22. März verstarb unser Mitglied, der Bauarbeiter **Karl Loreck** (Bezirk Süden). **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Dienstag, den 26. März, nachm. 3 Uhr, von der Halle der Heilig-Kreuz-Gemeinde in Warendorf, Wendenstraße, aus statt. 138/4 **Der Vorstand.**

Deutscher Arbeiter-Verband Am 22. März starb unser Mitglied, der Arbeiter **Karl Loreck** (Bezirk Süden). **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Dienstag, den 26. März, nachm. 3 Uhr, von der Halle der Heilig-Kreuz-Gemeinde in Warendorf, Wendenstraße, aus statt. 138/4 **Der Vorstand.**

Todesanzeige. Am Freitag, den 22. März, starb im 91. Lebensjahre unser lieber Sohn und Bruder **Artur Krause**. Die Beerdigung findet Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in der Köpenicker Straße, aus statt. Weihenice, den 25. März 1912. **Die trauernden Eltern und Schweltern.**

Danksagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzgebenden bei der Beerdigung meines lieben Sohnes **Reinhold Jacob** sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie der Firma Louis Schulz und Arbeitskollegen, dem Transportarbeiter-Verband meinen innigsten Dank. 824b **Witwe Jacob**

Verband der Hut- u. Filzwaren-Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Wilhelm Gröschke** (Betrieb Silbermann) verstorben ist. **Er ruhe sanft!** Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 26. März, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Städtischen Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Verband der Sattler und Portefeullier, Ortsverwaltung Berlin. Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege, der Sattlermacher **Max Jorzig** verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Simon-Strahlfeldes, Tempelhofer Weg, aus statt. **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Wilhelm Stolp** (Hilfstr. 22) im Alter von 66 Jahren gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 27. März, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Heilig-Kreuz-Strahlfeldes in Mariendorf, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter. Filiale Groß-Berlin. Durch den Tod ist unser Kollege **Artur Krause** (36. Reiterinspektion) entfallen worden. Wir werden ihn ein ehrendes Andenken bewahren. Die Bestattung findet am Dienstag, den 26. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Weihenice, Köpenicker Straße, aus statt. 93/17 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Hut- u. Filzwaren-Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Wilhelm Gröschke** (Betrieb Silbermann) verstorben ist. **Er ruhe sanft!** Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 26. März, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Städtischen Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Verband der Sattler und Portefeullier, Ortsverwaltung Berlin. Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege, der Sattlermacher **Max Jorzig** verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Simon-Strahlfeldes, Tempelhofer Weg, aus statt. **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Wilhelm Stolp** (Hilfstr. 22) im Alter von 66 Jahren gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 27. März, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Heilig-Kreuz-Strahlfeldes in Mariendorf, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter. Filiale Groß-Berlin. Durch den Tod ist unser Kollege **Artur Krause** (36. Reiterinspektion) entfallen worden. Wir werden ihn ein ehrendes Andenken bewahren. Die Bestattung findet am Dienstag, den 26. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Weihenice, Köpenicker Straße, aus statt. 93/17 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Hut- u. Filzwaren-Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Wilhelm Gröschke** (Betrieb Silbermann) verstorben ist. **Er ruhe sanft!** Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 26. März, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Städtischen Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Verband der Sattler und Portefeullier, Ortsverwaltung Berlin. Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege, der Sattlermacher **Max Jorzig** verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Simon-Strahlfeldes, Tempelhofer Weg, aus statt. **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Wilhelm Stolp** (Hilfstr. 22) im Alter von 66 Jahren gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 27. März, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Heilig-Kreuz-Strahlfeldes in Mariendorf, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter. Filiale Groß-Berlin. Durch den Tod ist unser Kollege **Artur Krause** (36. Reiterinspektion) entfallen worden. Wir werden ihn ein ehrendes Andenken bewahren. Die Bestattung findet am Dienstag, den 26. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Weihenice, Köpenicker Straße, aus statt. 93/17 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Hut- u. Filzwaren-Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Wilhelm Gröschke** (Betrieb Silbermann) verstorben ist. **Er ruhe sanft!** Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 26. März, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Städtischen Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Verband der Sattler und Portefeullier, Ortsverwaltung Berlin. Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege, der Sattlermacher **Max Jorzig** verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Simon-Strahlfeldes, Tempelhofer Weg, aus statt. **Die Ortsverwaltung.**

Verein Kolonie zur Erholung. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Albert Schütz** am 23. März verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Städtischen Friedhofes in Friedrichshagen, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. **Nachruf.** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metzger **Alex Raschke** am 22. d. Mts. an Herzlähmung gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** 114/12 **Die Ortsverwaltung.**

Am 23. d. Mts. starb meine liebe Frau und unsere gute Mutter **Minna Meyer geb. Riestel** (Hilfstr. 5). Dies zeigen allen Freunden, Bekannten und Verwandten Hebebrüder an. 618b **Emil Meyer nebst Kindern und Geschwistern.** Beerdigung: Heute, Dienstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle der Galtzha-Gemeinde, Barfußstraße, aus.

Hierdurch die traurige Mitteilung, daß unsere liebe Tochter **Frieda Scholz** im Alter von 22 Jahren verstorben ist. **Die trauernden Eltern und Geschwister** Charlottenburg, Köpenickerstr. 12. **Felix Bernth als Beauftragter.** Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Dortheenstädtischen Friedhofes, Weihenicker, Eichenwegstr. 1-2, aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Schwester und Tante **Auguste Langer** geb. Schöneberg, am Sonntag plötzlich an Herzschlag verstorben ist. Dies zeigen Hebebrüder an **Die trauernden Hinterbliebenen** Die Beerdigung findet am Mittwoch 4 Uhr von der Leichenhalle des neuen Jakob-Kirchhofes aus statt.

Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, des Sattlers **Georg Rohr** sagen wir insbesondere der Direktion sowie den Kollegen, dem Vorstand der Bakenhofer Brauerei, dem Verband der Sattler, den Wahlvereins-Mitgliedern, dem Kaufhaus Döllig I und allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank. **Frau Anna Rohr** und Kinder.

Am Sonnabend, den 23. d. Mts., verstarb nach schwerem kurzen Leiden meine liebe Frau **Hedwig Telschow**. Im stillen Beileid bitten **Emil Telschow** nebst Angehörige. Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Ginnpauer-Kirchhofes, Köpenick, aus statt.

Danksagung. Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters und Großvaters **Hermann Zühlke** sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Wahlverein und Kameraden Wilhelmshagen sowie dem Metallarbeiter-Verband und der Krankenkasse, auch der Firma Eichel & Bachmann und den daran teilgenommenen Kollegen unseren besten Dank. 24312 **Laise Zühlke nebst Kindern.**

Danksagung. Sage hiermit allen Teilnehmern an der Beerdigung meines lieben Vaters 29332 **Karl Moewes** unseren innigsten Dank. **Witwe Moewes nebst Kindern.**

Größtes Spezial-Geschäft sämtlicher **Gastwirts-Artikel.** **L. Katz & Co.,** Spandauerstr. 45, am Molkenmarkt. Filialen: Rixdorf, Bergstr. 65, am Bahnhof. Brandenburg a. N., Hauptstr. 59-60.

Möbel-Cohn 58 Gr. Frankfurter Str. 58 unweit der Kaiserstraße. **Möbel auf Kredit** Riesen-Auswahl Anzahlungen auf Stube und Küche: Mark 15 bis 25 30 bis 45 50 bis 70 75 bis 100 Moderne Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an. Einzelne Möbelstücke Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Liefere auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich, resp. nach Uebereinkunft. Vorzeiger dies. Inserat erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben. Sonntags 12 bis 2 Uhr geöffnet.

Bilanz per 31. Dezember 1911 der **Gesellschaft für Möbel und Innen-Architektur.** Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. **Aktiva.** Kassa-Konto 30,24 Wechsel-Konto 3 007,— Baren-Konto 15 421,— Konto-Korrent-Konto 10 411,50 Verrechnung-Konto 600,— Mitglieden-Konto 225,— Rücklagen-Konto 3 650,— Gewinn- u. Verlust-Konto 138,18 **W. 42 500,96**

Passiva. Ueberschuss-Konto 293,55 Darlehen-Konto 38 958,23 Anteil-Konto 330,— Konto-Korrent-Konto 7 979,18 **W. 42 500,96**

Die Zahl der Genossen betrug am Schluß des Geschäftsjahres 11. Eingetretene keine, ausgetretene keine. Das Geschäftsguthaben der Genossen beträgt 330 M., die Kassa summe beträgt 330 M. 103/15 **Der Vorstand.** Karl Kniesche, Sob. Voggenreiter.

Oskar Wollburg Trauer-Magazin Berlin N., Brunnenstraße 56. Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Änderungen sofort.

Sofastoffe Riesenauswahl aller Qualitäten. Woll-, Moquette-, Plüsch-Reste! Sammettaschen. Muster bei näherer Angabe franco. **Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.**

Neuheiten In eleganten **Herren-Moden** fertig und nach Mass erhalten Sie in der modernsten **Mass - Schneider** **J. Kurzberg** Rosenthaler Straße 40 Hasenauer Markt. Frankfurter Allee 104 Ecke Friedenstraße. Reinickendorfer Str. 4 Weddingplatz. auf Wunsch Wochenrats

von **1 Mark** an

Knaben- und Jünglings-Garderobe fertig u. nach Maß am billigsten und schnellsten in der Fabrik **Koppenstr. 85, part.** 2 Minuten v. Schles. Bahnhof. **Karl Hustädt.** Herren-Garderobe nach Maß.

Buchhandlung Vorwärts SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden). Zu empfehlen ist: 246/8 **Der Kleingarten,** seine Anlage, Einteilung und Bewirtschaftung von **Max Hesdörffer.** Preis brosch. 60 Pf.

Praktisches Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Gartens, Gemüse- und Obstgärten. Von **Max Hesdörffer.** Mit 137 Textabbildungen. Preis geb. 3,50 M.

Partei-Angelegenheiten.

Vierter Wahlkreis. Sechs öffentliche Versammlungen finden heute abend 8 1/2 Uhr in den Lokalen Südost, Waldemarstraße 75, Graumann, Raunynstr. 27, Comenius-Festhalle, Remeler Str. 67, Voelker, Weberstr. 17, Elthum, Landsberger Allee 40, und in der Löwenbrauerei, Frankfurter Allee 159/55, statt. Die Tagesordnung lautet in allen Versammlungen: „Was haben wir vom Reichstag zu erwarten?“ Referenten sind die Reichstagsabgeordneten: Püchler-Berlin, Haupt-Magdeburg, Henke-Bremen, Güttnann-Frankfurt a. M., Schmidt-Meißen, Jubelt-Bremen. Der Vorstand.

Königlicher Kreis, Abteilung Ia. Am Dienstag, den 26. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr: Abteilungsversammlung in den „Unionshäusern“, Greifswalderstr. 21/23. Da eine wichtige Tagesordnung, werden die Genossen gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. Die Abteilungsleitung. Neukölln. Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei Partisch, Hermannstraße 49, die Generalversammlung des Wahlkreises statt. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassensbericht. 2. Aufstellung der Kandidaten zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. 3. Anträge - Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Friedenau. Die am Dienstag, den 19. März, ausgefallene Wahlvereinsversammlung findet heute Dienstag, den 26. März, abends 8 Uhr, bei Medelle, Gaudystraße 60/61, statt. Der Vorstand.

Schmargendorf. Dienstag, den 26. März, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Partisch, Wilmersdorfer Straße. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Pankow. Mittwoch, den 27. März, abends 8 1/2 Uhr, bei S. Schulz, Nollnerstraße: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. „Demokratie in der Arbeiterbewegung.“ Referent: Genosse Dr. S. Rosenfeld. 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung und Groß-Berlin. 3. Reiseleiter. 4. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Steglitz-Friedenau. Der Bildungsausschuss plant für die kommenden Monate folgende Veranstaltungen: Am Sonntag, den 21. April, abends 7 Uhr, Besuch der Trepptor Sternwarte. Am Donnerstag, den 16. Mai (Himmelfahrt), und am Sonntag, den 14. Juli, und 15. September Familienausflüge. Der Bildungsausschuss ersucht die Genossen und Genossinnen, sich die vorgelegenen Veranstaltungen zu notieren. Ferner bittet er die Vereinsvorstände, bei der Festsetzung ihrer Veranstaltungen auf die genannten Tage Rücksicht zu nehmen.

Marienthal. Mittwoch, den 27. März, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Lokal von Schuster, Kirchstraße. Tagesordnung: 1. Vortrag des Schriftstellers Genossen Ludwig Hempelburg über: „Bürgerliche und sozialistische Bildungsbestrebungen.“ 2. Diskussion. 3. Parteiangelegenheiten. 4. Verschiedenes. - Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Grünau. Heute, Dienstagabend 8 Uhr: Wichtige Flugblattverbreitung. Donnerstag: Rubrikverteilung. Der Vorstand.

Reinickendorf-Dr. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, hält Herr Morgenstern im „Schillinghaus“, Reichenstr. 1-2, in dem vom Bildungsausschuss veranstalteten Vortragsabend einen Experimentalvortrag über „Die Schätze der Luft“. Vorträge hierzu sind bei den Bezirksleitern zu haben. Wir ersuchen die Genossen und Genossinnen, auch diese Veranstaltung durch guten Besuch zu unterstützen. Die Bezirksleitung.

Bezirk Waidmannslust. Alle Genossen, welche frei sind und solche, die sich frei machen können, werden dringend ersucht, sich am Mittwoch, den 27. März, nachmittags von 4 Uhr ab, in Hoheneisdorf (Station Stolpe), bei Stöhr, Nubelandsstraße, zu einer dringenden Parteiarbeit einzufinden. Auslagen werden vergütet. Die Bezirksleitung.

Köpenick. Am Mittwoch, den 27. März, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Kaiserhof“, Grünstraße, die Wahlvereinsversammlung statt. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Bergfeld. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Aus der Gewerbe-Deputation.

Der Oberpräsident hat an die Gewerbe-Deputation die Anfrage gerichtet, ob es sich empfehle, die Verkaufsstunden von 2-6 Uhr nachmittags an den Sonntagen vor den hohen Festen wieder aufzuheben. Diese Verkaufsstunden waren bekanntlich vor Weihnachten vorigen Jahres auf das Verlangen des Detailistenverbandes der Bekleidungsindustrie und verwandter Branchen trotz des lebhaften Protestes der organisierten Handlungsgesellschaften festgesetzt worden. In der letzten Sitzung der Gewerbe-Deputation wurde über diesen Gegenstand verhandelt. Anstatt, wie es sicherlich richtig gewesen wäre, dem Oberpräsidenten in zustimmendem Sinne zu antworten, beschloß sie eine Halbheit, nämlich die Berliner Handelskammer und den Berliner Detailistenverein zur Keuzierung aufzufordern. Man darf sich wohl vorher klar sein, was dabei herauskommen wird, wenn diese Gutachten ohne Anhörung einer Vertretung der Handlungsgesellschaften zustande kommen. Eine von unserer Seite gemachte Anregung, auch die Gewerkschaften zu befragen, wurde abgetan mit der Bemerkung, es wäre allgemein bekannt, daß die Handlungsgesellschaften gegen die Festsetzung dieser Verkaufsstunden seien, es bedürfte daher keiner Befragung.

In dieser Sitzung wurde auch über das Verhalten einzelner Innungen zu ihrer Aufsichtsbehörde, der Gewerbe-Deputation, von dem betreffenden Referenten bewegliche Klage geführt. Aus seiner Rede lang heraus, daß man wirklich schon alles tue, um die Innungen zufriedenzustellen, und es lang beinahe wie eine Entschuldigung, daß man nicht mehr tun könne.

Ganz besonders rabiat benahmen sich, nach den Bekundungen des Magistratsvertreters, die neugegründete Bildhauer- und Stukkateurinnung, die Feilenhauer- und die Schlosserinnung.

Charakteristisch für den Heulischen, reaktionären Geist, der im Vorstande der Bildhauer- und Stukkateurinnung herrscht, ist die Tatsache, daß dem Gesellenauschuss dieser Innung vom Vorstande kein Statut eingehändigt wurde. Der Gesellenauschuss führte Beschwerde bei der Gewerbe-Deputation. Die Deputation gab dem Gesellenauschuss recht, damit hätte dieser aber immer noch kein Statut. Der Vorstand führte wiederum Beschwerde über den Entschluß der Gewerbe-Deputation bei dem Oberpräsidenten und so verging Monat um Monat. Auch der Oberpräsident versagte, daß der Gesellenauschuss ein Statut zu verlangen habe. Den neugegründeten Innungsmeistern, die sich sonst über die „Unbotmäßigkeit“ der Arbeiter nicht genug empören können, paßte dieser Beschluß nicht in den Kram, sie gaben dem Gesellenauschuss noch immer kein Statut. Auf erneut erhobene Beschwerde des Gesellenauschusses nun endlich in den Besitz eines Statuts zu kommen, trat der Deputat mit dem Innungsvorstand erneut in Verbindung und erhielt darauf vom Schriftführer der Bildhauer- und Stukkateurinnung ein so charakteristisches Schreiben, daß sich die Deputation mit der Frage beschäftigte, gegen diesen „Schriftführer“ eventuell Strafverfolgung zu stellen. Von unserer Seite wurde dann auch darauf hingewiesen, daß die Bildhauer- und Stukkateurinnung sich mehr als Kampforganisation gegen die Gehilfen fähig als ihre gesetzliche Verpflichtungen zu erfüllen und ein „gebilligtes Verhältnis“ zwischen Meistern und Gehilfen herzustellen. Die Feilenhauerinnung ist trotz wiederholter Aufforderung bisher nicht zu bewegen

gewesen, dem Beschluß der Deputation nachzukommen, ein lassentechisches Gutachten über die finanzielle Lage ihrer Unternehmungskasse einzureichen. Die Schlosserinnung verzögert durch ihr Verhalten gegenüber der Gewerbe-Deputation, daß eine Bewerbe des Gesellenauschusses dieser Innung, die seit Oktober v. J. wegen des von der Innung eingerichteten Arbeitsnachweises schwebt, heute noch unerledigt ist. Diese geradezu skandalösen Zustände auf dem Gebiete des Innungswesens in der Metropole des Reichs lassen einen Schluß zu, wie jammervoll es erst draußen im Lande mit den Rechten der Gesellenanschlüsse bestellt ist muß.

Zur Einführung von generellen Bestimmungen für die Gewerbe-Deputation über ihr zukünftiges Verhalten bei Meister- und Innungsjubiläen wurde zur Vorbereitung eine Kommission eingesetzt.

Ueber einen Antrag des Detailistenverbandes der Bekleidungsindustrie und verwandter Branchen, darauf hinzuwirken, daß Fabriken, industrielle Unternehmungen, Banken, Engrosbetriebe und dergl. Bureau's und Kontore am Sonnabend schon um 2 Uhr nachmittags geschlossen werden, wurde zur Tagesordnung übergegangen. Die Antragsteller behaupteten zur Begründung dieses Antrages, die jüngst neu erregelte Sonntagseruhe habe den Detailgeschäften Schaden gebracht und die Warenhäuser begünstigt. Die Gewerbe-Deputation war der Ansicht, daß zurzeit zu einer so tief einschneidenden Maßregel kein Grund vorliege. Um den berechtigten Beschwerden nach Möglichkeit abzuhelfen, soll die Handwerkskammer ersucht werden, ihrerseits dahin zu wirken, daß die Geschäftsinhaber an die Arbeiter die Löhne freitags auszahlen lassen, wie dies jetzt in den Betrieben der Fall sei. Ein bürgerliches Mitglied der Deputation glaubte auch dagegen sein zu müssen, „weil die Arbeiter dann schon freitags ihren Lohn verteilen und am Sonnabend nicht zur Arbeit kommen würden“. Unsere Genossen widersprachen dem ganz entschieden. Die Beschlußfassung über den Antrag des Vorstandes der Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Innung, den für das Grundstück Chymstraße 2 anzuschaffenden Sicherheitsfonds, der zurzeit nicht die vorgeschriebene Höhe hat, zu genehmigen, wurde auf sechs Monate vertagt. Durch spätere bauliche Veränderungen ist die Bausumme um 18 000 M. überschritten worden und soll diese erst abgetragen werden. Der Sicherheitsfonds soll 10 000 M. aufweisen, in Wirklichkeit sind nur 6100 M. vorhanden.

Obenju zurückgestellt wurde ein Antrag der Handwerkskammer Berlin, ihr zu den bisherigen Mehrausgaben für Meisterkurse 5000 M. zu bewilligen. Auf die Angelegenheit soll vor Einbringung des nächstjährigen Etats zurückgekommen werden.

Jugendweife.

Zu einer schönen Feier hatte auch diesmal die Freireligiöse Gemeinde die schulentlassene Jugend ihrer Mitglieder geladen. Mehr als 80 waren es, Knaben und Mädchen, die dem Rufe Folge geleistet und feierlich geschmückt, mit leuchtenden Augen und feierlichem Ernst sich im großen, der Bedeutung des Tages entsprechend hergerichteten Saale des „Hofjägers“, Hasenheide, eingefunden hatten.

Weißhölle Stimmung lag über den Anwesenden, als die große Orgel erregend schön die Feier einleitete. Nachdem Weiskobens herrliche Musikverklingen war, setzte der Kinderchor mit hellen, jugendfrischen Stimmen ein, leutselig und hoffnungsvoll, daß es krautwoll, wie der junge Frühlingsturm dahinzubraue.

Dann nahm Dr. Bruno Wille das Wort zu seiner Festrede, in der er sich in podenden und zündenden Worten sowohl an die Jugend selbst, als auch an die Eltern und Erwachsenen wandte.

Anschließend trugen ein Knabe und ein Mädchen recht nett ein Gedicht vor, worauf Dr. Wille mit einer kurzen Ansprache hübsch ausgestattete Bücher als Festgeschenke unter die Schulentlassenen verteilte. Wieder setzte der Kinderchor ein, wieder intonierte die Orgel eine weihnachtliche Komposition, dann war die stimmungsvolle Feier beendet. - Für die zweite Hälfte der schulentlassenen Jugend findet die Feier am nächsten Sonntag in der Brauerei „Friedrichshain“ statt.

Zum Spielplatzabend. Ganz harmlos steht es mitten im Zeitungsdickicht: „Der R. V. V. hatte durch Vermittlung des Jungdeutscherbundes beim Generalkommando das Gefuch eingereicht, auch den in Berlin angrenzenden Teil des rechtsseitigen Tempelhofer Feldes für seine Fußballspiele benutzen zu dürfen, doch ist dieses Gefuch jetzt abgelehnt worden, so daß ein großer Teil der Südbereine in kurzer Zeit keinen Spielplatz mehr haben dürfte.“ Also: nicht einmal dem Jungdeutscherbunde, einem national und patriotisch gewiß einwandfreien Verein gelingt es, das dringendste Spielplatzbedürfnis zu decken. Herr Reide aber behauptet, daß von einer Spielplatznot keine Rede sein könne.

Die Große Berliner Straßenbahn wird mit Zustimmung der städtischen Behörden ihre am Nordbahnhof endigenden Linien durch die Schivelbeiner, Driesener und Nordkapstraße verlängern.

Der frühere Stadtkämmerer von Berlin, Herr Naack, ist im Alter von 70 Jahren gestorben. Naack ging im Jahre 1905 in Pension; er war 18 Jahre Kämmerer der Stadt Berlin.

Der Steuerfiskus sucht Groß und Klein heim. Uns wird eine Veranlagung zur Einkommensteuer vorgelegt, nach der ein zehn-jähriger Schulknabe Hans Sch. zu einer Jahressteuer von 6 M. veranlagt worden ist. Wenn das so weiter geht, sind die Säuglinge in der Wiege nicht mehr sicher, dem Staate ihren Tribut zu zahlen.

Wildgänse flogen in den Abendstunden der letzten Tage außerordentlich zahlreich über das nördliche Berlin dahin. Die einzelnen Gruppen der ziemlich niedrig schwebenden Vögel streichen in der charakteristischen keilförmigen Anordnung; die aus den lang vorgestreckten Flügeln in kurzen Zwischenräumen gestohlenen Schreie waren recht deutlich wahrnehmbar. Der Anflug der Wildgänse deutet allem Volksglauben nach auf endgiltigen Abschluß des Winters. Der Frühling hat sich demnach also diesmal ziemlich faltenber-programmähig eingestellt.

Unter schwerem Verdacht wurde gestern früh der in Wilmersdorf, Berliner Straße 105, wohnhafte Bautechniker Karl Stahl verhaftet. Stahl ist verdächtig, seine ehemalige Frau, das 24-jährige Dienstmädchen Margarethe Rosenburg, erschossen zu haben.

Wir berichteten am Sonnabend über die Auffindung der Leiche des Mädchens in der Nähe des Wohnhofs Schmargendorf. Die Annahme, daß Selbstmord vorliege, schien dadurch bestätigt, daß neben der Leiche der Revolver gefunden wurde, und auch bei einem Rechtsanwalt ein Brief mit der Unterschrift des Mädchens einlief, in dem dieses Selbstmordgedanken äußerte. Die Ermittlungen der Polizei, die von Anfang an nicht recht an einen Selbstmord geglaubt hat, ergaben, daß dieser Brief gefälscht und ein Verwandter des Mädchens, der oben erwähnte Stahl, der mit der M. Beziehungen unterhielt, wahrscheinlich der Abfänger sei. Die weiteren Nachforschungen haben ergeben, daß Stahl die Rosenburg gezwungen hat, ihm ihre gesamten Ersparnisse und ihren Lohn zu opfern. Aus Furcht vor einer Anzeige hat er die M. wahrscheinlich in die menschenleere Gegend gelockt und sie dort - vielleicht nach einem Streit - erschossen. Der Verhaftete bestreitet, sich schuldig gemacht zu haben.

Eine Enttäuschung. In einer Droschke hat am gestrigen Montagvormittag das 19-jährige Fräulein Rosalie Wieth, die Tochter eines Straßburger Kaufmanns, ihrem Leben ein Ende gemacht. Die junge Dame, die einer angesehenen Familie entstammt, war mit einem in der Ansbacher Straße wohnenden Kaufmann verlobt. Der junge Mann hatte jedoch vor kurzem seiner Frau den Vorschlag gemacht, die Verlobung aufzuheben, da er eine Auslandsreise antreten müsse, die ihn mehrere Jahre von Berlin fernhalten würde. Auf diese Nachricht fuhr Rosalie W. ohne Wissen ihrer Eltern

nach Berlin und suchte den Kaufmann auf, wurde jedoch nicht vorgefunden. Daraufhin verschaffte sich das junge Mädchen einen Revolver und schoß sich in einer Droschke während der Fahrt durch die Ansbacher Straße eine Kugel in die rechte Schläfe. Die Lebensmüde wurde in schwerverletztem Zustande nach dem Kreiskrankenhaus Groß-Lichterfelde gebracht, wo sie jedoch bald nach ihrer Einlieferung verstarb.

Großes Kuffehen rief gestern der Sprung eines Selbstmörders von der Weidendammer Brücke in die Spree herab. Der 24-jährige Kellner Hermann Rindl, Bergstraße 20, stürzte sich vor den Augen zahlreicher Passanten von der Brücke in die Tiefe hinab. Er verschwand bald in den Fluten und wurde von einem Schumann, dem einige Schiffer zu Hilfe geeilt waren, trotz Sträubens wieder aus dem Wasser geholt. Bei dem Lebensmüden brach nun plötzlich die Lebenslust aus. Er schrie laut, schlug und biß um sich und raste wie ein Wahnsinniger umher. Dem Schumann, der ihn festhielt, biß der Tobende tief in die rechte Hand hinein. Nur mit schwerer Mühe konnte der Rasende überwältigt und nach der nahen Klinik gebracht werden.

Zwei schwere Automobilunfälle ereigneten sich in der Nacht zum Sonntag in der Schönhauser Allee und am Velle-Alliance-Platz. In der Schönhauser Allee wurde ein zwölfjähriger Knabe Walter Schmidt von einer Automobildroschke überfahren und am Kopf schwer verletzt, so daß er demütlos auf dem Fahrbahn liegen blieb. Er wurde zunächst nach der Unfallstation in der Gaudystraße und von dort nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht, wo er aber noch im Laufe der Nacht verstarb, da er einen komplizierten Schädelbruch erlitten hatte. - Am Velle-Alliance-Platz, unmittelbar an der Einmündung der Friedrichstraße, fuhr eine Automobildroschke, die eine Frau anscheinend wollte, auf den Bürgersteig und zerstückerte die Schaufensterhebe eines Gummitwarengeschäfts. Eine gerade vorübergehende Arbeiterin Emma Schmidt aus der Voßtrangen-Straße zu Weihensee wurde von dem Auto erfasst und trug einen Bruch des rechten Oberarmes davon, so daß sie ins Krankenhaus zu Weihensee gebracht werden mußte.

Ueber den Selbstmord eines zwölfjährigen Knaben in der Vellemannstraße, über den wir am Sonntag auf Grund einer Zeitungskorrespondenz berichteten, wird uns bezüglich mitgeteilt, daß für den Knaben nicht der geringste Grund zu diesem Schritt vorgelegen habe; insbesondere sei es nicht richtig, daß der Vater den Jungen zu strafen beabsichtigt habe und daß der Junge deshalb Angst hätte haben müssen. Nach Lage der Sache glauben die Eltern vielmehr, daß der Junge einen Scherz haben machen wollte, indem er sich an den Fensterriegel festhielt und dabei von seinem Standorte abrutschte. Die Tür zur Wohnung sei auch nicht verschlossen, sondern geöffnet gewesen. Wir nehmen von dieser Mitteilung gern Notiz, da es uns vollkommen fern lag, den bedauerndwertigen Vater irgendwie eine Schuld an dem Unglück zuzuschreiben.

Verstirbt hat sich in der Nacht vom Sonntag zum Montag der Patient Scholz im Sanatorium in Veitsh. Sch. hatte erst am Sonnabend in Veitsh Aufnahme gefunden. Als Grund wird Gehirnerkrankung vermutet. Näheres wird die Untersuchung ergeben. Unter den Patienten machte sich eine große Aufregung bemerkbar.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 21. März, vormittags gegen 5.30 Uhr, wurde eine Zeitungsträgerin am Michaelisplatz, Ecke Kaiser-Frang-Großendierplatz, beim Ueberqueren des Fahrdammes von einem unbekannt gebliebenen Schlägerwagen überfahren. Sie wurde nach dem Krankenhaus Weihensee gebracht und ist dort an den erlittenen Verletzungen gestorben. Der Schlägerwagen war rot gefärbt und mit einem schwarzbraunen Pferde bespannt. Auf dem Wagen befanden sich eine Frau und der Kutscher. Einwige Augenzeugen des Vorfalls werden gebeten, sich auf dem Polizeipräsidium, Zimmer 330, zu melden oder zu dem Aktzeichen 1176 IV 40.12 Mitteilung zu machen.

Ein gefährlicher Brand, bei dem ein Feuerwehrmann verunglückte, herrschte in der Nacht zum Sonntag in der Gaudystraße 44, Ecke Bielefeldstraße. Das Feuer hatte seinen Herd im Keller des Vorderhauses und führte eine ungewöhnlich starke Rauchentwicklung herbei. Bei Ankunft der Feuerwehre waren die Treppen des Vorderhauses schon vollständig verqualmt, so daß unter den Mietern eine Panik auszubrechen drohte. Der Brandmeister ließ aber sofort für Entlastung sorgen und veranlaßte die Bewohner des Vorderhauses, die Korridortüren geschlossen zu halten. Die anfangs etwas aufgeregten Personen beruhigten sich denn auch bald wieder. Die Ablösung des Brandes war außerordentlich schwierig und zeitraubend. Um an den eigentlichen Brandherd zu gelangen, mußten von den Feuerwehrmännern zwei Sauerstoffschutzhelme und ein Feuererschuh angesetzt in Benutzung genommen werden. Während der Vorkarbeiten erkrankte der Feuerwehrmann Lukowitsch so schwer unter der Einwirkung der Raucheinatmung, daß er nach dem Krankenhaus Moabit gebracht werden mußte. Die Ursache des Feuers ist nicht ermittelt. - Außerdem wurde die Wehr in der Sonntagnacht noch nach der Andreea-Kirche und nach der Charité gerufen. Bei der Andreea-Kirche handelte es sich um „blinden Lärm“ und in der Charité hatte sich nur Papier und Woll in einem Wollkasten entzündet.

Hinter eines Notizbuches mit 47 Verbandsmarken wird gebeten, daselbe an die Crügerwoolung des Deutschen Metallarbeiterverbandes abzugeben. Verloren Sonnabendabend am Köpenicker Park.

Nächtliche Revolvererschieterei. Einen blutigen Straßenaufruhr gab es in der Nacht zum Sonntag in der Potsdamer Straße, nahe der Winterfeldstraße. Vor dem Hause Potsdamer Straße 63 geriet dort der 37 Jahre alte Oberleutnant a. D. und Rentier Hans Gesterding aus der Friedrichstraße 9 zu Straußberg mit mehreren angegriffenen Männern in einen Streit, der schließlich in tödlichen Übergang. Im Verlauf des Ereignisses zog Gesterding plötzlich eine Browningpistole hervor und feuerte sie auf seine Gegner ab. Die Kugel drang dem Rauerer Rudi Dulle aus der Reichbachstraße 2 in die rechte Seite des Unterkiefers. Oberleutnant a. D. Gesterding wurde daraufhin von der Polizei festgenommen, später aber nach der Feststellung seines Namens wieder freigelassen. Der Rauerer mußte nach der Charité gebracht werden.

Ein Straßenbahnunfall ereignete sich am gestrigen Montagmorgen an der Ecke der Markgraf- und Zimmerstraße. Dort wollte der Autofahrer eines Koffwagens, Willi Schröder, Charlottenburg, Hohendorferstraße 1, mit einer Riste den Damm überschreiten, als ein Motorwagen der Linie 17 herannah. Infolge der schweren Last verbot sich Sch. die Schienen nicht schnell genug zu passieren und wurde deshalb von dem Triebwagen erfasst und zu Boden geworfen, so daß er unter dem Vorderperren vor dem Schutzhaken zu liegen kam. Von der herbeigerufenen Feuerwehr wurde der Verunglückte, der einen Bruch des linken Oberschenkels und eine Quetschung am Arm davongetragen hatte, nach dem Krankenhaus Weidensee übergeführt.

Die umgebaute Schillingbrücke wurde gestern auch in dem angebauten Fußgängerbrückenteil dem Verkehr übergeben. Die alte Brücke hat schon viele Wandlungen durchgemacht. Aus einer alten Holzbrücke ist 1870/74 eine massive entstanden, die dann später erweitert und jetzt dekoriert wurde.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Zum Stadtverordneten gewählt wurde an Stelle des von seinem Amte zurückgetretenen Professor Dr. Lidz der Fabrikbesitzer Jacques Berl. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

Beim Spülen ins Wasser gefallen und ertrunken ist am Montag nachmittag die in der Davelstraße 9 wohnhafte sechsjährige Frieda Braun. Die Kleine hatte am Charlottenburger Meer gespielt. Hierbei fiel sie in die Schippe ins Wasser. Sie wollte dieselbe noch greifen, stürzte aber nun selbst in das nasse Element und ertrank. Erst gegen Abend konnte die Leiche des verunglückten Mädchens geborgen werden.

Wilmersdorf-Galeisee.

Ein städtisches Säuglingsheim. Es scheint, daß Wilmersdorf in absehbarer Zeit zu einem städtischen Säuglingsheim kommen wird. Eine Petition des Nordbezirks, die die Stadtverordnetenversammlung in ihrer letzten Sitzung erörterte, verlangte, daß mit der Errichtung einer solchen Anstalt Ernst gemacht werde. Welche Gründe den Verein insbesondere zur Einreichung einer solchen Petition veranlaßten, wissen wir nicht; immerhin verdient aber der Wandel in den Anschauungen eines der Wortführer des Vereins mit Genugtuung bemerkt zu werden. Der konservative Stadtverordnete Dröbe hatte nämlich vor Jahresfrist noch mit herabsehbenden Worten der Säuglingspflege gedacht; jetzt ist er einer der Befürworter der Petition. Diese fand grundsätzlich Annahme; doch erklärte die Stadtverordnetenversammlung sich gegen das Verlangen des Vereins, den Magistrat auf ein Grundstück in der Düsselbacher Straße festzusetzen. Auch stimmte sie dem Stadtrat Steinborn darin bei, daß es schon der Anfechtungsgefahr wegen bedenklich sei, das Säuglingsheim in einem Privathause unterzubringen.

Schöneberg.

Das Auswärtswohnen der Beamten und Lehrer, namentlich in der Gemeinde Friedenau, soll wesentlich eingeschränkt werden. Bisher war es den Beamten und Lehrern gestattet, ohne weiteres in Friedenau Wohnung zu nehmen, während das Wohnen in jedem anderen auswärtigen Orte von der Erlaubnis abhängig gemacht wurde. So lange man Friedenau für Schöneberg zu gewinnen hoffte, genoh der Nachbarort eine Ausnahmebehandlung. In Zukunft soll den Beamten und Lehrern das Wohnen in Friedenau nur noch mit besonderer Genehmigung gestattet sein. Die Zahl der in Schöneberg wohnenden auswärtigen Beamten und Lehrer und sonstigen Bediensteten betrug im vergangenen Jahre ungefähr 20, während über 118 Schöneberger Beamte in Friedenau wohnten. Bis zum 1. Oktober 1913 ist es den Betroffenen gestattet, die Wohnung beizubehalten.

Diese Maßnahme bedeutet einmal eine Beschränkung der persönlichen Freiheit der Beamten und zum andern eine Verbeugung gegenüber dem Hausbesitzern.

Selbstmord eines Obersten. In einem Anfälle geistiger Umarmung hat sich Sonntagnachmittag der in der Vorbergstraße 14 wohnende Oberst v. D. Luz das Leben genommen. Er, der im 57. Lebensjahre stand, litt seit einigen Jahren an hochgradiger Nervosität. Als am Sonntagnachmittag die Haushälterin sich auf wenige Minuten entfernt hatte, jagte sich v. D. vor dem Spiegel stehend eine Revolverkugel in die rechte Schläfe. Ein von der nahen Unfallstation herbeigerufener Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Treptow-Baumschulweg.

Ein großer Brand, bei dem leider vier Feuerwehrlente schwer verletzt wurden, kam gestern abend gegen 6 Uhr in der Reihholzstraße 19/20 in Treptow zum Ausbruch. Auf dem Grundstück befindet sich in einem noch neuen Fabrikgebäude die Berliner Pumpenfabrik Aktiengesellschaft von Max Brandenburg. Das Feuer entstand in den Kellereien dieses Fabrikgebäudes und wurde erst bemerkt, als die hellen Flammen durch die Kellereifenster auf den Hof hinausschlugen. Die Treptower Feuerwehr, die bald zur Stelle war, griff den Brand mit drei Schläuchleitungen an. Da dem Oberführer mitgeteilt wurde, in dem Keller liege nur ein Faß Del., so ließ er die Mannschaften in den Keller vordringen. Zum großen Schrecken erfolgte dann plötzlich eine heftige Detonation. In dem Keller war ein größeres Quantum Benzin zur Explosion gekommen. Vier Feuerwehrlente, die im Vorderreihen waren, kamen gleich darauf aus dem Keller geflüchtet und waren im Gesicht und an den Händen schwer verbrannt. Sie wurden auf der Brandstelle sofort verbunden und mit einer Drochse nach dem Kronenhaus Verbanen gebracht. Da mit weiteren Explosionen zu rechnen war, ließ der Oberführer nunmehr auch die Berliner Feuerwehr zu Hilfe rufen. In kurzer Zeit erschien dann auch der 8. Berliner Löschzug aus der Reichenberger Straße auf der Brandstelle. Die Berliner Feuerwehr griff unverzüglich mit ein und brachte das Feuer nach halbstündigem Wassergeben zum Stehen. Der Keller ist größtenteils ausgebrannt. Die Aufräumungsarbeiten, die von der Treptower Feuerwehr ausgeführt wurden, zogen sich bis in die späten Abendstunden hin. Die Ursache des Feuers ist nicht ermittelt.

Borghagen-Kummelsburg.

Die Fortsetzung der Etatsberatung am Ichten Freitag in der Gemeindevertretersitzung gab beim Kapitel „Schulverwaltung“ noch zu regen Auseinandersetzungen Veranlassung. Nach dem Vorschlag erfordert jeder einheimische Schüler des Jahn-Gymnasiums wie jede einheimische Schülerin der höheren Mädchenschule von der Gemeinde einen jährlichen Zuschuß von 175 M., wohingegen ein Volksschüler der Gemeinde nur 97 M. kostet. Zur ganzen Erfordern die höheren Schulen einen Gemeindezuschuß pro Jahr von etwa 200 000 M.

Bei der Kommissionsberatung war von unseren Vertretern beantragt und dementsprechend auch von der Staatskommission beschlossen worden, daß für Neueinführung von Hauskaltunterricht in den oberen Mädchenklassen 3000 M., und für Erweiterung des Handfertigkeitsunterrichts zur Anschaffung von Nähmaschinen 1000 M. bewilligt werden. Da der Lichtenberger Magistrat Einwendungen gegen die Einstellung dieser Mittel erhoben hatte, wandten sich in der nächsten Kommissionsitzung nunmehr auch einige bürgerliche Vertreter gegen die Bewilligung dieser Beträge — angeblich, um den Lichtenberger Magistrat nicht gar zu sehr zu reizen! Die Gemeindevertretung bewilligte aber trotzdem einstimmig die eingesehenen Summen. Ebenso einstimmig — wenn auch erst nach langem Für und Wider — wurde dem Antrage unseres Genossen John auf Einführung der Jahrspläne in den Volksschulen unter gleichzeitiger Bewilligung von 1500 M. für diesen Zweck zugestimmt.

Die Anfrage unserer Vertreter, ob der „Freien Turnerschaft“ nach dem 1. April die Benutzung der Turnhallen nun wieder gestattet wird, beantwortete Bürgermeister Dr. Jahn dahin, daß er den einstimmigen Beschluß der Gemeindevertretung, nach welchem der „Freien Turnerschaft“ nach wie vor die Benutzung der Turnhallen gestattet sein soll, dem Landrat ohne jede Beanstandung seinerseits übermitteln habe; der Landrat habe darauf mitgeteilt, daß das Verfügungsrecht über die Kummelsburger Turnhallen nur allein der Provinzialschulbehörde zustehe und demzufolge auch ein Beschluß, wie ihn die Gemeindevertretung gefaßt habe, für die Regierung gar nicht in Betracht kommt. Er (Dr. Jahn) als Gemeindevorsteher habe daher überhaupt nichts zu beanstanden gehabt, sondern sich nur allein an die Verfügung der Regierung, nach welcher der „Freien Turnerschaft“ die Benutzung der bisher innegehabten Turnhallen zu entziehen ist, zu halten. — Nachdem unsere Vertreter dieses rigorose, jeder Gerechtigkeit höhnsprechende Vorgehen der Regierung, das die Bürgererschaft in zwei ungleich bewertete Klassen teilt, gebührend gekennzeichnet hatten, wurde die Vertretung sich dahin einig, die ganze Angelegenheit in einer anderen Sitzung als besonderen Punkt nochmals zu behandeln.

In geheimer Sitzung sollte hierauf einem Vertrage zwischen der Gemeinde Borghagen-Kummelsburg einerseits und der Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen zu Berlin (Berliner U-Bahn) andererseits die definitive Zustimmung erteilt werden, wodurch die Berliner U-Bahn die Genehmigung zu dem Bau und Betrieb einer elektrischen Straßenbahn vom Markgrafendamm durch die Hauptstraße bis zur Gemeindegrenze von Ober-Schöneweide erhält. Unsere Genossen wandten sich mit Entschiedenheit dagegen,

daß ein Vertrag von so weittragender Bedeutung, der unter anderem die Straßen der Gemeinde einer Privatgesellschaft zum ausschließlichen Monopol bis zum Jahre 1949 ausliefern, so fast ohne jede Vorberatung noch eine Woche vor Inkrafttreten des Zweidverbandes für Groß-Berlin hinter verschlossenen Türen zum Abschluß gebracht werden soll. Auf den Protest unserer Genossen wurde beschloffen, die definitive Beschlußfassung des Vertrages am Mittwoch, den 27. März, in einer besonderen hierzu einberufenen Gemeindevertretersitzung vorzunehmen.

Neukölln (Niedhof).

Am hiesigen Fröbelinstitut ist eine Freistelle errichtet worden. Junge Mädchen, die sich dem Erziehungsfache zuwenden möchten, können sich vormittags von 9—11 Uhr in der Anstalt, Weserstr. 48, melden. Das Institut bildet Kinderfräulein nach Fröbelscher Erziehungsmethode aus und vermittelt nach beendeter Lehrzeit gute Stellen.

Weißensee.

Sehr helle ist unsere kirchliche Gemeindevertretung gerade nicht. Aus Anlaß des 50jährigen Amisjubiläums des Pfarrers Luge wurden demselben 1000 M. überreicht, die gesammelt waren zur Einrichtung einer elektrischen Lichtanlage in der alten Dorfkirche. Als nun gelegentlich in einer Sitzung der Kirchenvertreter der Pfarrer auf die Bestimmung des Geldes hinwies, lehnten die erleuchteten Herren das Anfinnen ab. Ob die Kirchenvertreter der Meinung sind, daß es in der Kirche dunkel bleiben soll, konnte allerdings nicht in Erfahrung gebracht werden. Der bereits einem Installationsbureau übergebene Auftrag mußte wieder zurückgezogen werden.

Aldershof.

In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde der Etat für 1912 endgültig unter Dach und Fach gebracht. Von der Kriegertischen Stimmung der vorigen Sitzung war nichts mehr zu merken. Der an den Ausschuß zurückverwiesene gewesene Abschnitt VII, Gemeindeverwaltung, wurde mit der Aenderung des Ausschusses, 1500 M. weniger einzustellen, debattiert angenommen. Der Steuerzuschlag wurde wie im Vorjahre wieder auf 150 Proz. festgesetzt. Die Grundsteuer beträgt für bebauten Grundstücke 4 Proz., für unbebaute 5 1/2 Proz. des steuerpflichtigen Gesamtwertes der Bauteile und Liegenschaften. Die Gemeindegewerbesteuer ist für die erste und zweite Klasse auf 250 Proz., für die dritte und vierte Klasse auf 175 Proz. der Staatsgewerbesteuer festgesetzt worden. Der Gesamtetat balanciert mit 797 565 M. An Stelle der aus der Armenkommission durch Verzug ausgeschiedenen Genossin Horlich wurde die Genossin Kronenwald, Hoffmannstr. 17, gewählt. Den Zuschlag für die Stellung von Geplannern für die Straßenreinigung und -besprengung erhielt der Fuhrherr Fige. Die Arbeiten zur Herstellung der Hausanschlüsse an die Regen- und Schmutzwasserleitung wurden für das Jahr 1912 der Firma Max Müller übertragen. Gegen die Stimmen unserer Genossen wurde die Ortsabgabe über die Natural- und Quartierleistungen für die bewohnte Nacht im Frieden von der Gemeindevertretung angenommen. Ferner wurde beschloffen, Flurabzäunungen zwischen dem ersten und zweiten Erweiterungsbau der 2. Gemeindegemeinschaft herzustellen. Zwei Freischüler der hiesigen höheren Schule haben alle Klassen bis zur Quarta absolviert. Da höhere Klassen zurzeit in Aldershof nicht vorhanden sind, wurde beschloffen, das Schulgeld für diese beiden Schüler am Gymnasium in Köpenick widerrechtlich zu zahlen; für eventuell noch später eintretende Fälle sollen neue Beschlüsse gefaßt werden. Eine lebhaftere Debatte entspann sich bei dem Punkt „Bau einer Turnhalle“. Der Sprecher der ersten Abteilung plädierte dafür, daß die Gemeinde-Turnhalle auf dem Schulgrundstück in der Seelohstraße gebaut werden soll. Die Vertreter der zweiten und dritten Abteilung bekämpften diesen Vorschlag und schlugen ein Grundstück in der Seelohstraße, vor dem Zufahrtshaus, vor. Nachdem der Gemeindebaumeister B. die Pläne und Entwürfe erläutert hatte, wurde einstimmig beschloffen, die Turnhalle in der Seelohstraße zu bauen. Von unseren Genossen wurde nochmals darauf hingewiesen, daß der Plan, mit der Turnhalle gleichzeitig die Badeanstalt zu bauen, aus Raum-mangel sich nicht verwirklichen läßt; damit ist der Bau der Badeanstalt von uns aber nicht aufgegeben; zur gegebenen Zeit sollen neue Vorschläge von denselben gemacht werden, sie erwarten alsdann, daß die bürgerlichen Herren das bereits vor Jahren gegebene Versprechen, nur eine gute Badeanstalt bauen zu wollen, einlösen werden.

Die Wahl der Gemeindevertreter der 3. Abteilung hat gezeigt, daß es in Zukunft nicht mehr möglich ist, dieselbe in einem Wahllokal vornehmen zu können. Von den circa 1400 eingeschriebenen Wählern übten 697 das Wahlrecht aus. Mehr als 100 Wähler wurden gezählt, welche, da der Andrang ein zu großer wurde, davonliefen, ohne ihre Stimme abzugeben. Den Verhältnissen entsprechend müssen in Zukunft wenigstens zwei Wahllokale errichtet werden. Die Wahl der 2. Abteilung trug ein ganz anderes Gepräge; hier beherrschten die „Papierstimmen“ die Wahl. Persönliche Freundschaft, Liebesdienste und ähnliche gute Eigenschaften verhalfen einzelne „Wähler“ bis zu 40 Stimmen oder gar noch mehr. Daß bei solchen Verhältnissen nicht von einer Wahl, auch in der 2. Abteilung, gesprochen werden kann, ist selbstverständlich. Waren doch mindestens ein Dutzend Joransen doppelt aufgestellt, d. h. es hatten konservative sowohl wie auch freisinnige die Vollmacht erhalten, und die Kandidaten selbst kümmerten sich den Teufel darum, wer nun in ihrem Namen das Wahlrecht ausübte oder wer gewählt wurde. Bei der Wahl selbst wurde von den Joransenhabern ein geradezu widerliches Spiel mit diesen Stimmen getrieben. Diese Wahl der 2. Abteilung hat auch in Aldershof allen im Wahllokal Anwesenden die Schmach des Dreiklassenwahlrechts wieder einmal deutlich vor Augen geführt.

Herzfelde.

Ein bedauerlicher Unglücksfall hat sich in der Nacht zum Sonntag gegen 3 Uhr zugetragen. Der Eigentümer Wilhelm Bries von hier hatte für eine heftige Piegerei mit seinem Fuhrwerk eine Ladung Ziegelsteine nach Berlin zu transportieren. Kurz vor Nollendorf stürzte er plötzlich von seinem Wagen und kam dabei vor dessen Räder zu liegen. Er wurde von seinem eigenen Gespann überfahren und vollständig zermalmt. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Trebbin (Kreis Teltow).

In der Stadtverordnetenversammlung wurde der Wasserwerksetat, welcher in Einnahme und Ausgabe mit 18 500 M. balanciert, einstimmig angenommen. Die Wassermessstation soll errichtet und die Kosten hierfür in Höhe von 425 M. aus dem Wasserwerks-etat gedeckt werden. In der Klagefache Scheiber und Genossen wurde der Vergleichsvorschlag des Gerichts angenommen, hiernach übernimmt die Stadt die Gerichtskosten und zahlt den Klägern 50 M. zu ihren Anwaltskosten. Sodann wurde das Hammergeld der Postkommission einstimmig von 3 auf 6 M. erhöht. Die Holzgastung vom 4. März erzielte den Betrag von 2066,40 M.

Deutsch-Wasserhausen.

Der Vorschlag für das Rechnungsjahr 1912 lag der letzten Gemeindevertretersitzung vor; er schließt in Einnahme und Ausgabe mit 10 700,00 M. Die Einnahmen setzen sich wie folgt zusammen: Gemeindesteuern: a) direkte 8005 M., b) indirekte 530 M.; Ergänzungsbeitrag für die Volksschule 1600 M. Ausgaben: Gemeindeverwaltung 1982,56 M.; Amts- und Standesamtverwaltung 350 M.; Wegebau und Beleuchtung 145 M.; Unterhaltung der Volksschule 3800 M.; Vergütung und Tilgung der Gemeindeforderungen 1200,35 M.; Armenlosten 1200 M.; Kreissteuer 1000 M.; insgesamt und zur Ab-rundung 983,00 M. Zur Dedung werden erhoben: Zuschläge zur Einkommensteuer 200 Proz.; Grund- und Gebäudesteuer 300 Proz.; Gewerbesteuerklasse IV 300 Proz.; Betriebssteuer 100 Proz.

Germsdorf i. M.

Der diesjährige Etat schließt mit einer Einnahme und einer Ausgabe von 500 840 M. ab. Die Ausgaben für die Gemeinde betragen unter anderem für die Gemeindeverwaltung 48 478 M., für Polizei und Standesamt 17 336 M., für die Armenverwaltung 12 880 M., für Straßenbeleuchtung 14 720 M., für Straßenreinigung 8650 M., für die Volksschule 72 862 M., höhere Schulen 34 533 M. Ein Schüler der höheren Schule kostet pro Jahr der Gemeinde etwa 200 M., ein Schüler der Volksschule 80 M. Bei dem Etat des 8 1/2 Jahre bestehenden Gemeindebezirks ist ein Ueberflus von 40 000 M. bei dem vor zwei Jahren in Betrieb gesetztem Gemeindefabrikwerk ein solcher von 5000 M. eingelegt. Die vorausgeschickten Ueberflüsse dürften jedoch erheblich höher sein. Der kommunalwissenschaftliche Ausschuß bleibt 100 Proz. Genosse v. Söhrauer bemängelte die Straßenreinigung und eruchte um Erweiterung derselben. Ein Antrag unserer Genossen, die Steuerbeiträge bis zu 900 M. Einkommen nicht zu erheben, wurde dem Gemeindevorsteher zur Berücksichtigung überwiesen, ebenso ein Antrag unserer Genossen, den Retortenarbeitern der Gasanstalt statt alle 14 Tage jede Woche einen Ausbezug zu bewilligen, ohne daß den Arbeitern hierbei ein Lohnverlust entsteht. Dagegen wurde auf Antrag unserer Genossen beschlossen, 300 M. für Entsendung armer, lungenkranter Kinder nach Erholungsstätten in den Etat einzustellen, außerdem 60 M. für bedürftige Schulkinder zur Abgabe warmer Milch und Brötchen, und 140 M. zur Anschaffung von Schuhen und Kleidungsstücken für bedürftige Schulkinder vorgesehen. Diese Unterstützungen gelten nicht als Armenunterstützung. Zu Beginn der Sitzung gab der Gemeindevorsteher folgende Erklärung ab: „Es ist ein Gerücht verbreitet worden, in dem behauptet wird, er hätte die Gemeindebeamten wie auch die Gemeindefabrikarbeiter beantragt, bei der Gemeindefabrik für die dritte Klasse sich der Stimme zu enthalten, um so der Sozialdemokratie den Sieg zu sichern. Er erklärt diese Behauptung als böswillige Verleumdung, die den Zweck haben soll, ihn bei der bevorstehenden Behörde zu denunzieren. Er habe weder schriftlich noch mündlich, noch in irgendeiner anderen Form weder auf die Beamten, noch auf Lehrer Einfluß ausgeübt.“

Bernau.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde vom Genossen Heibig als Vorsitzenden der Etats- und Rechnungsprüfungskommission Bericht über die Rammereifabrikrechnung pro 1910 erstattet. Die Einnahme betrug 848 684,84 M., der eine Ausgabe von 826 781,94 M. gegenübersteht. Genosse Heibig gab bekannt, daß von der Kommission verlangt werde, in Zukunft alle Rechnungen nach den verschiedenen städtischen Einrichtungen getrennt zu führen, dem entsprach die Veranlassung. Die Magistratsvorlage betreffend die Anpflanzung und Anlage am Basserturm fand einstimmige Annahme, auch soll für die ersten Jahre zum Schutze der Anlagen ein Drahtzaun aufgestellt werden. Desgleichen wurde der Magistratsvorlage betreffend die Pflasterung zum weißen Wegweiser an der Wandliger Chaussee bis nach dem Diepzigrestaurant zugestimmt. In nichtöffentlicher Sitzung fand eine Besprechung wegen Gewährung einer Subvention für die Langenbergerische Badeanstalt statt.

Seinerdorf.

In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde beschloffen, für den Erwerb eines Grundstücks zur Errichtung eines Straßenbahn-depots 66 000 M. von der Niederbarnimer Kreisfiskalstelle aufzunehmen. Dem Antrage auf Abänderung des Etats, die Zahl der Schöffen von 2 auf 3 und die der Gemeindevertreter von 9 auf 12 zu erhöhen, wurde zugestimmt.

Potsdam.

Recht unliebsame Erfahrungen machte ein reicher Amerikaner, der in der Residenzstadt Potsdam unter Führung einer Berlinerin die Sehenswürdigkeiten der Stadt per Automobil besichtigen wollte. Daß er sich dabei auch als Amateurphotograph betätigte, sollte ihm zum Verhängnis werden. Eine in der Nähe der Artillerielaserner liegende Abteilung beim Geschützgerieren hatte sein besonderes Interesse erregt und ihn zu einer photographischen Aufnahme veranlaßt. Der leitende Offizier hielt den Photographen für einen Spion (!), dem es um Erlangung militärischer Geheimnisse zu tun sei. Er veranlaßte die Beschlagnahme der Platten und die Feststellung der Personalien des Amerikaners und seiner Begleiterin. Sie wurden bald wieder auf freien Fuß gesetzt. — Bei dem Amerikaner dürfte jedes Interesse für preussischen Kommiß ein- für allemal geschwunden sein.

Leser und Diskussionsklub „Wilhelm Liebknecht“. Sitzung: Heute Dienstag, den 26. März, 9 Uhr, bei Eichhorn, Danziger Str. 30/34.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 49, vorn links Treppen — Parkstraße —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder der den Briefkasten bekommenen Lesern ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen zu beifügen. Briefliche Anwesenheit wird nicht erzielt. Anfragen, denen keine Abkürzung zugeführt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

— 2. 100. Derartige Stilt nicht bekannt. Vielleicht können Sie hierüber Näheres erfahren im Bureau der „Zentrale für private Fürsorge“, W. 35, Hottelstr. 4. — N. 38. Auskunft darüber erhalten Sie beim Transportarbeiterverband, Engelwer 15. — G. 27. 1. Beim vorstehenden Genossen Barm, Berlin W., Meditzstr. 30. 2. u. 3. Klassen nicht, aber können diesem Verein angehören. — 2. G. 24. In jeder größeren Bibliothek, deren Adressen im Adreßbuch zu finden sind. — Sparan 32. 1. 3. u. 4. Auskunft über Anlegung von Geldern müssen wir ablehnen. 2. Für genehmigt nicht. — G. 18. Wenden Sie sich an die Zentralkommission der Arbeiterklassen, Alexanderstr. 39/40 II. — G. 333. 1. Nein. 2. Wenn dieselben die Genehmigung ihrer vorgeschlagenen Behörde erhalten, ja. — Sommer 1912. 1. u. 2. Nein. 3. Ja.

Witterungsübersicht vom 25. März 1912.

Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Wolkenhülle	Wetter	Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Wolkenhülle	Wetter
Swinemünde	762,3		1 wollig	6	Caparanda	756,3		2 Schnee	1
Damberg	763,5		2 Nebel	5	Petersburg	762,3		1 Nebel	3
Berlin	763,3		1 bedeckt	7	Scilly	762,3		4 Dunst	11
Frankfurt	765,3		2 Regen	9	Aberdeen	754,3		1 heiter	4
München	768,3		4 bedeckt	7	Paris	767,3		2 bedeckt	12
Wien	764,3		3 Regen	9					

Wetterprognose für Dienstag, den 26. März 1912. Zunächst zeitweilige Beller, nachts etwas kühler, am Tage sehr mild bei ziemlich lebhaften südwestlichen Winden; nachher neue Erhebung und lokale Regenfälle. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	24. 3.	25. 3.		24. 3.	25. 3.
Remel, Müst	292	+4	Saale, Großh.	108	-2
Bregel, Ankerburg	14	0	Davel, Spanbau	72	-10
Beichel, Thorn	290	-14	Rathenow	—	—
Daber, Rathor	297	+4	Spree, Spremberg	72	0
• Krossen	144	-4	Beetzow	106	0
• Franfurt	155	-3	Weser, Plüßen	216	-7
Barthe, Schrimm	76	-2	• Künden	298	-7
• Landsherg	84	0	Rhein, Raxmiliansau	374	+4
Rege, Borchmann	54	+2	• Raub	293	-3
• Eide, Vellmeritz	86	-3	• RSn	293	+7
• Dreesben	57	-1	Redar, Heilbrunn	75	-8
• Berbe	176	-8	Rain, Wertheim	—	—
• Ragdeburg	144	-2	Rosel, Trier	242	+14

) + bedeutet Waqs, — Fall — ?) Unterpegel



**BAYRISCHE
GEWERBESCHAU
1912 IN MÜNCHEN
MAI BIS OKTOBER**

UNTER DEM PROTEKTORAT S. K. H. DES
PRINZREGENTEN LUITPOLD V. BAYERN

Gewerbe und
Kunst-Handwerk
Werkstätten im Betrieb
Historische Abteilungen
Künstler-Theater
Vergnügungspark
Sportfeste

Uchtung!

Wenn Sie eine Garantie dafür
haben wollen, daß Sie stets die be-
kannten und bewährten Fabrikate
Palmin (Pflanzenfett) und
Palmona (Pflanzenbutter-
Margarine) erhalten, dann achten
Sie in Ihrem eigenen Interesse
beim Einkauf genau auf die Mar-
ken Palmin und Palmona und
lassen Sie sich unter keinen Um-
ständen zweifelhafte Nachahmun-
gen aufdrängen. Dann gehen Sie
ganz sicher!



H. Schlinck & Cie.
Aktiengesellschaft

**Die dunkelste
Ecke**

wird taghell,

wenn Sie auf Ihrer Lampe

Urania-Salonoel

brennen.

Wenn Sie die Sicherheit haben wollen, das seit Jahren rühmlichst bekannte

Urania-Salonoel

(der Name ist gesetzlich geschützt)

zu erhalten, dann fordern Sie beim Einkauf nicht nur „Salonoel“, denn unter
dieser Bezeichnung wird sehr oft ein Gemisch mit billigeren Sorten verkauft.

Nur der volle Name

Urania-Salonoel

bietet Ihnen die Garantie, das unverfälschte
amerikanische

Sicherheits-Petroleum

zu erhalten.

215/5*

Urania-Salonoel

bietet größtmögliche Sicherheit gegen Ex-
plosionsgefahr bei höchster Leuchtkraft.
Keine Verwechslung mit österreichischem
(galizischem) Petroleum.

Nebenstehendes Plakat bezeichnet die Ver-
kaufsstellen.



Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft.

Engelhardt

**Special
Hell**



Flasche 10 Pf.

**Erstklassiges
Spezial-Bräu**
nach Pilsner Art

Überall käuflich

Elegante

Herren-Moden

fertig u. nach Mass

von 1 Mark

wöchentliche Teilzahlung.

S. Boltuch

Frankfurter Allee 75
Eingang Tilsiterstrasse

**Pollmanns
Bandagen-**

Geschäft, nebst Artikel zur
Gesundheits- u. Krankenpflege,
Verbandstoffe, Gummwaren etc.
Berlin N., Schönbürger Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen
Eigens Vertriebs.

Stoffe

für eleg. Maßanzüge, Ulster, Paletots,
Damenkostüme etc. 3.- 4.- 6.- 8.- 10.-
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21, Berlin.

Ohne Anzahlung

vergeben bietet Wäsche, Gardinen,
Stores, Portieren, Teppiche und
Decken bei kleinen Monatsraten. Keine
Kassier! Offertiert, mit Angabe der
Bezugszeit, unter D. S. Haupt-
expedition des „Postwärts“. 6766*



**Auf der
höchsten
Stufe**

steht der
OXO Bouillon-Würfel der C^o. LIEBIG.

Wo es sich um Verbesserung von
Suppen, Saucen, Gemüsen usw.
handelt, empfiehlt sich die Verwen-
dung von Liebig's Fleisch-Extrakt,
welches den Eigengeschmack der
Speisen nicht verdeckt.

**Möebel-
Boebel**

Gegründet 1879 Berlin
Oranienstr. (Moritzplatz) 58
Kein Laden, Verkauf im Fabrikgebäude
Specialität:
Ein- u. Zwei-Zimmer-Einrichtungen

Modernes Wohnzimmer, echt Nussbaum furn., M. 273.-



1 Kleidersch. M. 50 | 1 Truhenm. Stufe M. 30 | 1 Vertiko. M. 62
4 Stühle à 8 M. = M. 32 | 1 Auszugstisch . . . M. 50 | 1 Sofa M. 90, Umbau extra M. 50
Eig. Werkstätt. — Musterbuch gratis. — Sonntags geöffnet. — Beschlig. erbet.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Dichte Dächer
Farbige Pappdächer
für Sommerhäuser, Lauben etc.
erzielt man dicht und dauerhaft nur mit
Dachpix, rot, grün, weiß (alle Farben)
sämtliche Materialien für Bedachung
Anstrich-Farben für alle Zwecke.
Moritzpl. 1930 **Dachpix-Gesellschaft** Plan-Ufer 38
Muster, Auskunft etc. gratis.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von
G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt IV. 3014.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig fettgedruckte
Worte). Stellengesuche und Schlatstellen-Anzeigen
5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf.; Worte
mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.
Teppiche! (Seiderhülle) in allen
Größen, fast für die Hälfte des Wertes
Teppichlager: Brunn, Hadericher
Markt 4, Bahnhof Börse. (Nieder des
„Venus“ erhalten 5 Prozent
Rabatt) Sonntags geöffnet!
Teppiche in allen Größen, enorm
billig. Geflechten, Diwandgeflecht,
Engrosverkauf Hermann Demom,
Gertraudenstr. 18-19, I. Rein
Laden. „Vorwärts“ Leser 5 Prozent
Rabatt. 1091R*
Betten, Stand 9,-, Beumten-
straße 70, im Keller. 1200R*

Glänzende Kaufolegenheit!
Prachtvolle mit kleinen Farbfehlern
12.50. Portieren alle Farben 4.25,
Villobeden 5.90, Steppdecken 4.50,
Gardinen, Einzelanker 2.50, Preis-
fall-Beitdecken 3.75. Neuheit günstig
am Umgang und für Brautleute.
Georg Lange Nachfolger, Chaussee-
straße 78/79. „Vorwärts“ Leser noch
5 Prozent Extrarabatt. 1192R*

Gardinen, Stores, Portieren,
Steppdecken, Teppiche, Einlegungs-
geschäfte. Pfandloshaus, Ristriner-
platz 7.
Federbetten, Stand 10.00, 15.00,
22.00, feine Brautbetten, Wäsche,
Schmuckfächer, Uhren billig. Pfand-
loshaus, Ristrinerplatz 7. 1089R*

Federbetten, Stand 11.00, 16.00,
Brautbetten, Spottbilliger Teppich-
verkauf, Preiswagner, Wälsch-
decken, Gardinen, Herrngarderobe,
Schmuckfächer, Wäschportieren, Leib-
haus Othen, Königsbergerstraße 19. *

Gardinen! Steppdecken! Vorhänge!
Tischdecken! außergewöhnlich billig!
Vorwärts-Leser 5 Prozent Rabatt
extra! Gardinenhaus Brunn, Hader-
icher Markt 4 (Bahnhof Börse).
Sonntags geöffnet.

Gasttronen, dreiflammig 7.50,
komplett, Gasglühlampen 6.00, Gas-
laternen 2.40, Gaswandarme 1.50,
Kronenlanger, Große Frankfurter-
straße 92, Kanonenstraße 6 (Wedding),
Rixdorf, Berlinerstraße 102. 61R*

Fischer's Teppichhaus, gegr. 1884,
Postdamerstraße 109. Spottbillige
Klempnerarbeiten, Teppiche, Portieren,
Gardinen, Steppdecken, Kälthores,
Läuferstoffe. „Vorwärts“ Leser Ex-
trarabatt. 995R*

**Rintwachscher, Soder, Ein-
mannen, Badewannen, Spezialfabrik!**
Kiehlendergerstraße 47. Lesern 5 Proz.
1202R*

Einrichtung für Zigarrengeschäft
wegen Räumung spotbillig veräu-
licht sowie Glaschiller und Zigarren-
Boxen, Poststraße 23. 823

Gasttronen, dreiflammig, Gaslampen,
Gasglühlampen, Gaslaternen,
Eteglis, Feuerbachstraße 12. 7145

Gardinenhaus Bernhard
Schwarz, Ballstraße 13 (beizehen),
Untergrundbahn Spittelmarkt. — Er-
stklassige Bezugsquelle für Gardinen,
Portieren, Teppiche. — Vom einlachsten
bis zum elegantesten: denkbar
niedrigste Preise. — Umtausch bereit-
willigst. — Fachmännischer Rat bei
Neueinrichtungen und Wohnungs-
wechsel. 1202R*

**Brunnenstraße 157. Fortuna-
loshaus. Unvergleichlich spottbilliger
Bettenverkauf. Aussteuerwische, Pracht-
teppiche 12.75, Gardinenauswahl,
Wäschportieren, Erdkälthores, Hoch-
modern Herrngarderobe, Taschen-
uhren, Bandagen, hervorragend
billig. 8275**

**Billig, billig, billig! Monats-
anzüge, weiß getragene Sommer-
paletots, Geflechten, Strick-
sackings kauft man nur bei Seingarten,
Prinzenstraße 28 I, Erdhaus Ritter-
straße, früher 20 Jahre Wälschen
Straße. 1095R***

Federbetten, spottbillig, Stand
11.00, 16.00, hochfeine 22.00,
Centralloshaus Schöneberg, Haupt-
straße 111. 1160R*

**Bandenbesitzer! Druck- & Schel-
pumpen, Fenster spottbillig, Ren-
teln, Bergstraße 39, Mittelplatz. ***

Teppich- & Gardinen-Verkauf, Portieren,
Gardinen, Einlegungsarbeiten, auch
auf Teilzahlung. Kulante Bedingungen
Berlinerstraße 12 I.

